

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der Socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Freitag, den 16. Januar 1903.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1981.

Die Interims-Gebühr
Beträgt für die sechsgehaltene Kolonelle oder deren Raum 40 Pfg. für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Veranlassungs-Anzeigen 20 Pfg. „Kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pfg. (mit dem ersten Wort frei). Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 6 Uhr vormittags geöffnet.

Telegraphen-Adresse:
„Socialdemokrat Berlin“.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnement-Preis pro Nummer 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pfg. Postabonnent: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in der Post-Zeitungs-Preisliste für 1903 unter Nr. 8203. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

Aufforderung.
Bei unserer Geschäftsstelle liegen zur Abholung **Sechzig Mark** welche am 13. Januar 1903 im Café Schiller an unsere Redaktionsboten für Treubruch und für Verrat von Geschäftsgeheimnissen an die politische Polizei gezahlt wurden. Der Auszahler kann dieselben gegen Quittung nach Ausweis der Identität seiner Persönlichkeit bei unserer Geschäftsstelle, Lindenstr. 69, 2. Hof II, abholen.
Redaktion des „Vorwärts“.

Der preussische Etat.

Der Staatshaushalts-Etat, dessen wichtigste Daten wir gestern bereits mitgeteilt haben, weist ein Defizit in Höhe von 73 Millionen auf, das durch Anleihen gedeckt werden soll. Thatsächlich beträgt aber die neu aufzunehmende Schuld nur 32 Millionen, da den 73 Millionen neuer Anleihekredite eine Schuldentilgung in Höhe von 41 Millionen gegenübersteht. Wenn auch keine Ueberschüsse mehr erzielt werden, wie in den letzten Jahren der Amtshaltung des Herrn v. Biquel, so kann man doch von einer wirklich schlechten Finanzlage kaum reden, denn man darf nicht vergessen, daß von den Ausgaben ein großer Teil, etwa 100 Millionen, für die Vermehrung des verbundene Anlagekapitals bestimmt ist.

Die Finanzverwaltung hat natürlich ein Interesse daran, die Situation möglichst schwarz zu schildern; sie gewinnt dadurch einen Vorwand zur Entschuldigung ihrer Inaktivität. Und gekauert ist im preussischen Etat bei allen den Positionen, bei denen es sich um wirtschaftliche Kulturarbeit handelt. So ist z. B. für die Fabrikinspektion, die in Preußen sehr im argen liegt und deren weiterer Ausbau dringend notwendig ist, nichts Kennenwertes vorgesehen. Es wird nur je eine Gewerbe-Inspektion in Münster und in Potsdam neu errichtet; die neuen Dienststellen sollen von je einem auftragsweise zu beschaffenden Inspektor verwaltet werden. Ferner wird der Gewerbe-Inspektion in Rattowitz dauernd ein Assistent zugeteilt und dem zweiten gewerbekundigen Hilfsarbeiter beim Polizeipräsidentium in Berlin eine Stellenzulage von 600 Mark gewährt. Dagegen kommen in Abgang die Remunerationen für sechs auftragsweise beschäftigte Gewerbe-Inspektoren. Im ganzen betragen die Ausgaben für die Fabrik-Inspektion, und zwar für 28 Gewerbe-Inspektoren, 120 Gewerbe-Inspektoren und 12 Assistenten, 740 400 M. gegen 702 700 M. im laufenden Etat. Dazu kommen 238 050 M. zur Remuneration der nicht fest angestellten Beamten, zu Stellenzulagen und zu Vergütungen bei Ausführung besonderer Aufträge. Diesen Ausgaben stehen aber an Gebühren für die Kohlenreifeiten 550 000 M. gegenüber, so daß die wirkliche Ausgabe für die Gewerbe-Inspektion geradezu minimal ist.

Die Volksschule, die von jeher als Stiefkind behandelt wurde, wird auch diesmal wieder arg vernachlässigt. Freilich ist die dafür ausgeworfene Summe etwas höher als die des laufenden Etats, aber sie reicht auch noch nicht entfernt an das wahre Bedürfnis heran. Seit Jahr und Tag wird über den Lehrermangel in Preußen, über die ungenügenden Schulgebäude, über die unzureichenden Lehrergehälter Klage geführt. Diesen Klagen gegenüber muß die Regierung endlich von ihrer bisherigen Gleichgültigkeit ablassen. Zu einer wirklichen That auf dem Gebiete der Volksschulwesens aber kann sie sich nicht aufraffen, und so begnügt sie sich dem, um wenigstens den Schein zu erwecken, als ob etwas geschieht, mit der Einstellung winziger Beträge für die Errichtung einiger neuer Lehrerseminare, mit einer ganz geringfügigen Erhöhung der Beihilfen behufs allgemeiner Erleichterung der Volksschulnasten sowie der Beihilfen an unermögende Schulverbände. Die Errichtung neuer Schulstellen infolge der natürlichen Zunahme der Bevölkerung und ihres schnellen Anwachsens in verschiedenen Gegenden durch Zuzug kinderreicher Arbeiterfamilien erkennt der Etat zwar als notwendig an, aber er trägt diesem Bedürfnis trotz der hochtönenden Worte nur in sehr bescheidener Weise Rechnung.

Auch für die Fortbildungsschule stehen nicht allzu viel Mittel zur Verfügung. Die Staatszuschüsse zur Einrichtung und Unterhaltung von Fortbildungsschulen sind um ganze 200 000 M. erhöht, zur Heranbildung von Lehrkräften für Fortbildungs- und Fachschulen ist die erstaunliche Summe von 195 000 M. — gegen das Vorjahr ein Mehr von 45 000 M. — ausgesetzt. Zu Zuschüssen für die Veranstaltungen der Handwerkskammern zur Hebung des Kleingewerbes werden 100 000 M. gefordert.

Erfreulich ist die Einrichtung von Informationskursen über Bau- und Wohnungshygiene an den technischen Hochschulen. Dadurch soll den Beamten, welche zur Mitwirkung an den Maßnahmen behufs Verbesserung der Wohnungsverhältnisse, insbesondere der minderbemittelten Volksklassen, vorzugsweise berufen sind, Gelegenheit gegeben werden, sich über alle einschlägigen Fragen sachgemäß und erschöpfend zu unterrichten. Kosten erwachsen daraus, abgesehen von einer geringen Vergütung der Dozenten und Entschädigung für Reisepesen, nicht. Von weiteren Forderungen für Kulturzwecke

sind noch erwähnenswert aus dem Extra-Ordinarium des Kultus-Etats 120 000 M. als erste Rate für die Veranstaltung einer Unterrichtsausstellung zu St. Louis 1904 und 250 000 M. zur Errichtung einer technischen Hochschule in Breslau.

Für Beamtenwohnungen in den östlichen Grenzgebieten wird u. a. im Eisenbahn-Etat 1 Million gefordert. Es sollen 430 Kleinwohnungen errichtet werden, da eigentliche Mietwohnungen, wie es in der Begründung heißt, wenn überhaupt, nur in geringer Zahl vorhanden und dann von so schlechter Beschaffenheit und geringer Ausdehnung sind, daß sie den bescheidensten Ansprüchen nicht genügen. Daß die Regierung mit dieser Maßnahme weniger einen wirtschaftlichen, als einen politischen Zweck verfolgt, darüber herrscht kein Zweifel; sie will die Unterbeamten und Arbeiter zu gefügigen Werkzeugen machen.

In schreiendem Gegensatz zu den der Förderung der Kultur dienenden Maßnahmen stehen die Mittel für **kulturwidrige Zwecke**. Der Geheimfonds der Polizei, aus dem Spittel gezichtet werden, ist wiederum in Höhe von 300 000 Mark in den Etat eingestellt, der Fonds zu Prämien für die Ermittlung von Verbrechen und „sonstigen sächlichen Ausgaben im Interesse der Polizei“ ist sogar von 606 000 auf 626 000 Mark erhöht worden.

Für die Landwirtschaft hat die Regierung trotz der angeblich schlechten Finanzlage immer noch Geld übrig. Ein kleines Taschengeld wird den Agrariern unter den verschiedensten Namen gegeben. Die Regierung weiß, daß sie sich die Freundschaft dieser Herren erhalten muß, und sie läßt es sich etwas kosten. Fließt doch das Geld aus den Taschen der Gesamtheit!

Geradezu glänzend haben die Polen abge schnitten. Es ist erstaunlich, wie fröhlich die Regierung ist, an allen Ecken und Enden des Etats Summen für die vermeintliche „Förderung des Deutschtums“ in den Ostmarken auszugeben. 1 350 000 M. dienen zu Gehalts- und Pensionszulagen für bestimmte Beamtencategorien in Posen und Westpreußen, 3 Millionen werden für die Herstellung von Garnison-Einrichtungen in Breschen und Schrimm verlangt. „Im politischen Interesse Preußens“, heißt es, „muß die Verlegung mit größter Verschleunigung durchgeführt werden. Dadurch entfällt die Möglichkeit, in der sonst üblichen Weise mit den beteiligten Gemeinden Vereinbarungen wegen Herstellung der erforderlichen Garnison-Einrichtungen zu treffen. In Rücksicht hierauf scheint es gerechtfertigt, daß der preussische Staat seine Hand zur Regelung der durch Herstellung dieser Einrichtungen entstandenen Kosten bietet. Diese Regelung ist unbeschadet des Grundgesetzes, daß die Kosten von Garnison-Verlegungen dem Reiche auch dann zur Last fallen, wenn die Verlegung aus Gründen erfolgt, die nicht auf rein militärischem Gebiete liegen, unter den besonderen Umständen des Falles dahin vereinbart, daß der preussische Staat vorbehaltlich der Bewilligung der erforderlichen Mittel durch den Landtag die Kosten für die Herstellung der Garnison-Einrichtungen, welche in anderen Fällen von den Gemeinden gegen Vereinbarung einer seitens des Reiches zu zahlenden Miete übernommen werden, aus seinen Mitteln bestreitet und hierfür in Form einer Miete eine angemessene Schadloshaltung erhält.“

Weiter ist in Posen die Errichtung einer königlichen Akademie beabsichtigt, deren Unterhaltung 50 000 M. an laufenden Ausgaben erfordert. 200 000 M. sollen der besonderen Förderung des deutschen Volksschulwesens in den Landesteilen mit gemischter deutscher und polnischer Sprache dienen. Den Volksschullehrern in Posen und Westpreußen werden persönliche Zulagen gewährt. Wenn alle diese Mittel in Verbindung mit dem samstags Plan der Errichtung einer königl. Residenz in Posen der polnischen Bewegung noch kein Ende machen, so wird die Regierung auch vor weiteren Forderungen nicht zurückweichen. Daß derartige Maßnahmen ihren Zweck nicht erreichen, hat die Erfahrung gelehrt, aber die Regierung ist so verblendet, daß sie nicht einsehen, auf wie fallchem Wege sie sich befindet. Was thut's auch? Die Steuerzahler müssen es zahlen, nicht nur die deutschen, sondern die Polen selbst, die durch ihre eignen Steuerbeiträge bekämpft werden sollen.

Daß der Landtag irgendwelche Forderungen von einschneidender Bedeutung am Etat vornehmen wird, ist nicht zu erwarten. Entspricht doch der Etat im wesentlichen dem, was die Mehrheit erwartet: Beschränkung der Mittel für Kulturzwecke auf das unumgänglich Notwendige, dagegen Bereitstellung von Mitteln für reaktionär-wirtschaftliche oder reaktionärpolitische Zwecke in unbeschränkter Höhe.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 15. Januar.

Die Weisbegünstigung.

Der Reichstag setzte am Donnerstag die Debatte über die beiden agrarischen Resolutionen, die die Aufhebung der Weisbegünstigungs-Verträge sofort oder thunlichst bald fordern, vor schwach besetzten Bänken fort. Den abtönenden Standpunkt unserer Fraktion gegenüber diesem in der Hauptsache gegen Amerika und Argentinien gerichteten Treiben gegen die Weisbegünstigung begründete **Verstein** in einer zweifelhafte Rede, die das schwierige Problem in allen Einzelheiten besprach. Unser Redner betonte von vornherein, daß auch die Arbeiterklasse an der Herstellung möglichst

günstiger Bedingungen für den deutschen Export im hohen Maße interessiert sei, und daß unsere handelspolitischen Beziehungen zu Amerika und Argentinien gewiß viel zu wünschen übrig ließen. Aber die beiden Resolutionen sollen nicht den handelspolitischen Frieden und der Verständigung mit diesen Ländern dienen, sondern reizen zum Zollkriege auf.

Der Untersuchung der Frage, wie die wirtschaftlichen Machtverhältnisse in einem solchen Kriege liegen würden, war der größte Teil der Verstein'schen Rede gewidmet. In der Hand der Ziffern über die Ein- und Ausfuhr legte er dar, daß Amerika und selbst Argentinien im Falle eines Zollkrieges in der stärkeren Position seien. Wir brauchen die amerikanische Rohbaumwolle, die mehr als sieben Zehntel unserer ganzen Rohbaumwoll-Einfuhr ausmacht, wir brauchen kein Petroleum und keinen Weizen, kein Schweinefleisch und kein Koftpfer und ebenso wenig kann unsere Textilindustrie die argentinische Schafwolle, unsere Lederindustrie die argentinischen Gerbstoffe entbehren. Auf der andern Seite können sich diese beiden Länder unsere Einfuhrartikel bequem von unseren Konkurrenten auf dem Weltmarkt verschaffen. Nachdrücklich wies Verstein auf die allgemeinen politischen Folgen einer wirtschaftlichen Verärgerung Amerikas hin und stellte der Politik des Zingolismus, der reaktionären Verhegung der Völker, unsere Politik der Annäherung und der Solidarität der Nationen gegenüber.

Neben Verstein wandten sich auch die Redner der Freisinnigen Vereinigung und der Volkspartei, Dr. Pachtold und Beckh-Kaburg, gegen die beiden Resolutionen, die, wie sie nachwies, in erster Linie von den Großgrundbesitzern aus Furcht vor der Konkurrenz des amerikanischen Weizens betrieben werden. Herr Pachtold gratulierte der Regierung ironisch zu den schönen Weggenossen, die sie sich in der Mehrheit für die kommenden parlamentarischen Verhandlungen über die Handelsverträge ausgesucht habe und fertigte die Klagen über die Erstörung der handelspolitischen Situation durch die Reden der Linken treffend mit dem Hinweis ab, daß nichts die Stellung der Regierung bei handelspolitischen Verhandlungen mit andern Staaten mehr geschwächt habe, als die unter ihrer Billigung gegen Recht und Gesetz erzwungene Annahme des Zolltarifs.

Für die Resolution Heyl trat nur Graf **Sani** in die Schranken, der in der That der nächste dazu ist; er sagte wieder einmal gegen Amerika scharf zu machen und drückte der Regierung seinen Unwillen aus, daß sie die Handelsverträge nicht bereits zum 1. Januar geschlossen habe.

In Dr. Semler kam der Teil der Nationalliberalen zum Wort, dem die übermäßige Vorherrschaft des Agrariertums bis hinein in die eignen Reihen Bauerngruppen verurteilt. Er wandte sich recht energisch gegen die Heßigen Kürassierregimente, die das feindmässige Reg der Weisbegünstigung zerreihen wollen. Für den Hamburger Weltmarkt, dem Dr. Semler recht nahe steht, kann in der That nichts verhängnisvoller sein als eine Störung unserer Handelsbeziehungen mit Amerika. Galt nationalliberal kam Dr. Semler allerdings dazu, doch noch die Spedische Resolution als die mindergefährlichere und unverbindlichere in Kauf zu nehmen.

Graf **Sobowski** griff heute nochmals in die Debatte ein, um in Form einer Umschreibung seiner persönlichen Erklärung seine Antwort auf die Frage: stehen wir mit Amerika überhaupt noch in einem Weisbegünstigungsverhältnis? nicht unerheblich abzuweichen. Gestern konnte man ein unbedingtes Nein heraus hören, heute löste sich das Nein in den Rauch einer allgemeinen staatsrechtlichen Kontroverie ohne sofortige praktische Folgen auf. Neu war die Mitteilung, daß die Sachverständigen der Regierung sich nun auch davon überzeugt haben, daß die viel berufene St. Josef-Schuldens auf Dürroßti sich nicht fortplant und daß deshalb die Verationen des amerikanischen Saakobstes fortgefallen seien. Als die Opposition vor Jahren Das Gleiche aussprach, war es Vaterlandsberrat.

Die Debatte wurde auf Freitag vertagt. Am Sonnabend wird die Roffische Interpellation über den geheimnisvollen Begriff der Walzgerste auf die Tagesordnung kommen. —

Die Verschärfung der Landestruaer.

Die alte preussische Kabinettdorder über die Landestruaer, deren heutige Rechtsgültigkeit zum mindesten eine Streiffrage ist, soll nunmehr eine gesetzliche Neuregelung erfahren.

Der dem Abgeordnetenhause zugegangene Gesetzesentwurf über die Landestruaer bestimmt: „Bei dem Ableben des Königs, der Königin oder einer verwitweten Königin von Preußen findet eine Landestruaer nach folgenden Bestimmungen statt: § 1. Die Gloden der Kirchen werden mittags von 12 bis 1 Uhr 14 Tage lang geläutet. § 2. Öffentliche Musik sowie öffentliche Lustbarkeiten und Schauspielvorstellungen sind 4 Tage lang vom Sterbetage (einschließlich) ab und am Tage der Beisetzung einzustellen. § 3. Wer den Bestimmungen dieses Gesetzes zuwiderhandelt, wird mit Geldstrafe von 15 bis 150 M. bestraft.“

Der Entwurf bezweckt nach der Begründung einzelne veraltete Anordnungen aufzuheben, wie die Vorschriften des Trauerreglements über die äußeren Formen, in denen die Beamten und Behörden trauern sollen; darüber werden von Fall zu Fall Bestimmungen erlassen werden. Eine wesentliche Aenderung bringt der § 2. Nach dem Trauerreglement von 1797 sind „Musik und Schauspiele“ vom Sterbetage ab acht Tage lang einzustellen. Im neuen § 3 ist die Einstellung auch für andere öffentliche Lustbarkeiten vorgelesen, wie Schützen- und Turnereisen, Wettrennen oder dergleichen Veranstaltungen. Andererseits ist die Zahl der Trauertage eingeschränkt, da „bei der bedeutenden Entwicklung, welche alle Gewerbsverhältnisse in den letzten Jahrzehnten erfahren haben, jede Einschränkung des gewerblichen Lebens in weit größerem Umfange als in früheren Zeiten mit einschneidenden wirtschaftlichen Nachteilen verbunden ist.“ Der Tag der Beisetzung ist für den Tag einer härteren Verdringung als noch

Der Tagen ausdrücklich in die Trauerzeit einbezogen. „Sicherlich entspricht es ganz besonders dem Empfinden aller königstreuen Staatsbürger, daß die Weiße des Beisetzungstages nicht durch geräuschvolle Veranstaltungen gestört werde.“ Das Strafmaß bei Verletzungen ist dasselbe wie im Reglement vom 7. Oktober 1797. Es geht aus diesen Bestimmungen hervor, daß die vormärzliche Kabinettsorder nicht sowohl gemildert als verschärft werden soll. Zwar wird die Frist auf vier Tage abgekürzt, da aber auch am Beisetzungstage „getrauert“ werden soll, so werden es in der Regel fünf Tage sein. Die Abkürzung ist also recht unwesentlich. Dafür wird aber jetzt jede „öffentliche Lustbarkeit“ — auch ohne Musik — verpönt.

Wir sehen keinen Grund zu einem solchen Eingriff in die Gewerbefreiheit ein. Wer in solcher Zeit erstarb empfindet, der wird ohnehin keine Neigung verspüren, an Lustbarkeiten teilzunehmen. Weh Herz aber unbekümmert bleibt und zu Lustbarkeiten sein Vergnügen findet. Die „Landestrainer“ bedeutet eine schwere Schädigung der zahlreichen Theater-Proletarier, die nicht nur für die fünf Tage keinen Lohn erhalten, sondern deren Kontrakte in der Regel auch die Klausel enthalten, daß der Vertrag im Fall längerer Landestrainer für aufgehoben erklärt ist.

Würde man aber selbst dem Staate — was wir nicht anerkennen — das Recht zugestehen, daß er in solchen Fällen für einen gewissen ärarischen Ernst des Landes zu sorgen habe, so bliebe das allgemeine Verbot künstlerischer Darbietungen gleichwohl ungerührt, ja sinnlos. Es ist nicht einzuwenden, warum die Aufführung von Schalksopern, Tragödien und Beethoven'schen Sinfonien die Landestrainer stören sollte, während es jedem frei steht, in irgend einer Kneipe sich einen lärmenden Rausch zu verschaffen. Die Leichenfeiern selbst pflegen ja auf die Weiße der Musik nicht zu verzichten, und wenn diese „öffentliche Musik“, wie aus dem Wortlaut des Gesetzes geschlossen werden könnte, nicht auch verboten sein sollte, so begreift man nicht, warum nicht auch sonst die Kunst sich regen darf. Es liegt eine grobe Mißachtung der Kunst darin, daß man sie derart mit ordinären „Lustbarkeiten“ auf eine Stufe stellt.

Deutsches Reich.

Die Zollantwort Oesterreich-Ungarns.

Der bereits seit etwa einem Jahre fertiggestellte, wegen des Ausgleichs mit Ungarn aber bisher noch nicht veröffentlichte neue österreichisch-ungarische Zolltarif wird, wie der Handelsvertrags-Verein aus zuverlässiger Quelle erfährt, schon in den nächsten Tagen den beteiligten Parlamenten vorgelegt werden. Der deutschen Regierung ist er bereits zu vertraulicher Kenntnisnahme behufs Vorbereitung der Handelsverträge übermittelt worden. Die Eingangszölle sind fast durchweg zu einer enormen Höhe gesteigert worden.

Die Bespiegelung des „Vorwärts“.

Die bürgerliche Presse hat in den letzten Wochen solche Massen Enttäuschung gegen die Sozialdemokratie verbraucht, daß ihr ansehnlich die Enttäuschungsfähigkeit überhaupt verlegt ist. „Reichs-Zeitung“, „Post“, „Berliner Neueste Nachrichten“, „Reichsbote“, aber auch die liberalen Blätter wie „Berliner Tageblatt“, „Vossische Zeitung“, „National-Zeitung“ finden kein Wort über den von uns entlarvten Versuch. Selbst der amtliche Polizeibericht verweigert den schwersten Unfall zweier politischen Amtsträger. Auch die lokalansässige „Parteilosigkeit“ gleitet schonend und stumm über das Mißgeschick ihrer Freunde hinweg.

Die „Volks-Zeitung“ bemerkt: „Das Rechtsgefühl aufs äußerste empörend aber ist es, wenn der Versuch gemacht wird, solche Nachrichten durch Verleumdung eines in einer Vertrauensstellung befindlichen christlichen Mannes zum Vertrauensbruch gegen ihn zu gewinnen. Es wird fürwahr die höchste Zeit, daß dieses System der polizeilichen Informationsbeschaffung sobald wie möglich aus der Welt hinaus reformiert wird. Eine schwere Gefährdung von Treu und Glauben ist die Reglementierung dieses Systems, in dessen Beurteilung sich alle Welt einigt.“

Die „Germania“ spricht sanft von einem „schweren Mißgriff“, der von keiner Seite gebilligt werden könne. Eine doppeldeutige Wendung. Erönt das Blatt sich über den Mißerfolg der Polizei?

Wenn es wahr ist, was unlängst ein Sachverständiger der bürgerlichen Journalistik behauptete, daß nämlich in allen Redaktionen Vertrauensleute der Polizei sitzen, die sogar den Kollegen als solche bekannt sind, so begreift man, daß die bürgerliche Presse das Verhalten der Polizei für ganz selbstverständlich und darum nicht für weiter erwähnenswert hält. Enttäuschung wird — das gehört anscheinend zu den Berufspflichten der Kollegen von Polizeispitzeln — nur gegenüber der Sozialdemokratie produziert!

Ministerielle Wahlhülfe?

Gegen die Wahl des Abg. Volz in Saarbrücken, dessen Mandat vom Reichstag für ungültig erklärt wurde, hat die Centrums-partei wieder einen ausführlichen Wahlprotest eingereicht, der die alten Klagen über schamlose Wahlbeeinflussungen seitens einzelner Bergbeamten wiederholt. Im Königreich Saarabien pfeift man aber auch nach Stimmens Tode auf Reichstagsbeschlüsse und Wahlmoral. Interessant ist eine Protestbehauptung: daß der Minister des Innern selber als Wahlagent für den Stimmlichen Schlingling Volz eingetreten ist, insofern er in Bezug auf den Volzischen ultramontanen Gegenkandidaten Dr. Wuth sich geäußert haben soll: „Wenn ich Wuth als Beigeordneten für St. Johann; als solcher war er gewählig befähigt, dann läßt er sich als Gegenkandidaten gegen Volz aufstellen. Als Zeugen für diese Behauptung ist der Minister selber sowie der Abg. Dr. Wachen benannt. Herr Wachen ist zwar seit den letzten Reichstagsvorgängen gerade kein klaffender Zeuge, aber in diesem Falle wäre seine eidliche Bestätigung der Protestbehauptung doch ein interessanter Beleg für die Grundsätze, nach denen der preussische Minister des Innern die Wahlen der Bürgermeister und Beigeordneten der Kommunalverwaltungen bestätigt oder ihnen die Bestätigung verweigert.“

Der verlassene Kardorff. Der heißblütige Herr v. Kardorff hatte nicht nur für seine Person den Austritt aus dem Bunde der Landwirte erklärt, sondern auch für seine ganze Partei das Gleiche angekündigt. Die Reichsparteiler aber sind nicht geneigt, das von Herrn v. Kardorff verpfändete Wort einzulösen. Die freikonserwativ-reichsparteiliche Fraktion sowohl des Abgeordnetenhauses wie des Reichstages hat sich vielmehr dahin entschieden, vorläufig sich Reserve gegenüber dem Bunde der Landwirte aufzuerlegen, später aber eine gründliche Abrechnung abzuhalten und den Bund scharf anzugreifen.

Ein sehr komischer Beschluß. Erst will man die Wahlhülfe des Bundes haben, dann aber wird man auf ihn schimpfen!

Der Stil der „Volkspartei“. Die „Breslauer Zeitung“, die Eugen Richter nachläßt, hatte unlängst von den Sozialdemokraten als von den „schmutzigen und elenden Lumpen“ gesprochen, mit denen man sich nicht verbinden könne. Jetzt meint die „Breslauer Zeitung“, sie habe nicht die Sozialdemokratie, sondern die „Medailleure des Vorwärts“ gemeint, die „allerdings rübe Patronen und moralische Lumpen“ seien. Die Ausrede ist zwar schwindelhaft, aber wir lassen sie gern gelten.

Wie wir nämlich erfahren, beabsichtigt der Dr. Dehise, der jenen Satz verfaßt hat, in Klein-Blättern ein Kreisblatt zu gründen und zu leiten. Er mußte also seinem neuen hohen Chef, mit dem er auch sonst allerlei Eigentümlichkeiten teilt, unbedingt einen Befähigungsnachweis vorlegen. Das ist ihm denn auch gut gelungen; er versteht es bereits fast so gebiegen wie sein Vorbild, der große Pfänder, als Angeklagter des vorkonventionellen Verrats, die Sachverständigen und Richter zu beschimpfen.

Freiwillige Zeitungs-Polemik. Das Organ Eugen Richters jammert wieder einmal über die „nichts würdige“ Weise, wie der Freijung von der Sozialdemokratie bekämpft werde. Es schreibt:

Der „Vorwärts“ selbst berichtet, daß der aus Berlin requirirte sozialdemokratische Stadtrat Hoffmann seine Rede gegen den Kandidaten Kommittee in der letzten Versammlung geschlossen habe: „Ich kämpfe gern mit politischen Gegnern, je härter sie sind, desto besser. Aber Gegner müssen es sein, die wissen, was sie wollen. Mit politischen Gegnern habe ich nichts gemein.“ — Sprach's und verließ mit 800 Wählern unter Hochrufen auf die Sozialdemokratie den Saal. — Mit solchen Gemeinheiten dramatisiert der „Vorwärts“ auch noch.

Die „Nichtswürdigkeit“ und „Gemeinheit“ besteht augenscheinlich darin, daß Genosse Hoffmann den Herrn Vorkonventionen einen politischen Einnamen genannt hat. Ein Einnamen ist ein künstlich geschlechtslos gemachter Mensch. In die Gattung der politisch Geschlechtslosen reichte sich Herr Kommittee aber selbst dadurch ein, daß er stets erklärte, sich zu keinem Programm bekennen zu können. Verleiht das Wort Einnamen das Jartgefühl der „Frei. Jtg.“ so sehr? „Nichtswürdigkeit“ und „Gemeinheit“ find doch keine salonfähigen Andeutungen! Das auf den „Vorwärts“ gemünzte „schmutzige Lumpengemischel“ der freijung-volksparteilichen „Bresl. Jtg.“ hat die „Frei. Jtg.“ allerdings schamhaft untergeschlagen.

Einem Beitrag zum studentischen Duellblut

Stieferte die Verhandlung gegen den stud. chem. Ruff vor dem karlsruher Schwurgericht, der angeklagt war, den stud. jur. Reih im Duell erschossen zu haben. Nach dem Eröffnungsbeschluss wurde Ruff beschuldigt: 1. in der Nacht vom 28. zum 29. September 1902 im Café Bauer in Karlsruhe den stud. jur. Karl Reih mittels eines hinterlistigen Ueberfalls vorsätzlich körperlich mißhandelt und an der Gesundheit beschädigt zu haben, indem er nach zweimaliger erfolgloser Aufforderung an denselben, mit ihm hinauszugehen, von hinten seitwärts dem an einem Tisch sitzenden Reih plötzlich und unerwartet mit voller Wucht einen derartigen Schlag ins Gesicht versetzte, daß Reih sofort betäubt aus der Kasse blutete, einige Augenblicke nicht mehr sah, ihm Nase, Lippen und Augen anstülpelten und eine Ader im Auge platzte; 2. Am Dienstag, den 7. Oktober v. J. bei den Schießständen auf Gemarkung Ettlingen seinen Gegner, den stud. Reih, im Zweikampf tötete. Der Angeklagte erklärte, daß der Zwischenfall im Café dadurch entstanden sei, daß sein Freund Jieser, der mit ihm am Tisch gesessen habe, den mit zwei Freunden eingetretenen Reih zur Rede gestellt habe, weil er ihn (Jieser) nicht begrüßt habe. Als Reih nach dem Gespräch mit Jieser wieder auf seinen Platz zurückgekehrt sei, habe er zu seinen Freunden gesagt: „Was sich diese dummen karlsruher Corpsstudenten nicht alles herausnehmen!“ Er habe wegen dieser Aeußerung Reih zur Rede gestellt und ihm, als er trotz seiner wiederholten Aufforderung keine Reue gemacht habe, ihm Satisfaktion zu geben, einen Schlag ins Gesicht versetzt. Dieser Schlag sei keineswegs mit besonderer Festigkeit geführt worden, auch sei kein hinterlistiger Ueberfall, sondern seiner Ansicht nach das einzige Mittel gewesen, das Reih zur Reue zu bewegen vermöge. Das Schwurgericht habe dann bestimmt, daß ein Pistolenduell mit zweimaligem Angelwechsel auf 16 Meter Distanz stattzufinden habe. Es spielte sich dann folgendes Szenario und Antwortspiel zwischen dem Angeklagten und dem Vorsitzenden des Gerichtshofes ab:

Vors.: Bestand zwischen Ihnen und Reih denn nun irgend ein feindliches Verhältnis, das zu einer Verschärfung des Rencontre führte? — Angell.: Nein, wir haben nie etwas miteinander vorgehabt, da wir uns ja kaum kannten. — Vors.: Aber Ihre beiden Corps standen miteinander in Verber? — Angell.: Das ist richtig. — Vors.: Und wenn dieses Verberverhältnis nicht bestanden hätte, so würde sich jedenfalls ein anderer, harmloserer Ausgang der Sache ergeben haben? — Angell.: Jawohl, dann würde Reih kaum seinen beleidigenden Ausdruck gebraucht und ich ihn darüber nicht in dieser Form zur Rede gestellt haben. — Vors.: Haben Sie sich an jenem Abend nicht überlegt, daß es vielleicht besser gewesen wäre, mit der Erledigung der Sache bis zum nächsten Morgen zu warten? — Angell.: Nein, ich mußte nach dieser Aeußerung irgend etwas unternehmen, um mir als Mitglied des karlsruher S. C. Satisfaktion zu verschaffen und zu diesem Zweck wählte ich den Schlag ins Gesicht.

In der weiteren Verhandlung ergab sich, daß der Angeklagte Ruff am Abend vor dem Duell ein Vergnügungslokal, das Kolosseum, aufgesucht hatte, ebenso sein im Duell gefallener Gegner, der infolge des Durchnässens der Nacht verspätet auf dem zum Duell bestimmten Plage erschien. Ruff motivierte seine eigenartige Vorbereitung zu dem Waffengange mit den Worten: „Es ist doch allgemein üblich, sich vor einem Duell zu zerstreuen.“ Ferner wurde festgestellt, daß Ruff — der Corpsstudent und Wachenmeister — bereits eine Reihe von Vorstrafen erlitten hatte, nämlich wegen Körperverletzung und großen Unfugs 15 M., wegen Beleidigung 20 M., und zwei weitere Polizeistrafen wegen großen Unfugs.

Gegen Ruff wurde schließlich auf 3 1/2 Jahre Festung erkannt.

Ein allerliebtestes Bild aus dem Leben der studentischen Jugend! Die Vorstrafen des Ruff beweisen, wie er bisher sein studentisches Leben angeleitet. Ein Arbeiter, der seinem Jugendübermut dergestalt die Fägel hätte schießen lassen, wäre wahrscheinlich nicht mit so minimalen Geldstrafen weggekommen. Und welches moralische Verantwortungsfühl spricht aus der Thatfache, daß diese Herren am Vorabend eines Duells, dessen tragischer Ausgang mit Bestimmtheit vorauszusehen ist, sich in einem Tinkeltanz auf ihr würdiges Thun vorbereiten und dort den Mut zu einem vorbedachten Worte sammeln!

Das Urteil selbst konnte nicht wesentlich anders ausfallen. Da unser Strafgesetz gemäß der Klassenmoral, der es entspringt, den Totschlag mit zweierlei Maß mißt und für den Proletarier, der im Rausch oder im Wutdelirium einen Gegner niederschlägt, Zuchthausstrafe vorseht, während es für den Angehörigen der Besitzenden und „gebildeten“ Klassen, der mit kaltem Blute, wenn auch unter Wahrung der mittelalterlichen Zweikampfsformalitäten, seinen Gegner ins Jenseits schießt, nur Festungsstrafe verbürgt, so war auch in diesem Falle trotz aller Privatheit des „Chrenhandels“ nur eine Verurteilung zu der feudalen, amüsanten Kavaliershaft der Festungsstrafe möglich.

Einem ganz neuen Rechtsgrundsatze propagiert die bayrische Centrumpresse. Vor einigen Monaten hielt der ultramontane Landtagsabgeordnete Pfarrer Hebel eine Rede, wobei er aus einem ihm zugegangenen Brief eine Stelle verlas, in der die bayrischen Prinzen in bedingter Form als preussische Lakaien bezeichnet wurden. Wegen Beleidigung von Mitgliedern des landesherrlichen Hauses leitete daraufhin der Staatsanwalt ein jetzt eingestelltes Ermittlungsverfahren ein. Darüber regt sich nun die Centrumpresse mächtig auf; sie entrüstet sich, daß es der Staatsanwalt gewagt hat, gegen ein Mitglied der Centrumsmajorität vorzugehen. Man scheint also zu beantragen, daß eine ultramontane Bestimmung Strafflosigkeit sichert. Dagegen werden aber wohl die Herren Rechtsanwälte energisch Einspruch erheben; denn in Zukunft könnten dann alle kriminellen Persönlichkeiten auf einen Rechtsbeistand verzichten, da sie sich doch

nur brauchen als Mitglieder in den Centrums-Wahlverein einschreiben zu lassen.

Schuh vor Schuhleuten. München, 14. Januar. (Fig. Per.) Der von uns bereits gemeldete Uebergriff eines Kriminalbeamten gegen eine von Wien zugereiste Dame, die er zu einem Souper anmiete und dann verhaften ließ, wurde von der Polizeidirektion dementiert. Unser Münchener Parteiblatt weist dieses amtliche Dementi als unbegründet zurück und nennt auch den Namen des Beamten, der die Verhaftung veranlaßte.

Daß übrigens die Polizei nicht in allen Fällen so rücksichtslos vorgeht, beweist eine weitere, von der „Münch. Post“ mitgeteilte Geschichte. Vor einiger Zeit wurde einem Herrn während der Paradezeit von einem Roter die Hofe zertrümmert. Die Eigentümerin des Tierchens wollte sich darauf schleunigst vom Schauplatz drücken, wurde aber von dem Herrn gefaßt. Da die Dame sich aber nicht entschuldigte, sondern noch dazu unhöflich wurde, rief der Herr einen Schutzmännchen herbei, um den Namen der Dame feststellen zu lassen und da stellte es sich dem heraus, daß man es mit der Tochter des Ministerpräsidenten Grafen Crailsheim zu thun hatte. Die Dame wurde dann nicht etwa zur Polizei geführt, sondern nach einiger Zeit erhielt der Herr mit der zertrümmerten Hofe einen Brief mit der höflichen Bitte, sich im Palais des Ministers einzufinden, der sich wegen des Vorfalles vielmals entschuldigte, womit die Sache aus der Welt geschafft war.

Vergleichen man diese beiden Postgeschichte, so muß man sich der Anschauung konnen, daß die Leiter der öffentlichen Ordnung handeln nach dem Grundsatz: Höflich nach oben, brutal nach unten!

Scheußliche Soldatenhänderei.

Der „Schleswig-Holsteinischen Volks-Zeitung“ wird aus Neudenburg berichtet:

Am Freitag, den 9. Januar, spielte sich vor dem von Altona hierher detachierten Kriegsgericht eine Verhandlung ab, die ein wahrhaft grauerregendes Bild aus dem Innenleben der Kaserne entrollte. Angeklagt war der Unteroffizier Große von der dritten Compagnie des Trainbataillons Nr. 9 ins Neudenburg. Ihm wurde folgendes zur Last gelegt: Im vergangenen Monat wurde er eines Tages vom Rekruten Pröwe während des Dienstes um die Erlaubnis zum Austreten gebeten. Der Unteroffizier verweigerte es dem Manne, worauf dieser in die unangenehme Lage verlegt wurde, seine Notdurft in die Hofen zu verrichten. Nach beendigtem Dienst ließ der Unteroffizier die Mannschaften, mit Kloppfeitschen bewaffnet, in der Stube antreten und gab ihnen den Befehl, den Mann durchzuprägeln. Nachdem dies geschehen, kommandierte der Unteroffizier: „Mannschaften raus — das Schwein bleibt hier!“ Hierauf zog der Unteroffizier sein Seitengewehr und befahl dem armen Menschen: „Hofe runter, friß das aus, was Du gemacht hast.“ Als der Mann sich sträubte, gab ihm sein Feiniger einen Schlag mit dem Seitengewehr, worauf der Soldat in seiner Todesangst dem Befehl Folge leistete und seinen Kot hinunterwürgte. Er mußte sich unmittelbar darauf erböchen und nun zwang ihn der Unmenschen, auch das Erbrochene aufzueffen. Der Vorfalle ist von jungen beobachtet worden, die menschliches Empfinden genug besaßen — man weiß, was sie in der Kaserne riskierten — die Scheußlichkeit zur Anzeige zu bringen. Zu der Verhandlung waren 5 Unteroffiziere und 8 Mann als Zeugen geladen. Was sie belunden haben müssen, geht aus dem Urteil hervor, das gegen den Unteroffizier wegen schweren Mißbrauchs der Dienstgewalt auf 1 1/2 Jahre Gefängnis und Degradation erkannte. Der so grausam Mißhandelte mußte als „unbrauchbar“ vom Militär entlassen werden. Ob die „Unbrauchbarkeit“ eine Folge der unmenschlichen Behandlung war, entzieht sich unsrer Kenntnis.

Fahnen-Konkurrenz. Aus München berichtet das Heroldsche Depeschen-Bureau: Wie wir aus besserer Quelle erfahren, soll es bei der letzten Anwesenheit des Prinzregenten in Vertheilung von diesem unliebsam bemerkt worden sein, daß der Besitzer des Grand Hotels neben nur einer bayrischen Flagge noch zwei deutsche Flaggen gehabt. Der betr. Hotelier wurde zur Rede gestellt und erklärte das Hissen der beiden deutschen Flaggen damit, daß er noch vom letzten Besuch der Kaiserin im Besitz derselben gewesen sei.

Offentlich wird kein Krieg zwischen Preußen und Bayern ausbrechen ob der welthistorischen Frage, ob der Hotelier in Vertheilung künftig nur eine schwarz-weiß-rote Fahne hissen soll oder ob er durch Hinzufügung einer zweiten weiß-blauen Flagge die bayrische Ebenbürtigkeit anerkennen wird.

Kartellzwist in Sachsen.

Es ist ein recht belustigender Streit, den die Kartellbrüder jeglicher Schattierung vor jeder Reichstagswahl aufführen; belustigend, weil einmal jede Partei der andern dies oder jenes Mandat abzugeben muß, noch ergötzlicher aber darum, weil die Zahl der unter die Kartellbrüder zu vertheilenden Mandate immer geringer wird. Von den in Sachsen zu vergebenden 23 Mandaten besitzt jetzt schon die Sozialdemokratie 12, um die übrigen 11 streiten sich die drei Parteien der Konserwativen, Nationalliberalen und Antisemiten, obgleich von diesen 11 Mandaten fünf (Löbau, Reichen, Birna, Mittweida, Limbach und Plauen, ja sogar als sechster Annaberg) reis sind, der Sozialdemokratie noch zuzufallen. Unter solchen Umständen muß die Eifersucht unter den Kartellbrüdern doppelt lächerlich erscheinen. Schließlich, wenn dann die Wahlen näher rücken, erfährt sie alle die große Angst vor der Sozialdemokratie und die Streitart wird begraben.

Am Montag hat der Landes-Ausschuß der sächsischen Nationalliberalen in Leipzig, wie die „Sächs. Nat.-Lib. Corr.“ sagt, „lange und wichtige Beratungen“ gepflogen. Der Ausschuß beschloß, den zu Dresden am 13. Dezember vorigen Jahres von den Vertretern der andern Parteien (also auch vor den Antisemiten, diesen fürchterlichen Feinden des Liberalismus) vorgelegten Entwurf eines Kartellvertrages abzulehnen. Aber in der Hoffnung, daß diese andern Parteien sich zu weiterem Entgegenkommen bereit finden lassen werden, hat der Ausschuß den Vorstand zur Fortsetzung der Verhandlungen ermächtigt. Es soll also fortgeschickert werden. Aber die Kugbalgerei wird schließlich verstimmen vor dem Appell des Stempels gegen die Sozialdemokratie. Eine andre Frage ist es, ob die Wähler der Nationalliberalen diesem Kartell ihre Stimmen geben werden, da in ihm die hoch-agrarische, handelsvertragsfeindliche Richtung überwiegt.

Eine komische Mißance mehr hat diesmal der Kartellzwist aufzuweisen, da die Antisemiten formell in das Kartell aufgenommen werden sollen, die sich auch alle mögliche Mühe geben, diese Anerkennung zu erwerben. Man weiß, daß die Antisemiten eine Rolle in Sachsen ausgespielt haben, soweit eine selbständige Erwerbung von Mandaten in Betracht kommt, und daß die Konserwativen die Antisemiten, ja auch die Nationalliberalen nur noch als Gruppen in Rechnung ziehen, die bei selbständigem Vorgehen eine Stimmenzerpflünderung herbeiführen, deren Ergebnisse von den Konserwativen gefürchtet werden. Die letzteren meinen nämlich, jede, auch die kleinste Stimmenzerpflünderung müsse der Sozialdemokratie zu gute kommen. Bekanntlich war dies auch die Ansicht des politischen Dingen durchaus nicht weichtenden verstorbenen Königs Albert, der mehrfach die bürgerlichen Parteien zu gemeinsamem Vorgehen gegen die Sozialdemokratie aufgefordert hat.

Aber es fragt sich, ob diese Verechnung richtig ist und ob nicht vielmehr das Kartell größere und dauernde Vorteile der Sozialdemokratie bringt. Sicherlich hat der Vorgang, daß nun auch die Antisemiten in das Kartell aufgenommen werden sollen, symptomatische Bedeutung. Es wird da-

durch klar dargelegt, daß die spezielle Tätigkeit der einzelnen Parteien für das öffentliche Leben resp. für die Andersgestaltung der staatlichen Verhältnisse gar keinen Wert hat und nur auf Täuschung der simplen Staatsbürger und Wähler berechnet ist. Jeder überlegende und denkende Wähler muß sich doch fragen, was denn die gelegentliche gegenseitige Belämpfung der bürgerlichen Parteien außer der Wahlzeit für Zweck hat, wenn dann bei der Wahl auf einmal die Partei-Unterschiede aufgegeben werden. Und bei weiterem Nachdenken sieht dann mancher ein, daß um eines oder einiger Mandate willen eine ernsthafteste Partei sich nicht mit einer grundsätzlichen gegnerischen verbindet. Wer aber auf Grund solcher kompromittierender Vorgänge zu der Ansicht gelangt, daß von einer grundsätzlichen Verschiedenheit der parteilichen Parteien nicht die Rede sein kann, nun, der kehrt als ehrlücher Mann jenen Parteien den Rücken.

Zu späte Reue.

Aus dem bisherigen Wahlkreise des Herrn Wassermann geht uns eine Zuschrift zu, die gewissen Politikern für die nächste Reichstagswahl gute Lehre geben kann, sofern sie lernen wollen. Es handelt sich dabei um die Wahlhilfe der Nationalsozialisten für die nationalliberalen Geburtshelfer des Volkstums. Unser Gewährsmann schreibt:

Die Nationalsozialisten sind seit Monaten schon rüstig an der Arbeit, um in Wassermanns Wahlkreise Jena-Neustadt sich ein — wirkliches „Jena“ zu bereiten.

Außer den verschiedenen nationalsozialistischen Leuten ging in den letzten Wochen ein Herr Haupt aus Berlin im Wahlkreise umher und suchte für die Nationalsozialisten die Werbetrommel zu schlagen. War das Vertrauen derjenigen Kreise, die noch etwas Sympathie für die Nationalsozialisten hatten, nach deren Eintreten zu Günstigen der Wahl Wassermanns stark erschüttert, so ging der letzte Rest desselben vollends verloren, je mehr sich Wassermann im Reichstage als Helfer der Volksrechte entpuppte. Mit vollem Recht werden die Nationalsozialisten als Mitschuldige bezeichnet. Zwar haben nun die nationalsozialistischen Führer sich in aller Form von Herrn Wassermann losgesagt, aber das Geschehene läßt sich nicht mehr ungeschehen machen. Als Entschuldigung, daß sie damals für Herrn Wassermann eingetreten sind, verbreiten dieselben nun eine falsche Darstellung ihrer „sorgfältigen Prüfung des Schrittes“. Auch Herr Haupt erzählt in seinen Versammlungen, wie „sorgfältig“ ihr Eintreten für Wassermann bei der Stichwahl 1898 in Jena von ihren Führern erwogen worden sei. Er erzählt u. a.: „Die Nationalsozialisten hätten von den beiden Stichwahlkandidaten auf die verschiedenen vorgelegten Fragen vom Rechtsanwalt Wassermann drei, aber vom Landesmeister Leutert, dem socialdemokratischen Kandidaten, nur zwei zur Zufriedenheit beantwortet erhalten, und deshalb habe man sich für Wassermann entschieden.“

Demgegenüber muß aber festgestellt werden, daß weder an das socialdemokratische Wahlkomitee, noch an den socialdemokratischen Kandidaten Leutert eine derartige Anfrage gerichtet worden ist, und dieser Sachverhalt muß außer uns auch dem Herrn Raumann sowie dem damaligen Vorsitzenden des nationalsozialistischen Wahlkomitees in Jena, dem Herrn Hofrat Professor Dr. Gelzer bekannt sein.

Warum machen diese Herren nicht selbst den Herrn Haupt-Berlin darauf aufmerksam, daß er bezüglich unsrer Kandidaten die Unwahrheit sagt? Ja, sogar bezüglich des Herrn Wassermann irrt sich derselbe sehr. Die Darstellung der nationalsozialistischen Herren ist eine den wahren Thatsachen nicht entsprechende Entschuldigung, um das Odium der Wassermannschen Gestalten von sich abzuschütteln.

In welcher „sorgfältigen Weise die Herren geprüft“ haben, geht aus einer Erklärung des Herrn Hofrat Prof. Dr. Gelzer (St. „Jenaer Volksbl.“ vom 24. Juni 1898) hervor:

1. Der Kandidat (Wassermann) tritt voll und ganz für unser nationales Programm ein.
2. Der Kandidat (Wassermann) hat uns nach der freiheitlichen und sozialen Seite folgende Bürgerschaften gegeben:
 - a) Er hat sich für volle Wahrung des bestehenden Reichstagswahlrechts verpflichtet.
 - b) Er erklärt sich für Aufrechterhaltung und praktische Durchführung des Koalitionsrechts.
 - c) Er erklärt, daß er Ausnahmengesetze nicht zustimmen werde.

Nach am Tage der Stichwahl erklären die nationalsozialistischen Führer in Jena, die Herren Professoren Gelzer und Wein, daß Raumann diese Erklärung mit ausgearbeitet habe und damit durchaus einverstanden sei.

Wie sich demgegenüber die Angelegenheit thatsächlich abgepielt hat, ist zu sehen aus der Antwort Wassermanns, die derselbe auf ein an ihn gerichtetes Schreiben vom 20. Juni 1898 gab, und die der Herr Hofrat Prof. Dr. Gelzer viel später einmal in einer nationalsozialistischen Protokollsammlung verlas; sie lautet u. a.:

1. Daß er (Wassermann) in sämtlichen Versammlungen für die volle Wahrung des bestehenden Reichstagswahlrechts eingetreten sei;
2. Daß er sich desgleichen für Aufrechterhaltung des Koalitionsrechts der Arbeiter und für eine praktische Durchführung erklärt und einen Initiativantrag zur Erweiterung des Koalitionsrechts gestellt habe;
3. Daß er der Ansicht ist, daß Ausnahmengesetze nicht wirksam zur Belämpfung der Socialdemokratie und deren Festigung sind.

Von Verpflichtungen, die die Herren Nationalsozialisten nach „sorgfältiger Prüfung“ veranlaßten, mit Hurra für den Herrn Wassermann einzutreten, steht in der Erklärung Wassermanns kein Wort. Wäre die später vom Herrn Hofrat Prof. Dr. Gelzer verlesene Antwort Wassermanns noch vor der Stichwahl öffentlich bekannt geworden, dann wäre den Nationalsozialisten der traurige Ruhm, an der reaktionären Vertretung des Kreises durch Wassermann mitschuldig zu sein, erspart geblieben. Diese nichtstagnenden und zu nichts verpflichtenden Erklärungen sind echt Wassermannsch; wie man aber dabei noch von einer „sorgfältigen Prüfung“ reden kann, das ist unbegreiflich.

Herr Wassermann zieht vor, in dem Wahlkreise „An der Saale grünen Strande“ keinen Durchfall zu riskieren. Aber auch seine Helfer, die Nationalsozialisten, die nun glauben, Wassermanns Erde in Jena-Neustadt antreten zu können, auch sie werden sich berechnen, denn eine Partei, die in einer so wichtigen Angelegenheit so bodenlos oberflächlich gehandelt hat, hat das Vertrauen, was sie hier und da noch besaß, vollends verloren.

Som sächsischen Postkontist.

Genf, 15. Januar. Dienstag Nacht traf von Dresden ein Kammerdiener bei der Kronprinzessin ein, welcher ihr zwei Koffer überbrachte, welche verschiedene Kleidungs- und Wäscheartikel enthielten, sowie ferner eine Geldtruhe, in welcher sich verschiedene Schmuckgegenstände befanden. Der sächsische Polizeikommissar Schwarz stellte vor seiner gestern erfolgten Abreise der Kronprinzessin einen Abschiedsbesuch ab, bei welchem diese ihn auf das liebenswürdigste empfing und ihn für seine Diskretion und seinen Eifer, den er während seiner Anwesenheit in Genf bewiesen habe, dankte. Am Mittwochvormittag begab sich die Kronprinzessin nach dem Hotel Vergues, wo sie mit Dr. Jehme von dort mittags 10 Uhr bis mittags eine Unterredung hatte. Im Hotel d'Angleterre fand sodann zwischen der Kronprinzessin, Dr. Jehme, Lodenal, Körner und dem deutschen Konsul Bothe wiederum eine Unterredung statt. Zwischen dem Anwalt des Kronprinzen und demjenigen der Kronprinzessin wurde eine Frist festgelegt, während welcher noch verschiedene kleinere Punkte auf dem Korrespondenzwege erledigt werden sollen. Körner verließ am Mittwoch Genf.

Cirion weist immer bei der Kronprinzessin.

Berichtigung. In unserem gestrigen Bericht über den Wahlkampf aus Danzig muß es nicht heißen: „man veröffentlichte einen anonymen Brief an den Kandidaten“ x., sondern: „man versandte einen anonymen Brief“ x. —

Ausland.

Die Lage in Marokko

ist zur Zeit völlig ungeklärt. Die Nachrichten über die neueste Niederlage des Sultans haben einstweilen keine Bestätigung erfahren. Es liegen vielmehr Telegramme vor, die die Situation des Sultans in günstigen Licht erscheinen lassen, was natürlich gar nichts für die Unrichtigkeit der gestrigen Meldungen beweist. Es wird gemeldet:

Tanger, 14. Januar. Nach den letzten aus Fez hier eingetroffenen Nachrichten haben die Zennur- und Gernuanstämme, die sich noch kürzlich im Aufstande befanden, dem Sultan zahlreiche Verstärkungen gesandt. Dieses Vorgehen ist ein Beweis für die Unrichtigkeit der Behauptung, daß der Sultan an Popularität eingebüßt habe. Man macht alle Anstrengungen, um eine möglichst vollständige Expedition zu unternehmen; am Hofe des Sultans ist man vertrauensvoll; auch die öffentliche Meinung äußert sich zuversichtlich. Eine große Menge von Getreide und andren Lebensmitteln ist in Fez eingetroffen. — Die Gerüchte, der Kriegsminister sei ermordet oder verwundet worden, sind unbegründet.

Tanger, 15. Januar. Die Andjera-Rabulen haben sich den Kämpfen von Landja-Dalia angeschlossen und rücken jetzt gegen den Stamm von Fays vor. Es handelt sich um lokale Streitigkeiten, man glaubt aber, daß es zu einem ernstlichen Kampfe kommen wird.

Köln, 15. Januar. Die „Kölnische Zeitung“ meldet aus Madrid von heute: Die amtliche Post aus Fez ist hier angekommen; sie reicht bis zum 9. d. M. Nach derselben ist die Lage dort weniger schlimm als bisher berichtet worden ist. Es wird behauptet, die Dainia-Rabulen hätten sich unterworfen und Said Omar sei zum Oberbefehlshaber ernannt. Die Nachrichten besagen weiter: Die Truppen des Sultans stehen noch bei der Seebucht. Der Sultan setzt seine Befestigungsarbeiten fort; er bot für den Kopf Bu-Hamatas 50 000 Duros. Die Straßenunruhen konnten unterdrückt werden. Zwischen dem Kriegsminister und dem Einführer der Bekandten kam es zu einem heftigen Wortwechsel und zu Thätlichkeiten. —

Italien.

Die Agitation für und gegen das Scheidungsgezet wird von beiden Seiten mit großer Energie fortgesetzt. Für die Liberalen, welche alle Hebel in Bewegung setzen, den Entwurf zu Fall zu bringen, handelt es sich nicht nur mehr um dieses Gesetz, sondern um die Belämpfung des bürgerlichen Staates überhaupt. Sie suchen, die Macht der Kirche zu erhalten und zu befestigen; auf der andern Seite sind es die demokratischen Parteien, vor allem die Socialdemokraten, welche mit aller Entschiedenheit für das Gesetz kämpfen, um damit Pöbel zu legen in das in Italien noch immer allmächtige kirchliche Regiment. Es wird versichert, daß im Ministerium immer noch volle Einigkeit darüber herrscht, daß der Entwurf vor die Kammer gebracht werde; die Regierung hofft, den Entwurf mit einer Majorität von 15 Stimmen durchzuführen. —

Amerika.

Som diplomatischen Kriegsschauplatz in Venezuela

sind heute alle Nachrichten ausgeblieben. Ueber den Stand der Verhandlungen liegt wenigstens keine einzige Nachricht vor. Es wird also hinter den Coulissen besonders lebhaft verhandelt, nachdem der auf beiden Hemisphären in Ungnade gefallene Holleben gefallen ist. An Telegrammen liegt nur das Folgende vor:

Das „Neuerische Bureau“ erfährt, daß die von Washington ausgegangene Anregung, wonach die Ansprüche der Mächte gegen Venezuela durch die bevorstehende Zusammenkunft diplomatischer Vertreter in Washington geregelt werden sollen, ohne daß die Angelegenheit weiter an das Haager Schiedsgericht verwiesen werde, eine sehr günstige Aufnahme gefunden habe. Sollte dieses Verfahren sich als zweckmäßig erweisen und ein Plan dieser Art den Regierungen unterbreitet werden, so ist es sehr wahrscheinlich, daß die letzteren geneigt sein werden, einen solchen Vorschlag in günstigem Sinne in Erwägung zu ziehen.

Curaçao, 14. Januar. Die venezolanische Regierung hat die Aufnahme einer nur von venezolanischen Staatsangehörigen aufzubringenden Zwangsanleihe in Höhe von zwei Millionen Bolivares angeordnet.

Willemsstad, 15. Januar. Nur der vierte Teil der neuen venezolanischen Anleihe soll auf dem Zwangswege aufgebracht werden. Alle venezolanischen Kaufleute, Händler und Bankiers sind aufgefordert worden, dieselbe zu zeichnen. Die fremden Staatsangehörigen sind davon ausgenommen, jedoch in höflicher Weise ersucht worden, sich an der Zeichnung der Anleihe zu beteiligen. Venezuela beabsichtigt, die Anleihe zurückzuzahlen, sobald wieder Friede im Lande herrscht, und gestattet den Zeichnern so lange 10 Proz. von den Zinsen zurückzubehalten, die auf die von ihnen in La Guaira eingeführten zollpflichtigen Sachen erhoben werden, bis die Schuld getilgt ist. Bei der Ansnahme des Geldes glaubt man jedoch allgemein, daß die Regierung nicht im stande sein wird, die geforderte Summe aufzubringen. —

Parlamentarisches.

Die Kinderjahre-Kommission des Reichstags hielt Donnerstagvormittag den Bericht für das Plenum auf. An den Kommissionsbeschlüssen wurden nur wenige, rein reaktionelle Änderungen vorgenommen. Zum Berichterstatter für das Plenum wurde der Abgeordnete Sillart (C.) ernannt. Wann die Vorlage im Plenum zur Verhandlung kommt, ist noch unbestimmt.

Aus Industrie und Handel.

Der Kohlenmangel in den Vereinigten Staaten von Amerika gewinnt an Ausdehnung. In New York haben verschiedene Dampfer ihre Wsfahrt um 10—12 Stunden hinausschieben müssen, weil sie nicht genug Kohle an Bord hatten. Eine Anzahl industrieller Betriebe haben wegen Kohlenmangel ihre Pforten schließen müssen. In Arcola im Staate Illinois fürmte die Bevölkerung, Pastor, Magistrat und Polizei an der Spitze, einen Kohlenzug, der auf der dortigen Station angehalten hatte. Sie verschaffte sich so Heizmaterial, das man ihr zu verkaufen sich geweigert hatte. Die Kohle wurde genau abgemogen und das Geld dafür der Eisenbahndirektion überwiesen. Derartige Vorkommnisse haben sich in vielen Städten des Westens wiederholt, so daß die Kohlenzüge von Polizeimannschaften begleitet werden.

Um die Einfuhr von Kohlen aus England zu erleichtern, hat gestern das Repräsentantenhaus mit 228 gegen 5 Stimmen ein Gesetz angenommen, durch welches der Einfuhrzoll auf Kohlen vorläufig suspendiert wird. Das Gesetz wurde sodann vom Senate unter Annahme eines Abänderungsantrages bestätigt, wonach das Anferlegen einer Steuer auf Anthracit auch nach Ablauf der vom Gesetz bestimmten Zeit verhindert wird. Das Repräsentantenhaus stimmte dem Abänderungsantrage zu. Der Gesetzentwurf wurde hierauf entgültig angenommen.

Hamburg—Amerika-Linie. In der heutigen Sitzung des Aufsichtsrats und der Direktion wurde beschlossen, der General-Versammlung die Verteilung einer Dividende von 4 1/2 Proz. für das beendete Jahr vorzuschlagen. Im vorigen Jahre betrug die Dividende 6 Prozent.

Großbritanniens Außenhandel im Jahre 1902. Das Ergebnis der englischen Handelsbewegung des letzten Jahres ist im Vergleich zum vorhergehenden Jahre bescheiden. In den ersten sechs

Monaten war allerdings eine erhebliche Abnahme zu verzeichnen, die aber in der zweiten Hälfte des Jahres wieder mehr als ausgeglichen wurde. Der Abschluß des Friedens in Südafrika blieb nicht ohne günstigen Einfluß auf die Handelsbewegung, und die Feier der Krönung wirkte ebenfalls auf einige Geschäftszweige anregend, allein die mit der Verschiebung der Feier verbundenen Besorgnisse wogen zum Teil die Vorteile wieder auf.

Der Gesamtverkehr der Einfuhr des Jahres 1902 wird auf 528 800 245 Pfund Sterl. angegeben gegen 521 000 198 Pfund Sterl. im vorhergehenden Jahre, läßt also eine Zunahme von 6 870 088 Pfund Sterl. oder 1 3 Proz. erkennen. Bemerkenswert ist dabei die Zunahme der Einfuhr von Fabrikaten um 5 423 874 Pfund Sterl.

Der Ausfuhrhandel spiegelt ziemlich genau die Lage der Industrie des Landes wieder, wenngleich das Nachlassen von Bestimmungen sich erst nach einiger Zeit in der Ausfuhrstatistik bemerklich macht, da die Ausfuhr zumeist erst die Erledigung der monatlang früher eingegangenen Bestellungen nachweist. Der Wert der Ausfuhr des Jahres 1902 betrug 283 539 980 Pfund Sterl. gegen 280 022 376 Pfund Sterl. im vorhergehenden Jahre, hat also um 3 517 604 Pfund Sterl. oder 1 3 Proz. zugenommen.

Zu dieser Steigerung haben die Metalle und Metallwaren nicht weniger als 3 278 474 Pfund Sterl. beigetragen, was zum größten Teil auf den Kohlenstein in Amerika und die dadurch herbeigeführte starke Nachfrage nach Rohstoffen zurückzuführen ist. In Rohstoffen wurden nämlich im Jahre 1902 von Großbritannien nach den Vereinigten Staaten 594 252 Tons im Werte von 1 794 830 Pfund Sterl. verschifft gegen nur 44 282 Tons im Werte von 200 783 Pfund Sterl. im vorhergehenden Jahre. Auch der Versand von unbrauchbarem Stahl und von Eisenbahnmateriale hat zugenommen. Insgesamt betrug die Ausfuhr dieses Zweiges der Industrie auf 29 221 800 Pfund Sterl. gegen 25 282 080 Pfund Sterl. im Jahre 1901.

Ersi gegen Ende des Streiks in den Vereinigten Staaten wurden Kohlen aus Großbritannien dorhin verschifft; allein da auch in Frankreich ein Streik ausbrach, war die Kohlausfuhr in den letzten Monaten des Jahres recht lebhaft, so daß die Ausfuhr des ganzen Jahres 1902 diejenige des Vorjahres um reichlich eine Million Tons übertraf. Der Durchschnitt der Kohlenpreise war infolgedessen so viel niedriger, daß der Wert der größeren Menge im Jahre 1902 um 2,8 Millionen Pfund Sterl. geringer war, als derjenige der kleineren Menge des Jahres 1901.

Die Ausfuhr von Baumwollgarn zeigt nach Menge und Wert eine geringe Abnahme. In baumwollenen Zeugwaren aller Art gelangte im Jahre 1902 5330,7 Millionen Fards im Werte von 55,2 Millionen Pfund Sterl. zur Ausfuhr gegen 5361,6 Millionen Fards im Werte von 56,5 Millionen Pfund Sterl. im Jahre 1901. Was die übrigen Textilwaren anbelangt, so hat die Ausfuhr von Feinwaren in Menge und Wert zugenommen, ebenso diejenige von Wollgarn und Wollenwaren.

Litterarisches.

Jahrbuch des Handelsvertrags-Vereins für 1902. Herausgegeben von dessen Geschäftsführer W. Borgius. Berlin 1903. Franz Siemenroth. 405 S. 8°. Preis 4 M.

Die zu Beginn des vorigen Jahres hat auch jetzt wieder der Handelsvertrags-Verein ein „Jahrbuch“ erscheinen lassen, das vornehmlich dem Zweck dienen soll, allen Interessenten der Handelspolitik eine übersichtliche Zusammenstellung der wichtigeren Vorgänge, Ziffern und Daten aus der neueren Handelspolitik zu liefern. In Anbetracht der Thatsache, daß nach der Durchdringung des neuen Zolltarifs im Reichstage sich jetzt das Interesse hauptsächlich auf das Zustandekommen und die Gestaltung der Handelsverträge konzentriert, die an die Stelle der Caprivischen Verträge der Jahre 1892/94 treten sollen, beschäftigt sich das neue Jahrbuch vor allem mit den Verhältnissen und Umständen, unter denen die heute noch gültigen Tarifverträge aus dem Anfang der neunziger Jahre zum Abschluß und zur Annahme im Reichstage gelangten. So bietet z. B. das Buch nicht nur einen Abriss des allgemeinen (grundrissartigen) Teils der amtlichen Denkschriften zu den früheren Vertragsvorlagen, sondern auch einen Auszug aus den damaligen parlamentarischen Verhandlungen, der die für die prinzipielle Haltung der einzelnen Redner und Parteien maßgebenden Stellen soweit als möglich im Wortlaut wiedergibt. Ferner sind zum Vergleich der Anschauungen, von denen die Reichsregierung sich leiten ließ, die amtlichen Denkschriften zum Zolltarifentwurf von 1879 und zum Zolltarifentwurf von 1901 gleichfalls in ihrem allgemeinen Teil wörtlich abgedruckt.

Zur Einführung in die Entwicklung der handelspolitischen Strömungen in Deutschen Reich dient eine in großen Zügen gezeichnete Gesamtdarstellung der Geschichte des deutschen Zolltarifs im letzten Jahrhundert. Eine Ergänzung dazu bildet eine kurze Darstellung der Handelspolitik so den für unsern auswärtigen Handel wichtigsten Staaten (Rußland, Oesterreich-Ungarn, Schweiz, Italien, Frankreich, Großbritannien, Amerikanische Union), wobei besonders die handelspolitischen Beziehungen zu Deutschland und die Vorbereitungsarbeiten für die Erneuerung der Handelsverträge Berücksichtigung gefunden haben.

Aus dem übrigen Inhalte des Jahrbuches seien noch hervorzuheben eine übersichtliche Darstellung der Organisation unserer Zollverwaltung sowie ein interessanter Abschnitt, der die Bevorzugung der landwirtschaftlichen Interessen in der neueren deutschen und preussischen Gesetzgebung zum Ausdruck bringt. Den Schluß bildet auch diesmal ein Abschnitt „Handelspolitische Statistik“, der in zahlreichen Tabellen die Bedeutung des deutschen Außenhandels, die Wirkung der Handelsverträge und die Gestaltung der landwirtschaftlichen Verhältnisse veranschaulicht.

Das neue Jahrbuch bietet demnach jedem, der sich beruflich oder aus persönlichem Interesse mit den Fragen der deutschen Handelspolitik beschäftigt, eine wertvolle Materialsammlung und kann deshalb mit bestem Gewissen als brauchbares Handbuch empfohlen werden. O.

Gewerkchaftliches.

Berlin und Umgegend.

Konfektioniere. Da die Konfektionsbranche jahrelang dauerebelag war, es uns nicht möglich, irgend welchen Einfluß auf die Lohnverhältnisse auszuüben. Die Konjunktur hat sich nun in den letzten Monaten geändert, der Geschäftsgang in genannter Branche ist ein flotter geworden, es mangelt im Arbeitsnachweis sogar an Konfektionsdrechern. Trotzdem bieten die Unternehmer einen Lohn pro Woche von 18 bis 24 M. Diese gute Konjunktur wollen wir nicht vorübergehen lassen. Wir wollen eine Regelung der Lohnverhältnisse herbeiführen. Zu diesem Zweck findet am Dienstag, den 20. dieses Monats, im Gewerkschaftshause eine Versammlung statt. Wir bitten, sämtliche Kollegen und Kolleginnen auf diese Versammlung aufmerksam zu machen. Näheres im Informat am Sonntag. Um den Besuch aller ersucht Der Vertrauensmann.

Sämtliche Mechaniker, Uhrmacher und Hiffarbeiter der Elektrotechnischen Anstalt Hans u. Goldschmidt, Essasserstraße 8, haben wegen Verweigerung der Forderungen auf Zahlung des Minimallohnes sowie Garantierung derselben bei Accorarbeiten, die Arbeit niedergelegt. Zutug ist fernzubalten.

Deutsche Metallarbeiter-Gewerkschaft, Verwaltung Berlin.

Die Mühlenarbeiter Berlin und der näheren Umgebung treten ersichtlich in die Bewegung ein, um vermöge der Organisation dem Unternehmertum zu zeigen, daß sie nicht länger die willkürlichen Launen ihrer höheren und niederen Vorgesetzten ertragen wollen.

Seitens des Gewerkschafts für Brandenburg, Pommern, Ost- und Westpreußen ist ein Fragebogen ausgegeben, durch dessen Beantwortung gar tiebliche Zustände aufgedeckt worden sind. Die sanitären und hygienischen Verhältnisse lassen nicht mehr wie alles zu wünschen übrig.

Als kleines Beispiel für die Rigorosität der verantwortlichen Personen in einzelnen Betrieben sei für heute nur angeführt, daß in dem Betriebe von Schlitt, Stromstraße, versucht wurde, Arbeitern, die länger wie 10 Jahre beschäftigt sind, 50 Pf. pro Tag vom Lohne abzuziehen. Nur durch persönliches Eingreifen des Geschäftsinhabers konnte diese Maßnahme des Obermeisters verhindert werden.

Am Sonntag, den 18. d. M., soll eine öffentliche Versammlung im Englischen Garten, Alexanderstr. 37c, Stellung zu alledem nehmen und wird erwartet, daß der Besuch ein zahlreicher ist.

Gauvorstand des Verbandes der Mühlenarbeiter.

Deutsches Reich.

Zum Bergarbeiter-Ausstand in Oberschlesien wird uns aus Deutchen geschrieben:

„Die Berichte der bürgerlichen Presse über die Löhne der Bergleute auf der Florentinergrube, wo der Streik unverändert fort-dauert, sind insofern falsch, als von Häuerlöshnen von durchschnittlich 100 M. monatlich dgl. gesprochen wird. Gerade die Häuer, die noch 1901 durchschnittlich 1300 M. jährlich“ (nach des Dr. Volz' Statistik der ober-schlesischen Berg- und Hüttenwerke) verdienten, mußten seit einiger Zeit mit 60—80 M. monatlich vorlieb nehmen; die Löhne der andren niedriger gelohnten Arbeiterkategorien, der Schlepper, Wagenstößer, Schichter u. waren in demselben Verhältnis, um ungefähr $\frac{1}{4}$ bis $\frac{1}{2}$ zurückgegangen. — Generaldirektor Williger hat den Streikenden auf ihre Forderungen eine abschlägige Antwort erteilt und ihnen anheimgegeben, einzeln die Forderungen vorzubringen; die Voraussetzung sei Aufnahme der Arbeit. Da dieser Weg den Arbeitern ungangbar erschien, riefen sie auf den Rat des Arbeitersekretariats in Deutchen das Berggewerbegericht in Deutchen als Einigungsamt an.“

Wie die Breslauer „Volkswacht“ mitteilt, befanden sich auf der Grube am Mittwoch noch 528 Arbeiter im Streik.

Ein Erfolg des Löhnerverbandes. In Coswig in Anhalt standen 172 Köpfer der Scheibenbranche 15 Wochen lang in einem Abwehrstreik. Die Unternehmer kündigten den am 1. Oktober 1902 abgelaufenen Tarif zu dem Zweck, den Arbeitern einen um 5—10 Proz. herabgesetzten Tarif aufzudrängen. Der Plan scheiterte an der guten Organisation und muster-gültigen Haltung der Streikenden. Der Streik endete mit einem vollständigen Sieg der Arbeiter. Der alte Tarif tritt wieder in Kraft. Es wurde aber auch durch den Kampf die Organisation, der Centralverband der Köpfer, erhalten, den die Unternehmer zerstören wollten. Es bewährt sich hier wieder, daß die, welche das Böse wollten, das Gute geschaffen haben, denn es sind auch dem sozialdemokratischen Verein von Coswig circa 120 Köpfer beigetreten. Das dürfte für den Anhalter Kreis angesichts der Kämpfe bei den Reichstagswahlen ein nicht zu unterschätzender Vorteil sein.

Der Centralverband der Steinseher, Pflasterer und Berufs-genossen Deutschlands blickt gegenwärtig auf ein 10jähriges Bestehen zurück. Aus der Jubiläumsummer der „Allgemeinen Steinseher-Zeitung“ ersieht man, daß es viel Mühe und Arbeit gekostet hat, um die in alten Zustimmungen dahingehenden Steinseher für die Bestrebungen der modernen Arbeiterbewegung zu interessieren. Erst im Jahre 1893 gelang es der Tätigkeit und inermühten Agitation einseitiger Berufscollegen, den Verband in seiner jetzigen Form zu begründen. Seitdem hat sich die Organisation kräftig entwickelt. In Mitgliedern zählt der Verband gegenwärtig ca. 5000 gegen knapp 2000 im Jahre 1893. Die Einnahmen haben sich verdreifacht, so daß bereits im Jahre 1901 mehr als das Doppelte für Streiks aus-gesprochen werden konnte, als was bei Gründung des Verbandes über-haupt eingenommen worden ist. Bedeutenden Mehrerwerb hat die Steinseher-Organisation ihren Mitgliedern erobert und ihnen ebenfalls durchweg eine Vergrößerung der Arbeitszeit verschafft. Die Streiks von Steinhilber, Leipzig, Magdeburg, Hannover, Königsberg, Halle, Berlin usw. sind nicht ohne Wirkung auf die Unternehmer geblieben. Gegenüber der früher üblichen 12- und mehrstündigen Arbeitszeit arbeiten der weitaus größte Teil der Steinseher nur noch 9—10 Stunden, ganz abgesehen von den überall erkämpften Lohn-erhöhungen.

Die Kottbuser Polizei setzt ihre Maßnahmen gegen die Gewerkschaften fort. Wie die „Märk. Volkst.“ mitteilt, hat die Polizei den Reichern des Gewerkschaftsartikels Strafmandate von je 15 M. zugestellt, weil die Anmeldung der Mitglieder unterblieben ist. Nun kann aber der Polizei wohl kaum unbekannt sein, daß das Kottbuser Amtsgericht erst kürzlich, gestützt auf ein Kammergerichts-Urteil, ent-schieden hat, daß das Gewerkschaftsstatut gar kein Verbot ist, also auch eine Anmeldepflicht nicht besteht. Auch die Fälle, wonach die Polizei den Arbeitgebern Mitteilung von Neuerwerbungen der Arbeiter in Ge-werkschafts-Versammlungen gemacht haben soll, sind nicht vereinzelt. Vor kurzem erzählte erst ein Arbeitgeber, daß ihm ein Beamter Mit-teilungen gemacht habe von kritisierenden Neuerwerbungen seines Be-triebseigenen eines seiner Arbeiter in einer Versammlung der Handels- und Transport-Arbeiter. — Man sieht, die Kottbuser Polizei thut manches, was nicht ihres Amtes ist.

Ueber den Stand der christlichen Gewerkschaften bringt die „Bergarbeiter-Zeitung“ interessante Angaben. Sie führt aus, daß während die freien Gewerkschaften selbst unter der Herrschaft der Krise nach innen und nach außen erstarkt sind, von den christlichen Gewerkschaften das Gegenteil zu sagen ist. Der größte Gewerksverein, der der Bergleute im Ruhrgebiet, gab für den 1. April 1901 schon 34 000 Mitglieder an, am 1. April 1902 sollten es 35 000 sein und nun lesen wir im „Bergknappen“, daß am Anfang 1902 „nach gründlich gereinigtem Listen“ rund 34 000 vorhanden waren. Am Schlus 1902 werden 40 208 Mitglieder angegeben, wovon aber 4080 aus dem Siegerländer Verein stammen, so daß der eigentliche Bestand nur 34 128 wäre! Das heißt, seit zwei Jahren hat der Berggewerksverein so gut wie gar nichts gewonnen! In Wirklichkeit sieht es mit den „34 000“ aber auch noch sehr windig aus, wie die Berg-Gewerbegerichtswahl im Ruhrgebiet aller Welt bewies. Die Wähler schieden diesen Rückgang auf die Krise und die erhöhten Beiträge. Aber der Bergarbeiter-Verband hat ja noch einen höheren Beitrag und nahm trotz der Krise ca. 10 000 Mit-glieder zu in 1902!

Mit der christlichen Metallarbeiter-Bewegung steht es trüblich. 4790 Mitglieder zählte der Wiewer-Berein am 1. April 1902. Ein nennenswerter Zuwachs ist kaum eingetreten. Der Sieger-länder Gewerksverein der Berg-, Hütten- und Metallarbeiter hat sich zwar aufgelöst, 6080 Bergleute sind dem Hengewerksverein übergetreten, es blieben also noch „etwa 2000“ Metallarbeiter für den „Centralverband“ gegen Wiewer übrig. Aber aus den Spalten der „Christlichen Arbeiterzeitung“ ertönen nicht wie Klagen über die verheerliche Spekulation. „Die „etwa 1000“ Metallarbeiter des Sauer-landes verzipfen wenig Lust, sich dem tothgeborenen Central-verband“ anzuschließen. Derselbe soll „etwa 2000“ Mitglieder haben. — Wie stolz steht daneben der freie Metallarbeiter-Verband mit 120 000 Mitgliedern. Fortschritte hat wesentlich nur gemacht der Textilarbeiter-Verband, der ja auch am wenigsten „Nichtlampfverein“ ist, 16 703 Mitglieder zählte er im Oktober 1902, voraussichtlich 17 000 am Jahres-schlus, das heißt ungefähr 4500 mehr wie im Jahre vorher. Nur ist dies kein ganz neuer Gewinn, denn im Jahre 1899 gab es schon 22 398 „christlich“ organisierte Textilarbeiter in verschiedenen Verbänden. 1901 bildete sich der Centralverband, dem sich noch und nach die zerstreuten Gruppen anschließen. Darin besteht zweifellos ein Gewinn für die Verbandsstärke. Nicht man aber in Betracht, daß in den niederrheinisch-westfälischen Bezirken, wo die christliche Gewerksvereins-Bewegung allein etwas bedeutet, 126 000 Textilarbeiter beschäftigt sind, davon 71 000 nur in den kirchlich beherrschten Sektoren Münster, Aachen und B.-Gladbach, so kann das Mähmens über die Fortschritte der Bewegung schon ein Ende gemacht werden. — Der Ziegler-Gewerksverein, der 1901 schon 829 Mitglieder verlor, vegetiert weiter, anders kann man es nicht nennen. — Als ein von geistlicher Seite besonders kräftig unterstütztes Stilleben vegetierten auch die Verbände der Holzarbeiter und Maurer, die zusammen „etwa 9000“ Mitglieder zählen, denen 150 000 frei-organisierte Holzarbeiter und Maurer gegenüberstehen. Wiewer

rechnet dem christlichen Holzarbeiterverband vor, er könne ohne Alimente aus dem „großen Deutche“ nicht existieren.

Das wären die „größten christlichen Gewerksvereine“. Müdig, mit tausend Wästen schiffen die Kacher vor bald einem Jahrzehnt in die See, um die freien Verbände „aufzulösen“; — still zwar nicht, aber doch laut schimpfend und zeternd schlüßelten sich die „Kuch-Neutralen“ zurück in den rettenden Hafen der „reinlichen Scheidung“, um wenigstens die verkauften Planen des Schiffleins zu retten.

Die Ausbeutung der vieler Handwerker, welche im vorigen Jahre durch die Unternehmer verjagt wurde und den Arbeitern einen 16 Wochen währenden Kampf aufzwang, hat den Organisationen der beteiligten Arbeiter bedeutende Kosten verursacht. Bei den Maurern balancieren Einnahme und Ausgabe in der Gesamtsumme mit 65 883,66 M. Hieron sind aus der Hauptkasse 58 159,10 M. ein-gesandt worden. Für Unterstützungen wurden 49 720,45 M. veraus-gabt, für Fernhaltung des Zuzuges 10 227,78 M., Reiseunterstützung 1 909,80 M. usw. Bei den Zimmerern stellten sich Einnahme und Ausgabe auf 77 310,54 M. Der Zuzug der Hauptkasse betrug 60 287,79 M. Verausgabe wurden für Unterstützungen 66 347,38 Mark, Fernhaltung des Zuzuges 7 731,30 M. usw. Selbst die minder beteiligten Banarbeiter hielten bei einer Einnahme von 8 423,22 M. eine Ausgabe an Unterstützungen usw. von 8 371,50 M. zu verzeichnen. Die Gesamtausgabe stellte sich demnach für sämtliche drei beteiligten Gewerkschaften auf 151 066 M. Davon wurden von den Hauptkassen rund 126 000 M. eingesandt. Der weitere Rest wurde aus den Lokalkassen, sowie aus den am Ort gesammelten Geldern gedeckt. Es kann konstatiert werden, daß die verhältnismäßig ungünstig verlaufene Lohnbewegung auf die Organisationen einen irgendwie schädigenden Einfluß nicht ausgeübt hat.

Ausland.

Der Protest der österreichischen Gewerkschaften gegen den sie bedrohenden Ministerialerlass wird unterstützt durch eine parlamentarische Aktion unserer Genossen. Die Angelegenheit der Gewerkschaften wird Gegenstand einer Interpellation sein, die in der ersten Sitzung des Abgeordnetenhauses von den Sozialdemokraten eingebracht werden wird. Die Regierung wird in der Lage sein, binnen kürzester Frist ihre Stellung in dieser Frage klarzustellen. Die Abgeordneten Bernertorfer und Ellenbogen sowie Gewerkschaftssekretär Huber haben den Text der Interpellation Herrn v. Körber schon mitgeteilt und ihm detaillierte Informationen über die eventuelle Wirkung der Durchführung des bekannten Erlasses gegeben.

Verfammlungen.

Die Holzbearbeitungs-Maschinenarbeiter hielten am Montag im Gewerkschaftshause ihre Generalversammlung ab. Der Kassierer Zimpel gab den Kassenericht vom letzten Quartal. Die Ein-nahme incl. Kassenbestand belief sich auf 21 816,93 M., der eine Gesamtausgabe von 4310,70 M. gegenüberstand. Als Bestand ver-blieben 17 476,23 M. An Mitgliedern zählt der Verband 890. Der Verlust an Mitgliedern ist durch Neuaufnahmen — im letzten Quartal circa 100 — reichlich wieder wett gemacht. Dem Kassierer wurde einstimmig Decharge erteilt. Hieran gab der 2. Vorsitzende W. Viehl den Vorstandsbericht für das letzte Halbjahr. In einer Vorstandssitzung kam es zur Aussprache über den Anschluß an den Holzarbeiter-Verband. Ein Beschluß hierüber wurde jedoch nicht gefaßt, weil die Diskussion keinen Zweifel darüber ließ, daß noch keine Reizung zum Uebertritt in den Holzarbeiter-Verband vorhanden sei. Ferner ist die Streikunterstützung auf 18 M. pro Woche fest-gesetzt worden. Heute berichtete darauf über die Tätigkeit der Rechtschutz-Kommission. In 28 Fällen wurde Rechtschutz gewährt, wobei es sich in erster Linie immer um die Vernehmung von Unfall-sachen handelte, weil die Mitglieder durch die Art ihrer Beschäftigung Unfällen verhältnismäßig leicht ausgesetzt sind. Zu einer lebhaften Debatte führte das Verhalten der Berufsvereinsgenossenschaft, die in vielen Fällen den Verletzten als „dauernd“ festgesetzt bezeichnet, trotzdem aber nach einiger Zeit mit Abzügen kommt. Die nachteiligen Folgen dieser Praxis für die Betroffenen sollen in einer späteren Versammlung eingehend erörtert werden. Ueber die Arbeitsnachsweis-Kommission berichtete Junge. Arbeitslos waren im letzten Halbjahr insgesamt 573 Kollegen, am Jahreschlus hatten 77 derselben noch keine Beschäftigung. Die durchschnittliche Dauer der Arbeitslosigkeit betrug 11 Tage pro Mann. Zu beisehen waren im ganzen 442 Stellen, davon wurden 343 durch den Verbandsnachsweis besetzt. Mit Genehmigung konnte konstatiert werden, daß der Arbeits-nachsweis trotz aller Gegenmaßnahmen der vereinigten Holz-industriellen besser funktioniert wie früher. Westlich brandbare Maschinenarbeiter können die Unternehmer in ihrem eignen Arbeits-nachsweis in der Alexanderstraße eingehendernutzen nicht be-kommen. West als Berichterstatter der Kontrollkommission teilt mit, daß circa 70 Werkstatt-Besprechungen stattgefunden haben. Gemein-schaft wurde, die Kommission möge ihr Hauptaugenmerk neben der allgemeinen Agitation auf die Verhütung von Ueberstundenarbeit und sonstige Mißstände in den Betrieben richten. Eine rege Aus-sprache rief ein Vorstandsamttrag auf Aufhebung der pro-visorischen Arbeitslosen-Unterstützung hervor. Die Unterstützung ist seiner Zeit infolge des Kampfes gegen den Anmungs-nachsweis eingeführt worden. Nach Meinung des Vorstandes ist dieselbe jetzt aber überflüssig — wenigstens in der bisherigen Form —, weil die Verhältnisse während des Hauptkampfes sich zu Gunsten der Arbeiter geändert haben. Da ein großer Teil der Ver-sammlung jedoch die Arbeitslosen-Unterstützung beibehalten möchte, so wurde eine Kommission von fünf Personen gewählt, welche ein Regulativ zwecks Einführung einer verbesserten und ge-nügend fundierten Arbeitslosen-Unterstützung ausgearbeitet hat. Bis dahin wurde die Angelegenheit vertagt. — Zum Schlus folgten noch einige Ergänzungswahlen. Von den turnusmäßig ausscheidenden Vorstandsmitgliedern wurden Viehl als 2. Vorsitzender, Kuhnert als 2. Schriftführer und Keuling als 2. Kassierer wiedergewählt, ebenso Dempel als Revisor und Steinborn als Delegierter zur Gewerkschafts-Kommission.

Die Former hatten sich am Dienstag im „Kolberger Salon“ zu einer Besprechung der zur Zeit in diesem Bezirke ausgebrochenen Streiks zusammengefunden. Flach hielt das einleitende Referat. Danach hat der Streik bei der Firma Wolter folgende Ursachen: Zwei Kollegen waren wegen einer rechtmäßigen Lohnforderung im Betrag von etwa 12 M., die ihnen auf Ausschlußarbeit abgezogen werden sollten, vorstellig geworden. Ihnen wurde der Betrag zwar ausbezahlt, doch erfolgte gleichzeitig ihre Entlassung wegen an-geschuldigen Arbeitsmangels. Als daraufhin die Mitarbeiter der Ent-lassenen dem Betriebsleiter erklärten, daß, falls wirklich Arbeits-mangel herrsche, sie erwidrig seien, die Arbeitszeit zu Gunsten der beiden Kollegen in die Arbeitsräume der Firma, woselbst die Be-schränkung, da wurden sie scharf abgewiesen mit dem Bemerkten: „Wem es nicht paßt, kann gehen.“ Die Former gingen und pro-klamierten den Streik. Infolge der schlechten Konjunktur haben sich allerdings einige Streikbrecher eingefunden, darunter ein junger Rumäne, der sich zum Ingenieur ausbilden will und auf Ver-anlassung eines Konjuls bei Wolter placiert ist und daselbst jetzt Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung vorzichtet. In einer Gewerbegerichts-Ver-handlung am 7. Januar, die wegen rückständigen Lohnes von den Streikenden gegen ihren Chef anhängig gemacht war, versuchte der Vorsitzende v. Schulz gleichzeitig einen Vergleich betreffs Beilegung des Streiks herbeizuführen. Dieser Versuch scheiterte jedoch an dem Starrsinn des von den Rühnemännern unterstützten Arbeitgebers. Dagegen wurde ein Verfahren gegen die Streikenden eingeleitet wegen Einbruchs in die Arbeitsräume der Firma, woselbst die Be-schränkung von Formen und Entwendung von Werkzeugen ausgeführt ist. Auf dem Polizeipräsidium hatten die Streikenden stundenlange Vernehmungen zu bestehen. Trotz alledem ergab sich nichts Belastendes gegen sie; alle polizeilichen Ermitt-lungen sind zu Gunsten der Streikenden ausgefallen. Der Streik ist nicht aussichtslos. Nach eigener Aussage des Unternehmers hat dieser in den wenigen Wochen des Ausstandes einen enormen finanziellen Schaden erlitten. — Der Streik bei der

Firma Jachmann steht noch in demselben Stadium wie vor Wochen. Seine Ursache liegt ebenfalls in vertragswidrigen Ab-zügen und willkürlichen Entlassungen. Auch dieser Firma wird vom Rühnemänner-Verbande der Räden getraut. — Feindliche Unter-nehmerpraktiken führten die Streiks in den Minikwerken und bei der Firma Eisner herbei. Die Ausstichen für die Streikenden sind hier als günstig zu bezeichnen, weil es sich um Metallgewerbe handelt und sich unter den Metallformen keine Arbeitswilligen fanden. — Ueber fortwährende Preisbrudereien der ohnehin schon so schlechten Accordarbeit wurde auch bei der Firma Salinger geklagt. Es ist nicht ausgeschlossen, daß es auch in diesem Betriebe nützlich zu ermitteln Differenzen kommt. — Da-gegen ist ein Konflikt bei der Firma Borzig, wobei es sich auch um Bezahlung von Ausschlußarbeit handelte, nach kurzen Aus-einandersetzungen zur Zufriedenheit der Former erledigt. — In der antreib reger und lebhaften Diskussion wurden die verschiedenen Mißstände in den erwähnten Betrieben zur Sprache gebracht. Folgende Resolution fand einstimmige Annahme: Die versammelten Former und Berufsvereinsgenossen erklären sich mit ihren streikenden Kollegen solidarisch und verpflichten sich, dieselben moralisch und materiell zu unterstützen. An ein Aufheben des Streiks ist unter den obwaltenden Umständen nicht zu denken.

Die organisierten Fleischer-Gesellen Berlins hielten am 11. Januar ihre Mitgliederversammlung bei Günzel, Rosenhägerstr. 57 ab. Nach einem mit Beifall aufgenommenen Referat des Vorsitzenden Paul Hensel über: „Die Arbeitslosigkeit der Fleischer-Gesellen im Jahre 1902“, erfolgte der Bericht des Vorstandes und des Kassierers. Die Kassenverhältnisse haben sich im Vergleiche zu den Vorjahren derart gebessert, daß die Versammlung ihre Zufriedenheit darüber ausdrückte. Hieran erfolgte die Erwahlung des Hauptvorstandes sowie die Neuwahl des Lokalvorstandes. In ersterer wurde als Beisitzer Klug, als Revisor Dumke gewählt. Der letztere legt sich aus folgenden Personen zusammen: Vorsitzender Th. Reslinski, Kassierer Callies, Schriftführer Reiser, Beisitzer Grande und Snopp, Revisoren Großschwig, Süd und Wiedermann. Unter Berufsangelegenheiten kam besonders die in Rummelsburg, Schillerstraße 18, am 1. Januar ins Leben ge-tretene Kontum-Schlächterei zur Sprache, worüber Hensel berichtete, daß die betr. Unternehmer nur organisierte Fleischer-Gesellen be-schäftigen wollen. Gleichzeitig bedauerte er, daß die betr. Genossenschaft sich bisher noch nicht an den Centralverband wegen Einstellung von Gesellen gewandt, sondern dieselben von privaten Stellenvermittlern bezogen habe, bei welchen ein Geselle für die Vermittlung der Stelle 4 Mark und darüber zahlen muß. Bei einer Rücksprache mit dem Geschäftsführer Herrn Schlächtermeister Fiedler erklärte dieser, in Zukunft werde er die Gesellen direkt von der Organisation be-ziehen. Es soll auch nach Möglichkeit die zwölfstündige Arbeitszeit eingehalten werden.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Der Zoll auf Malzgerste.

München, 15. Januar. (B. L. Z.) Das Ministerium des Innern hat an den bayerischen Landwirtschaftsrat einen Erlass gerichtet, in welchem betont wird, daß die bevorstehende Erhöhung des Zolles auf Malzgerste in dringlicher Weise Veranlassung giebt, der Erzeugung von ihm sich ausreichten Mengen qualitativ hochwertiger Malzgerste im Inlande volle Aufmerksamkeit zuzuwenden. Der bayerische Landwirtschaftsrat wird demgemäß veranlaßt, unter Zugiehung von Vertretern beteiligter Institute namentlich der agricultur-botanischen Anstalt, der Saatgutstation Weihenstephan und der bayerischen brautechnischen Versuchsanstalten, die für eine intensive und nachhaltige Hebung des Gerstenbaues in Betracht konunenden Maßnahmen genau zu prüfen und über das Ergebnis Bericht zu er-statten.

Die kirchliche Frage.

Paris, 15. Januar. (B. L. Z.) Deputiertenkammer. Bourgeois übernimmt das Präsidium mit einer Ansprache, in welcher er auf die jüngsten Senatswahlen hinweist, welche die Kammer sich als Fingerzeig dienen lassen möge. Nach der Ansprache des Präsidenten beginnt das Haus die Beratung der Inter-pellation Renier und Plichon über die Kongregationen. Renier verlangt Aufhebung aller kongregationistischen An-stalten, die sich mit der Erziehung von Unterricht beschäftigen, und Verweigerung der Ermächtigung für neue kongregationistische An-stalten, die Werke der Barmherzigkeit gewidmet sind. Plichon erhebt Einspruch gegen das Ausschreiben des Ministerpräsidenten, in welchem die Kongregationen benachrichtigt werden, daß die Regierung ihre Gesuche um Zulassung nicht dem Staatsrat übergeben werde. Redner erklärt, die Regierung übernehme damit eine große Ver-antwortung. (Rufe links: Wir übernehmen sie!) Plichon wirt der Regierung vor, sie habe ihre Gewalt gemißbraucht, und führt Klage darüber, daß jetzt alle Freiheiten in der Hand eines einzigen Mannes liegen. Redner fragt schließlich, ob der Ministerpräsident sein Vorgehen hinsichtlich der Kongregationen allgemein anzumenden beabsichtige. (Beifall rechts.)

Ministerpräsident Combes rechtfertigt das von der Re-gierung bezüglich der Kongregationen eingeschlagene Verfahren und sucht nachzuweisen, daß dasselbe durchaus gesetzlich sei. Der Ministerpräsident erklärt, da die Republik für ein gut organisiertes Unterrichtsweesen Sorge getragen habe, sei es ihre Pflicht, alle Kongregationen-Schulen zu beileigen, die den Haß gegen die Republik und gegen den freien Gedanken pflegten. (Langandauernder Beifall links.) Nachdem noch Grandmaison gegen die neuen Dekrete gesprochen, wird die Debatte geschlossen. Das Haus nimmt mit 313 gegen 211 Stimmen eine von Sarrien, Etienne und Jourde eingebrachte Tagesordnung an, in welcher die Handlungen und die Erklärungen der Regierung gebilligt werden.

Ausfuhr und Konsum in den Vereinigten Staaten.

Aus New York wird der „Frankfurter Zeitung“ vom 15. Januar telegraphiert: Die Ausfuhr der Vereinigten Staaten war im letzten Jahre um 130 Millionen Dollar geringer, als im Jahre vorher. Von der Wiederausfuhr entfallen 80 Millionen auf Getreide. Die Gesamtanfuhre betrug 1390 Millionen, die Einfuhr 970 Millionen Dollar, mithin 90 Millionen mehr als im Vorjahre.

Die Kohlennot wächst, so daß beispielsweise die Pennsylvania-Universität alle Hörsäle schließen mußte. Manche Fabriken sind eben-falls geschlossen. Die Kohlen-Gesellschaften häufen Kohlen in den Nieder-lagen umher der großen Städte an, richten aber die Zufuhr so ein, daß der Preis konstant sehr hoch bleibt. Beispielsweise wurde in Milwaukee amtlich festgestellt, daß 10 000 Tonnen Kohlen in erreichbarer Nähe sind. Obwohl der Kongreß den Kohlenzoll für immer abschaffte und nicht wie das Repräsentantenhaus durchdringlich vordringlich auf ein Jahr, wird die Einfuhr schwerlich bedeutend werden, da der Zoll 27 Cents pro Tonne betrug.

Warsko.

Tanger, 15. Januar. (B. L. Z.) Die Indjera-Nahien und die Nahien von Landja-Bahja, welche in Steinbrüchen eine feste Stellung eingenommen hatten und von den Regierungstruppen unter-stützt wurden, haben die Jaha-Nahien zurückgeworfen. Der Gouverneur hat vier Geschüge nach dem Kampfplatze entsandt.

Tanger, 15. Januar. (B. L. Z.) Die aufständischen Stämme in der Umgebung von Tanger sind geschlagen und mehrere ihrer Feldlager in Brand gesteckt worden. Die Regierungstruppen ver-folgen die Flüchtenden.

Schiffsunfälle.

Odeffa, 15. Januar. (B. L. Z.) Der in den letzten Tagen auf dem Schwarzen Meere wütende Sturm hatte zahlreiche Schiffs-unfälle zur Folge, darunter auch den Untergang des griechischen Dampfers „Garteyon“. Nur einem Teil der Besatzung, 7 Mann, gelang es, sich in ein Boot zu retten, das von einem Lloyd-Dampfer aufgenommen wurde.

Reichstag.

298. Sitzung. Donnerstag, den 15. Januar 1903, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsstische: Graf Posadowsky. Die Beratung über die Resolutionen der Abgg. Herr Hehl und Herrnsheim (nall.) und Sped (C.) betr. Kündigung der Weisbegünstigungsverträge wird fortgesetzt.

Abg. Bernstein (Soz.):

Abg. Sped hat gestern unter Uittierung einer Stelle aus dem „Vorwärts“ gemeint, wenn es der Socialdemokratie ernst sei mit dem Schutz der Industrie-Arbeiter, so müßte sie seiner Resolution zustimmen. Das Citat aus dem „Vorwärts“ wird von allen Mitgliedern meiner Partei nach seinem vollen Inhalt unterzucht, andererseits aber kann ich den Erwartungen des Abg. Sped in keiner Weise entsprechen. Wir sind durchaus Gegner der Resolutionen Hehl und Sped. Die gestrigen Reden der Abgg. Hehl und Sped sowie des Staatssekretärs Grafen Posadowsky können uns in dieser Gegnerschaft nur bestärken. Was ist der Zweck und das Ziel dieser Resolutionen? Die beiden Vertreter der Resolutionen begründen sie mit der Notwendigkeit eines härteren Schutzes des deutschen Exportes. Ihre Reden richteten sich in erster Linie gegen unsere Vertragsverhältnisse mit den Vereinigten Staaten und mit Argentinien. Wir sind die letzten, die unsere handelspolitischen Beziehungen zu diesen Staaten als über jeden Tadel erhaben hinstellen möchten. Wenn irgend eine Seite dieses Hauses ein Interesse an der Schaffung günstiger Bedingungen für die deutsche Ausfuhr hat, so ist es die Socialdemokratie. Einer Resolution, die die Regierung aufgefordert hätte, bei den Handelsvertrags-Verhandlungen die bestmöglichen Bedingungen für die deutsche Ausfuhr zu erwirken, hätten wir uns nicht entgegengestellt. Das ist aber bei diesen beiden Resolutionen nicht der Fall. Sie würden uns, falls nach ihnen verfahren wird, die Gefahr eines Zollkriegs mit den Vereinigten Staaten oder Argentinien ungeheuer nahe bringen. Diese Gefahr haben die beiden Begründer der Resolutionen sehr leicht genommen. Sie haben sich nicht gefragt, was solche Zollkriege für uns zu bedeuten hätten und wer ihre Kosten zu tragen hätte. Das wäre die breite Masse der arbeitenden Bevölkerung. Mit solchen gefährlichen Möglichkeiten darf man nicht spielen.

Die Resolution Hehl ist gestern bis zu einem gewissen Grade schon dem Abgeordneten Sped als über alles Mögliche hinausgehend bekämpft worden. Sie würde uns zu einem Zollkrieg führen, der geradezu verhängnisvoll wäre für den deutschen Export. Die Resolution Sped andererseits ist von einer Unbestimmtheit und Deutungslosigkeit, wie sie größer kaum gedacht werden kann. Man kann alles und eventuell nichts in sie hineinlegen. Was heißt denn der zweite Teil, der eigentliche Kernpunkt der Resolution eigentlich: Der Reichstanzler soll thunlichst bald, wenn möglich noch vor Erneuerung der Tarifverträge das vertragsmäßig oder herkömmlich bestehende Weisbegünstigungs-Verhältnis zu allen denjenigen Ländern lösen, bei welchen die Erfahrung gezeigt hat, daß ein solches Verhältnis den deutschen Interessen nachteilig gewesen ist. Was heißt denn: den deutschen Interessen nachteilig? Da müssen doch diese deutschen Interessen näher begründet werden. Davon steht aber nichts in der Resolution. Wo wir mit einem Lande im Weisbegünstigungs-Verhältnis stehen, können wir in dies Land zu denselben Bedingungen einführen wie unsere Konkurrenten. In dieser Beziehung kann also von einer Unbestimmtheit nicht die Rede sein. Wir können aber doch kein Land zwingen, eine Handelsposition aufzugeben, die es selbst als für sein Gedeihen nützlich hält. Was weiter unseren Import von diesen Ländern anbetrifft, so haben doch die deutschen Importeure die freie Wahl zu laufen, was ihnen vorteilhaft dünkt. Da kann also auch in der Weisbegünstigung kein Nachteil erblickt werden. Die freie Wahl wäre nur ausgeschlossen, wenn das betreffende Land ein Monopol auf bestimmte Produkte hat. Dann aber würde erst recht die Aufhebung der Weisbegünstigung absolut nichts zu sagen haben. Ein Beispiel haben Sie an Chile. Mit Chile haben wir bis 1897 im Weisbegünstigungs-Verhältnis gestanden, das dann — nicht durch uns — gelündigt wurde. In den letzten Jahren vor der Kündigung, — s. B. 1895, hatten wir eine Einfuhr von Chile im Werte von 80 Millionen Mark gegenüber einer Ausfuhr von 44 Millionen. Nach Ihrer (nach rechts) Ansicht, die Sie die Handelsbilanz als das Maßgebende betrachten, wäre das ein außerordentlich ungünstiges Verhältnis. Hier Jahre nach Abschaffung des Weisbegünstigungsvertrages, 1901, haben wir eine Einfuhr von Chile im Betrage von 101 Millionen gegenüber einer Ausfuhr nach Chile von 31 Millionen, d. h. eine positive Handelsbilanz von 67 Millionen Mark. Sie wissen aber alle, daß die Einfuhr von Chile zu 90 Proz. in Chile-Salpeter besteht, ein Artikel, den unsere Landwirtschaft dringend braucht, um dem Boden den nötigen Stickstoff zuzuführen. Da fragen unsere Agrarier nicht nach der Handelsbilanz, sie laufen auf dem Weltmarkt, was ihren Interessen entspricht. Wenden Sie nun das Beispiel von Chile auf die beiden gestern erwähnten Länder an. Abg. v. Hehl hat schon gestern hingewiesen auf unsere ungeheure positive Handelsbilanz gegenüber den Vereinigten Staaten. 1901 stand einer Einfuhr von über einer Milliarde eine Ausfuhr nach den Vereinigten Staaten von nur 400 Millionen Mark gegenüber. Bei Chile stehen 104 Einheiten Import 38 Einheiten Export gegenüber, bei den Vereinigten Staaten 108 Einheiten Import 34 Einheiten Export. Das Verhältnis ist also bei den beiden Ländern ganz ähnlich. Unsere Einfuhr aus Nordamerika setzt sich in der Hauptsache aus Artikeln zusammen, deren Wert für unsere Volkswirtschaft absolut bedürfen, wenn auch kein Chile-Salpeter darunter ist. So bezogen wir 1901 aus den Vereinigten Staaten für 233 Millionen Mark Rohbaumwolle, für 18 Millionen Baumwollflanzen-Del, für 58 Millionen Petroleum, ferner Weizen, Mais etc. Weiter haben wir 1901 für 21 Millionen gemünztes Gold aus den Vereinigten Staaten bezogen. Unter unserer Ausfuhr nach den Vereinigten Staaten dagegen finden sich nur wenige Posten, bei denen die Vereinigten Staaten unbedingt auf uns angewiesen sind und die sie im Fall eines Zollkrieges nicht auch von unseren Konkurrenten auf dem Weltmarkt beziehen könnten. Zu diesen Posten gehören Anilinfarben und Teerfarben, deren Ausfuhr nach den Vereinigten Staaten 1901 10,4 Millionen betrug. Dem gegenüber stehen zum Beispiel 10,4 Millionen Mark Kautschuk und Bauholz, die wir von den Amerikanern beziehen. Unserer Kautschuk-Ausfuhr nach den Vereinigten Staaten von 12 Millionen (9 Millionen Chlorkalk, 3 Millionen Schwefelsäure Kalk), steht eine ebenfalls sich auf 12 Millionen belaufende Einfuhr an Kalken gegenüber, auf die unsere Industrie unbedingt angewiesen ist. Für alle Textil-, Leder- und Spielwaren, die wir nach den Vereinigten Staaten ausführen, haben wir Konkurrenten in England, Spanien, Italien, Detsch etc. Die Durchführung der Resolutionen müßte die Ausfuhr aller dieser Artikel nach den Vereinigten Staaten untergraben und damit zunächst eine schwere Schädigung für unsere arbeitenden Klassen herbeiführen.

Auch gegenüber Argentinien haben wir eine ebenso große positive Handelsbilanz. 1901 bezogen wir von Argentinien für 200 Millionen Mark und führten nur für 44 Millionen Mark dorthin aus. Unsere Industrie ist unbedingt angewiesen auf die Einfuhr argentinischer Schafwolle, Rindschänte, Felle zur Pelzherstellung, Gerbstoffe etc. Für diese Stoffe hat ja gegen den Protest der Interessenten die agrarische Mehrheit des Reichstages enorme Zollrückstellungen beschlossen, so daß die Organisation der deutschen Zollerindustrie — an ihrer Spitze ein Kommerzienrat — unserem Kollegen Darm ihren besonderen Dank ausgesprochen hat für seine warme und energische Vertretung der Interessen dieser Industrie! Weiter kommt noch als Einfuhrartikel von Argentinien Leinsaat in Betracht, ein Artikel, über den mein Freund Antrid in jener denkwürdigen Reichstagsitzung sehr beherzigenswerte und ausführliche Darlegungen gegeben hat. Da-

gegen kann Argentinien die Waren, die es von Deutschland bezieht, im Notfall auch von anderen Ländern bekommen. Wir können ja ganz offen darüber sprechen. Der Herr Staatssekretär meinte allerdings gestern, es seien Keuperungen gefallen, die besser nicht laut geworden wären, aber ich meine, die materiellen Grundlagen unserer handelspolitischen Beziehungen sind doch aller Welt bekannt, wie veröffentlichten doch regelmäßig unsere Handelsstatistik, die den Vertretern anderer Länder zur Verfügung steht. Diese ganze Politik der Geheimhaltungen ist ein Anachronismus, wie allerdings unsere ganze gegenwärtige Zoll- und Handelspolitik selbst, gegen die wir uns wenden nicht nur im Interesse eines möglichst freien internationalen Verkehrs, sondern auch ganz speziell unserer Arbeiter, der produzierenden Klasse. Die Handelsverträge lassen sich durch ihre Konsula ganz genau über alle Vorgänge in Deutschland informieren und auf Grund ihrer Kenntnis der Verhältnisse werden sie sich durch Drohungen nicht so leicht einschüchtern lassen. Sie wissen genau, welche Bedeutung ein etwaiger Zollkrieg für unsere deutsche Volkswirtschaft haben würde. Unsere Einfuhr von Baumwolle aus den Vereinigten Staaten betrug 1898 186 Millionen Tonne, aus allen übrigen Staaten zusammen noch nicht einmal 70 Millionen Tonne. Glauben Sie denn, daß es möglich ist, im Falle eines Zollkriegs mit Amerika in kurzer Zeit die Produktion in den anderen Ländern so zu steigern! Unsere Einfuhr von Petroleum betrug 1901 von den Vereinigten Staaten 819 Millionen Tonne gegenüber 127 Millionen Tonne von Rußland. Ein erhöhter Zoll auf Petroleum würde die ärmsten Volksschichten am meisten treffen. Ob dem kleinen Manne das Licht verwehrt wird und wenn auch nur um ein paar Pfennige, das bedeutet für ihn, der mit den kleinsten Summen rechnen muß, außerordentlich viel. — Unser größter Einfuhrartikel aus den Vereinigten Staaten nach der Baumwolle ist der Weizen. Unseren Landwirten ist es allerdings ein Dorn im Auge, daß wir für 165 Millionen Mark Weizen aus den Vereinigten Staaten beziehen. Es giebt aber keinen Defizienten, der Amerika bei einer Sperrung erliegen könnte. Die Abnahme der österreichischen Weizeneinfuhr nach Deutschland ist nicht eine Folge der Caprivischen Handelsverträge, wie Herr Sped gestern meinte, sondern die Folge der inneren Entvölkerung Detschlands zu einem Industrie- und Detschland ist aus einem Weizen ausführenden Land ein Weizen einführendes Land geworden. (Hört! hört! links.) Herr v. Hehl wies auf Rußland hin. Infolge des in Rußland getriebenen Auhbaues, der Auspöwerung seiner Bauern, ist Rußland immer weniger im stande, dem Ausland große Massen Getreide zu liefern. Auch die „Post“ hat in einem Artikel auf die zunehmende Leistungsunfähigkeit und Verarmung der russischen Bauern hingewiesen.

Eine um so größere Verteuerung des Weizens in unserem eignen Lande wäre die Folge eines etwaigen Zollkrieges mit Amerika. Wir würden damit viel weniger den Handels als uns selbst ins Fleisch schneiden. Nur ein kleiner Teil der Bevölkerung hätte Nutzen von einem solchen Zollkrieg. Weiterhin sind wir auf den amerikanischen Markt angewiesen, für den Sie (zur Wehrheit) ja auch den Zoll erhöht haben entgegen den Interessen der kleinen Landwirte und Pfänder, jener Leute, die der Nationalökonom Schaffle mit berechtigter Ironie als Agrarier zweiter Klasse bezeichnet hat. Ebenso bedarf unsere elektrische Industrie der Einfuhr amerikanischen Kupfers, unsere arbeitenden Klassen des amerikanischen Schweinefleisches. Eine Sperrung des heimischen Marktes gegenüber allen diesen Produkten wäre die schlimmste Schädigung unseres Volkes. Der argentinische Rohwollbedarf würde wir in um höherem Grade, als in den letzten Jahren Australien zahlreiche säulente Wolllieferanten gehabt hat. Kein verantwortlicher Staatsmann dürfte die argentinische Rohwolle vom deutschen Markt absperrern. Unser arbeitende Bevölkerung würden derartige Sperrungen sowohl die Lebensmittel verteuern wie die Löhne vermindern.

Jede Politik, die unfererseits gegenüber den Vereinigten Staaten den harten Kampf heraufbescht und sie zu einem feindlichen Verhalten provoziert, wirkt hin auf ein engeres Bündnis der Vereinigten Staaten mit England. Einer solchen Koalition aber, wenn sie ihre Spitze gegen Deutschland richtet, müssen wir entgegenzuwirken suchen. Sie würde gefördert werden, falls sich in den Vereinigten Staaten die Auffassung durchsetzte, daß die deutsche Zollpolitik ihre Spitze gegen Amerika richtet. Für eine solche Diplomatie sind wir nicht zu haben. Herr v. Hehl, der sich gestern für seine Anschauungen auf die Hamburger Handelskammer berief, hat mit seinen Gewährsleuten Inghid. Auf Seite 9 des Jahresberichts der Hamburger Handelskammer 1902 wird die neue agrarische Schutzpolitik auf das lebhafteste bedauert; die Beschlüsse des Reichstages in der Nacht zum 14. Dezember werden als im höchsten Grade unbefriedigend bezeichnet. Es wird weiter die Hoffnung ausgesprochen, daß die Handelspolitik nicht im Sinne der Reichheit dieses Hauses von der Regierung weitergeführt wird. Dann heißt es: „Allerdings würde auch diese Hoffnung sich als trügerisch erweisen, wenn die Regierung irgend welchen Zweifel darüber ließe, daß sie den gegen den Abschluß von Weisbegünstigungsverträgen gerichteten Bestrebungen, die in der neuerdings beim Reichstag beantragten Resolution zum Ausdruck gekommen sind, unter keinen Umständen nachgiebt.“ Offenlich wird nun Herr v. Hehl darauf verzichten, diese Handelskammer für seine Bestrebungen anzuführen. Sie (zur Wehrheit) gehen noch von der alten handelspolitischen Anschauung aus, daß jede Einfuhr von Produkten ein Nachteil für die Volkswirtschaft sei. Diese handelspolitische Auffassung hatte früher eine gewisse Berechtigung, namentlich bei den alten Schutzzöllnern Völscher Art. Heute aber bedeutet jede Schädigung eines Imports die Schädigung einer Industrie.

Herr v. Hehl hat gestern den Hinweis auf die höheren amerikanischen Löhne damit abzuwischen gesucht, daß er sagte, die amerikanischen Arbeiter seien leistungsfähiger und produzierten mehr als die heimischen. Das beruht aber auf der höheren Technik der Vereinigten Staaten und darauf, daß sie die besten Arbeiter aus allen Ländern heranzuziehen verstehen. Aber man mag die Leistungsfähigkeit der amerikanischen Arbeiter noch so hoch veranschlagen, damit allein ist die Lohn Differenz nicht zu motivieren. So erhalten die Schutzwarenarbeiter in Massachusetts wöchentlich 60—65 Mark Lohn, die deutschen Schutzwarenarbeiter nur 15—20 Mark, ein Lohnsatz, der sich noch verringern wird, wenn durch die Zollrückstellungen die Bedarfsartikel der Lederindustrie sich verteuern werden. Kein einziger namhafter deutscher Nationalökonom findet sich, der Ihre (nach rechts und zum Centrum) Sozialpolitik rückhaltlos unterstüzt. Schaffle hat den ganz richtigen Anspruch gestellt, daß gegenüber dieser Schutzpolitik die alten Freihändler und die alten Schutzzöllner Hand in Hand gehen müßten und könnten.

Kun hat Herr v. Hehl gestern einen Artikel aus den „Socialistischen Monatsheften“ citiert. Da ist zunächst dem Herrn v. Hehl ein Irrtum passiert, den ich hier richtig stellen muß. Er hat ausgesprochen, daß allerdings die „Socialistischen Monatshefte“ auf dem Münchener Parteitag bekämpft, als „nicht zulässig“ erklärt worden seien, weil die Parteigenossen, die daran mitarbeiteten, eine unabhängige Haltung einnähmen. Ich muß das mit der allergrößten Entschiedenheit zurückweisen. Es ist lehren einzigen Delegierten auf dem Münchener Parteitag eingeleitet, deswegen gegen die „Socialistischen Monatshefte“ Stellung zu nehmen, weil darin zu unabhängige Ansichten ausgesprochen würden. Ja, es ist überhaupt nicht einmal gegen die „Socialistischen Monatshefte“ Stellung genommen worden. Würde man in München glaubte Klage führen zu müssen, das war einfach eine nach Ansicht einiger Delegierter einseitige Verurteilung der „Socialistischen Monatshefte“ vor der „Neuen Zeit“, aber alle diejenigen, die das beklagt haben, haben ausdrücklich erklärt, daß sie keinem Parteigenossen aus seiner Mit-arbeiterchaft an den „Socialistischen Monatsheften“ einen Vorwurf machen wollten. Bei uns besteht kein Freizind; nach dem Muster

der katholischen Kirche. Herr v. Hehl hat bedauert, daß er den stollegen Calwer hier so selten zu sehen beläme. Stollege Calwer hat nach den Abstimmungslisten in der Zeit vom 14. November bis 14. Dezember an 65 von 70 Abstimmungen teilgenommen. Herr v. Hehl selber hat vierzehnmahl geteilt. Calwer ist ein sehr regelmäßiger Besucher des Reichstages, und wer ihn gerne sehen will, dem kann dieser Wunsch leicht erfüllt werden. (Heiterkeit.) Was seine Stellung zur Sache selbst anlangt, so hat Calwer unter handelspolitisches Verhältnis zu den Vereinigten Staaten wiederholt in den „Socialistischen Monatsheften“, der „Leipziger Volkszeitung“, in andren Partei-Organen und in besonderen Broschüren behandelt, und wenn ich seinen Standpunkt auch nicht in allen Punkten teile, so gilt doch für den vorliegenden Fall durchaus, was ich von Schaffle angeführt habe, daß sowohl Freihändler wie Schutzzöllner der alten Schule gegenüber der heutigen Schutzpolitik zusammengehen müssen. Calwer steht den Resolutionen genau so ablehnend gegenüber wie ich. Wenn Calwer für die Kündigung der Weisbegünstigung mit den Vereinigten Staaten eintritt, so ist dabei für ihn die Voraussetzung die Weiterbildung der mitteleuropäischen Zollverträge in der Richtung des Freihandels. Solche Drohungen, wie sie gestern erfolgt sind, werden niemand willkommen sein, als den schutz-zöllnerischen Parteien in den Vereinigten Staaten, während doch auch unsere Schutzzöllner alles Interesse hätten, die freihändlerische Richtung in Amerika zu stärken. Aber unsere Schutzpolitik ist die Politik der ewigen Schraube wie die Marine- und Militärpolitik und steht auch mit ihr in engstem Zusammenhang. Eine je stärkere Schutzpolitik wir treiben, desto mehr wächst die Mißstimmung von Nation zu Nation. Die Amerikaner werden gezwungen, ihre Flotte zu vermehren, und dann müssen auch wir natürlich im Hinblick auf die Gefahr, mit den Vereinigten Staaten in einen Krieg verwickelt zu werden, unsere Kriegsmittel vermehren. Wir wollen nicht eine Politik der Aufhebung der Staaten gegeneinander, sondern eine Politik der Annäherung, der Solidarität der Völker. Deshalb müssen wir uns mit aller Energie gegen die Politik, die mit dieser Resolution heraufbeschtoren wird, wenden. Wir betonen die Zolltarif-Politik nicht nur als wirtschaftlich und socialpolitisch, sondern auch als allgemein politisch realtönar. Schaffle hat sich amg damit als guter Prophet erwiesen, daß er schon im Frühjahr des vorigen Jahres vorausgesagt: Dieser Zolltarif bedeutet auch zugleich die Gefahr eines Staatsstreikes.“ Die Sitzung vom 13. Dezember hat gezeigt, wie wahr dieser Politiker gesehen hat. In der Annahme der Resolution erblicken wir nicht nur eine Drohung gegen Länder, von denen wir unsere wichtigsten Rohprodukte und Lebensmittel beziehen, sondern auch zugleich eine Drohung gegen die Masse unseres arbeitenden Volkes, die durch einen Zollkrieg mit jenen Ländern auf das schwerste geschädigt würde, und als eine solche Drohung bekämpfen wir die Annahme der Resolutionen auf das entschiedenste. (Lebhafte Beifall bei den Socialdemokraten.)

Abg. Graf v. Kanitz (kon.):

Ich bedauere, daß die verbündeten Regierungen den 31. Dezember haben vorbegehen lassen, ohne von ihrem Recht, die Handelsverträge zu kündigen, Gebrauch zu machen. (Sehr wahr! rechts.) Dies Verhalten der Regierungen findet im Lande um so weniger Verständnis als Hunderttausende von Landwirten seit Jahren auf eine endliche Besserung ihrer Lage hoffen. Ich hoffe und erwarte, daß diese Kündigung nun nicht weiter hinausgeschoben wird. — Die Rede des Herrn Abg. Bernstein war zwar sehr lang, aber sie läßt sich doch in wenigen Worten zusammen fassen: es war die Angst vor dem Zollkrieg, die Angst vor Amerika. In der That hat Amerika ein sehr viel größeres Interesse an dem Warenandauch mit Deutschland, das hat die Hamburger Handelskammer sehr mit Recht betont. Solche Reden wie die des Herrn Bernstein können der deutschen Industrie nur schaden, denn Amerika muß ja danach allmählich selbst zu dem Glauben kommen, daß es gar nicht nötig hat, uns Konzessionen zu machen. (Sehr richtig! rechts.) Ich bin schon seit Jahren für die Kündigung der Weisbegünstigungs-Verträge eingetreten. Je länger diese hinausgeschoben wird, desto schwerer wird es der Regierung sein, neue Handelsverträge abzuschließen. (Sehr richtig! rechts.) Deutschland steht zur Zeit von allen Ländern am ungünstigsten da, da die Vergünstigungen seiner Tarifverträge allen möglichen andren Ländern, so auch Amerika, ohne Gegenkonzessionen in den Schoß geworfen werden. Der Herr Staatssekretär Graf Posadowsky sagte gestern: Die Vereinigten Staaten sind nicht mehr weisbegünstigt mit Deutschland. Es ist erquicklich, daß sich diese Auf-sartung, wenn auch etwas spät, in den Kreisen der verbündeten Regierungen durchgerungen hat. Herr v. Marschall war seiner Zeit ganz anderer Meinung. Ich bedauere nur, daß man bei dem Abkommen 1900 von Amerika nicht verlangt hat, daß es uns alle Vergünstigungen zu teil werden ließ, die es bis dahin andren Ländern gewährt hatte. Das ist nicht geschehen. Wir befinden uns nun in einer merkwürdigen Rechtslage. Das Abkommen von 1828 mit Preußen — an dessen Stelle das Reich getreten ist — ist nicht gelündigt und wenn an seiner Stelle ein andres Abkommen getroffen ist, so hätte dies Abkommen dem Reichstag vorgelegt werden müssen. (Sehr richtig!) Die kapitalistische Ueber-macht Amerikas gegenüber Deutschland bedeutet geradezu eine Gefahr für unsere politische Selbständigkeit. Der Kampf zwischen der amerikanischen und deutschen Industrie muß zu unseren Ungunsten aus-schlagen, wenn wir noch länger die Hände in den Schoß legen. Auch auf die wichtigsten Schiffahrtslinien hat ja Amerika seine Hand gelegt. Trotzdem verlangen Sie (zu den Socialdemokraten), daß wir die amerikanischen Waren zu möglichst günstigen Bedingungen verein-laffen sollen, während unsere Textilindustrie-Produkte in Amerika mit hohen Schutzzöllen belastet sind! Der deutsche Import wird in Amerika geradezu skandalös behandelt.

Unsere handelspolitische Situation ist in vielen Ländern eine recht ungünstige. Um so energischer müssen wir darauf dringen, daß die Regierung künftige Verträge nur auf der Grundlage voller Reciprocität abschließt. Die deutsche Industrie hat infolge der ganzen sozialen Gesetzgebung große Lasten zu tragen, die Kommunen sind aufs schwerste belastet (Marube links.), dazu kommen die großen Lasten für Militär- und Marine-Aufwendungen. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Alles das können wir nur ertragen, wenn unsere Industrie vielfach geschützt ist gegenüber der Konkurrenz des Auslandes. (Wachen bei den Socialdemokraten.) Ich bitte um Annahme der Resolution Hehl, weil sie präziser gefaßt ist als die Resolution Sped und deswegen dem Reichstanzler für die Verhandlungen mit dem Auslande eine wirksamere Handhabe bietet. Sollte indessen diese Resolution abgelehnt werden, so werde ich auch für die Resolution Sped eintreten. (Beifall rechts.)

Staatssekretär Graf Posadowsky:

Mit der Annahme des Vordrners, daß die beste Grundlage für unsere handelspolitischen Beziehungen zu den Vereinigten Staaten ein Tarifvertrag wäre, bin ich vollkommen einverstanden. Wir würden uns freuen, wenn es gelänge, mit Nordamerika einen Tarifvertrag abzuschließen, der den beiderseitigen wirtschaftlichen Verhältnissen ausreichend entspräche. — Meine gestrige Bemerkung, daß vielleicht manches Wort gefallen sei, das besser verstanden worden wäre, bezog sich nicht auf statistische Nachweise, die jedermann zugänglich sind, sondern auf Urteile und Vorschläge, die im gegenwärtigen Augenblick nicht geeignet sind, unsere handelspolitischen Bemühungen sachlich zu unterstützen. — Unser handelspolitisches Verhältnis zu den Vereinigten Staaten beruht auf dem Vertrag der preussischen Regierung mit Amerika vom Jahre 1828. Wir waren der Ansicht, daß laut den § 5 und 9 dieses allen Vertrages, dessen Rechtsgültigkeit für das Deutsche Reich 1885 anerkannt worden ist, zwischen Deutschland und den

Vereinigten Staaten ein unbedingtes Weisbegünstigungs- verhältnis bestände, wonach also alle Konzeffionen, die einer der beiden Staaten einem Dritten einräumte, ipso iure auch dem andern zugestanden würden, müßten nun die Konzeffionen vor oder nach Abschluß des Weisbegünstigungsvertrages eingeräumt sein. Die hier citierte Aeußerung des früheren Staatssekretärs Freiherrn v. Marschall stammt aus einer Zeit, wo die deutsche Regierung noch dieser Auffassung war und keine Ereignisse eingetreten waren, die die andre Auffassung der Vereinigten Staaten erkennen ließen. Darauf kam der Dingley-Tarif, auf Grund dessen die Vereinigten Staaten mit Frankreich zwei Abkommen und mit andren Staaten eine Reihe andrer Abkommen abschlossen. Das erste Abkommen mit Frankreich bezog sich auf Weinstein, Wein, Spirituosen usw. Auf Grund unsrer Auffassung von der allgemeinen Weisbegünstigung verlangten wir für uns dieselben Konzeffionen, wie die in diesem Vertrage Frankreich gewährten. Hierbei kam die abweichende Auffassung der Vereinigten Staaten zu unsrer Kenntnis, daß neue Konzeffionen, die uns eingeräumt würden, von uns durch Gegenkonzeffionen erworben werden müßten. Wir verhandelten mit Amerika und glaubten im Interesse Deutschlands diesen Konzeffionspunkt bis auf weiteres dadurch zu beseitigen, daß wir den status quo Amerika gegenüber aufrecht erhielten unter der Voraussetzung und Bedingung, daß uns Amerika die Konzeffionen gewährte, die es Frankreich in dem ersten Abkommen auf Grund der Sektion 3 des Dingley-Tarifs eingeräumt hatte. Das hat die amerikanische Regierung, und wir glaubten allerdings, daß es nicht notwendig sei, dieses Abkommen dem hohen Hause vorzulegen, weil in der That nach diesem Abkommen der amerikanischen Regierung unvorteilhaftes Neues eingeräumt worden war, und weil wir gleichzeitig die Konzeffionen erlangt hatten, die andren Staaten eingeräumt waren. Thatsächlich wurde der Zustand hergestellt, den wir auf Grund unsrer Auffassung von der allgemeinen Weisbegünstigung glauben beanspruchen zu können. Es wurde an den bestehenden Verhältnissen nichts geändert, nur ergab sich bei dieser Gelegenheit die abweichende Auffassung Amerikas gegenüber Deutschland über den Inhalt der Weisbegünstigung. Der Vorredner ist im Irrtum, wenn er uns vorwirft, daß wir nach dem Abkommen auch die Vergünstigung hätten verlangen sollen, die Amerika der argentinischen Regierung in Bezug auf die Zuckereinfuhr eingeräumt hat, und ebenso die Konzeffionen, die eine Anzahl englisch-westindischer Kolonien gemacht worden sind. Das konnten wir nicht verlangen, denn diese Abkommen sind überhaupt nicht ratifiziert worden, sie sind nicht in Geltung gewesen. (Hört! hört! links.) Schließlich ist uns noch vorgeworfen worden, daß wir hygienische Maßnahmen in Bezug auf die Unterfuchung von amerikanischen gebrannten Obst ohne Konzeffionen preisgegeben hätten. Wir konnten diese Vorschrift mit gutem Gewissen preisgeben, weil unsre Gelehrten festgestellt hatten, daß Schildläuse auf getrocknetem Obst nicht mehr fortpflanzungsfähig sind. (Heiterkeit.)

Abg. Dr. Semler (natl.):

Die beiden Resolutionen sind nach der Erklärung des Staatssekretärs Grafen Posadowsky, soweit Amerika in Betracht kommt, gegenstandslos geworden, weil danach ein reines und unbedingtes Weisbegünstigungsverhältnis zwischen Deutschland und Amerika, nach amerikanischer Auffassung, nicht mehr besteht. Will man trotzdem auf die Resolutionen nicht verzichten, weil sie doch noch für unsre Exportindustrie, die für die ganze Welt arbeitet, von Bedeutung sind, so kann man höchstens der Resolution Sped folgen. Das System der Weisbegünstigung hat keine Gefahren beim Abschluß von Handelsverträgen; ich verkenne auch nicht, daß die Weisbegünstigung von dem Vertrag schließenden Staaten lokal gehandhabt werden muß, wenn sie Wert haben soll. Und Amerika hat es in der That in der Behandlung unsrer Waren an dieser Lokalität fehlen lassen. Aber Herr v. Hehl geht mir viel zu weit, wenn er die Weisbegünstigung schlanweg als Prämie für die Rücksichtslosigkeit andrer Nationen bezeichnet. Das System der Weisbegünstigung ist doch nichts als eine Folge der Entwicklung unsrer Verkehrsverhältnisse, eine Folge der Verbilligung der internationalen Frachten, der ausgedehnten und weit verzweigten Beziehungen der deutschen Exportindustrie mit allen Ländern der Welt. Wenn aber, wie es die Resolution Hehl fordert, die Weisbegünstigungen überall gekündigt werden, was soll an ihre Stelle treten? Soll etwa das unheilvolle System der Differentialzölle diesen Ländern gegenüber sofort in Wirksamkeit treten? Was würde zum Beispiel exotischen Ländern wie Kolumbien und Venezuela gegenüber die Folge einer solchen Maßnahme sein? Es würde in demselben Augenblick für die deutsche Exportindustrie vollkommen die Sicherheit fehlen, in absehbarer Zeit langfristig nach solchen Ländern absetzen und sich auf ihre Bedürfnisse einrichten zu können. Eine weitere Folge würde sein, daß für alle Importwaren aus Vertrags- oder weisbegünstigten Ländern Urfruchtzeugnisse eingeführt werden müßten. Ein Weltmarkt mit Urfruchtzeugnissen ist aber einfach unmöglich, und unsre Nachbarn und Konkurrenten wie Holland, warten nur darauf, daß wir den Schwabenstreich machen, an Stelle des Weisbegünstigungssystems das engherzige System der Differentialzölle zu setzen. Es geht nicht an, mit dem System der Weisbegünstigung, das sich historisch entwickelt hat, mit einem Schlag anzuräumen. Wir können ohne allgemeine Kündigung der Weisbegünstigung von Amerika sicherlich das Zugeständnis erlangen, daß wir nicht schlechter behandelt werden, als irgend ein andrer Staat Europas. Daß sich die Amerikaner eine eigene Industrie geschaffen haben, können wir ihnen doch im Ernste nicht übel nehmen. Einen Zollkrieg scheuen die Amerikaner sicher auch. Jedenfalls liegt kein Grund vor, mit dem Skaraffertiefel in das feinnaschige Reg der gesamten Weisbegünstigungsverträge hineinzutreten.

Abg. Dr. Bachste (fr. Bg.):

Wenn heute die handelspolitische Situation erschwert worden ist, so ist es geschehen durch die gegen Recht und Brauch dieses Hauses verstoßende Durchbringung des Zolltarifs seitens der Mehrheit, auf die die Regierung sich stützte. Die Regierung ist also mitschuldig an dieser Erschwerung. Wir aber wünschen die Erleichterung unsrer Handelsbeziehungen zum Auslande. Wir setzen den Kampf fort, und wir betrachten die Niederlage der Nacht vom 13. zum 14. Dezember nicht als einen verlorenen Feldzug, sondern nur als eine verlorene Schlacht. Die Ereignisse kommen uns auch bereits zu Hilfe. Die Leichtgläubigkeit der Nationalliberalen, die noch in diesem Reichstag die Vorlegung von Handelsverträgen erwarteten, ist durchaus enttäuscht worden. Auch ist die vorausgesagte Zufriedenheit der Industrie keineswegs eingetreten. Zeuge dafür ist sogar das Organ des Centralverbandes deutscher Industrieller, nach dem die Unsicherheit unsrer industriellen Verhältnisse unvermindert fortbesteht. Wir bewahren diesen Ausgang des Zolltaris-Kampfes um so mehr, als bereits schädlichere Anzeichen sich geltend machen, daß die wirtschaftliche Depression ihren Tiefpunkt überschritten hat. Die Reichstagsmehrheit und die Regierung sind ja bei der Durchführung der jetzigen Schutzollpolitik von ganz verschiedenen Auffassungen ausgegangen. Die Mehrheit dieses Hauses, besonders die Rechte, wünscht die Ausscheldung jedes politischen Motivs aus den Handelsbeziehungen, eine Auffassung, die von der Regierung nicht geteilt werden kann. Graf Kautz geht in seiner Veringerschätzung der Verträge so weit, daß er die Kündigung aller Handels- und Weisbegünstigungsverträge verlangt. Ganz ähnlich steht Herr v. Hehl zu diesen Fragen. Ich kann für die Linke noch keine bindenden Erklärungen abgeben, aber wir werden den Inhalt der vorgelegten Handelsverträge sehr genau prüfen und sehr scharf ins Auge fassen, welche Alternative sich ergibt, wenn etwa diese Verträge abgelehnt werden sollten. Welche Stellung wird aber die Mehrheit bei den Handelsverträgen einnehmen? Schöne Weggangenen sind es wahrlich, die sich die Regierung zu diesen Verhandlungen gesucht hat. Wäre die Sache nicht so ernst, möchte man sagen: wir gönnen der Regierung diese Vundesgenossen! (Sehr gut! links.) Darum also ist der Antrag v. Kardorff, den der hervorragende Staatsrechtslehrer Prof. Laband eine Geschäftsordnungswidrigkeit genannt hat (Abg. v. Kardorff lächelt), angenommen

worben, darum ist die lex Gröber angenommen, die Professor Laband als einen brutalen Mißbrauch der Macht der Mehrheit bezeichnet hat!

Geht es der Sinn der Weisbegünstigung, daß alle Konzeffionen, die einem dritten Staate gemacht werden, ipso iure auch für die Vertragsstaaten gelten. Wir sind aber dabei doch nicht nur die Gebenden, sondern auch die Empfangenden. Wir treten für die Aufrechterhaltung des bisherigen Systems der Weisbegünstigungsverträge ein. Mit großer Leichtgläubigkeit wurde davon gesprochen, man möge einen Maximaltarif gegenüber Argentinien einführen. Was kümmern die Interessen der auf die argentinische Einfuhr angewiesenen Industrien die Mehrheit! — Herr v. Hehl sprach von der Möglichkeit den amerikanischen Getreide-Import einzuschränken. Diese Möglichkeit liegt nicht vor, so lange wir auf den nordamerikanischen Getreide-Import angewiesen sind im Interesse unsrer Volksernährung. Herr v. Hehl hat einfach die Skaraffertiefeln des Herrn v. Gröber angezogen, (Heiterkeit und sehr richtig! links), er hat sogar einen mißbilligenden Seitenblick geworfen auf unser handelspolitisches Verhältnis zu Frankreich, das in Artikel 11 des Frankfurter Friedens unläßbar festgelegt ist. Heute hat Graf Posadowsky selbst zugeben, daß die St. Josefs-Land auf gebranntem Obst nicht fortpflanzungsfähig sei. Als seiner Zeit mein Freund Barth dieselbe Behauptung aufstellte, wurde ihm das Verbrechen des Vaterlandsverrats als nachgewiesen angedreht. Graf Posadowsky selbst führte das schwerste Geschütz gegen ihn auf.

In welchem hohem Grade wir auf die amerikanischen Weizen- und Mais-einfuhr angewiesen sind, ist bereits ausführlich nachgewiesen worden. Welche Interessentengruppen sind es denn eigentlich, die dahin drängen, daß unser Weisbegünstigungsverhältnis zu Amerika gebrochen werde? In erster Linie sind es die Großgrundbesitzer, die sich von der Konkurrenz des amerikanischen Getreides befreien möchten, außerdem vielleicht noch ein paar rheinisch-weisfälische Eisen-Großindustrielle. Die große Mehrheit aller übrigen Bevölkerungszweige verlangt die Aufrechterhaltung unsrer mühsam geschaffenen Handelsbeziehungen zu Nordamerika, verlangt Ruhe und Stetigkeit in unsrem Handel mit Amerika. Aus den gestrigen Worten des Grafen Posadowsky, besonders aus dem Ausdruck, daß bei zukünftigen Vertragsverhandlungen eine größere „Individualisierung“ eintreten solle, muß man vielleicht die Befürchtung entnehmen, daß auch bei der Regierung Reue besteht, in etwas von dem bisherigen System abzugehen. Wir belämpfen beide Resolutionen. Gewiß ist ein Tarifvertrag besser als ein Weisbegünstigungsvertrag; aber ein Weisbegünstigungsvertrag ist immer noch besser als gar kein Vertrag. (Weißfall links.)

Abg. Beck (fr. Bg.):

Wir werden gegen beide Resolutionen stimmen. So ungünstig wie Herr Hehl und Graf Kautz die handelspolitische Lage Deutschlands malten, ist sie denn doch nicht. Die ganze Sache läuft darauf hinaus, daß den verbündeten Regierungen beim Abschluß der Handelsverträge die Hände gebunden werden sollen.

Ein Verfassungsantrag wird hierauf angenommen.

Präsident Graf Ballestrem: Es ist eine Interpellation des Abg. Röske-Dehnau eingegangen, die ich mit Einverständnis des Interpellanten am Sonnabend, den 17. d. M., auf die Tagesordnung stellen werde. Die Interpellation lautet: Welche Maßnahmen gedenkt der Herr Reichskanzler zu treffen, um festzustellen, was unter dem im § 1 des Zolltaris-Gesetzes vom 25. Dezember 1902 enthaltenen Begriff „Malgerste“ zu verstehen ist.

Nächste Sitzung Freitag 1 Uhr. Fortsetzung der heutigen Beratung.)
Schluß 6 Uhr.

Kommunales.

Stadtverordneten-Versammlung.

2. Sitzung vom Donnerstag, den 15. Januar, nachmittags 5 Uhr.
Vor der heutigen Sitzung haben sich die Abteilungen und die ständigen Ausschüsse konstituiert; außerdem sind 3 Sonderausschüsse gewählt worden. Die Plenarsitzung beginnt deshalb erst gegen 6 Uhr. Der Vorsitzende Dr. Langerhans giebt zunächst von dem Resultat der Konstituierung und den Ausschusswahlen Kenntnis.
Zur Annahme des von dem Rektor Engelien angebotenen Geschenks seiner Bibliothek von ca. 6000 Bänden hauptsächlich sprachwissenschaftlichen Inhalts giebt die Versammlung ihre Zustimmung.
Mit dem Umbau des auf dem Sparlaßen-Grundstücke Linkstraße 7/8 belegenen, jetzt Maler- und Bildhauer-Ateliers enthaltenden Gartenhauses zu Wohnungen ist die Versammlung einverstanden.

Der Stadtbahnhof 306 an der Lüneburgerstraße zwischen Kaufstraße und Spree soll für 6000 M. zu einem Geräte-Depot für die Straßencleaningsverwaltung umgebaut werden.

Der seitens der Stadt Berlin mit der Gemeinde Treptow abgeschlossene Vertrag wegen Aufnahme der dortigen Abwasser in eine der Druckrohre der Kanalisation von Berlin hat die Genehmigung des Letzter Kreisrauschusses nicht gefunden. Der Magistrat ist bereit, den beanstandeten Bestimmungen eine Fassung zu geben, welche die erhobenen Bedenken beseitigt. Ohne Debatte beschließt die Versammlung nach dem Magistratsvorschlage.

Auf dem Schlachthof sollen zwei doppelstägige Rinder- und Hammelschlachthäuser und zwei Schweineschlachthäuser errichtet werden. Die Versammlung stellt die Kostensumme von 881 000 M. aus Ansehemitteln zur Verfügung.

Die Errichtung der Abteilung der städtischen Sparkasse auf dem Grundstück Linkstraße 7/8 ist mit zwei Zahlstellen für den 1. Februar d. J. in Aussicht genommen.

Der Baugesellschaft „Bellevue“ sollen die Kosten der Regulierung, Pflasterung und Entwässerung der Straßen 9 und 10 Abt. XI des Bebauungsplanes von der Kopenhagener- bis zur Gleimstraße in Höhe des auf den dortigen städtischen Besitz entfallenden ortstatutarischen Beitrages von etwa 36 000 M. erlassen werden, da die Gesellschaft diese Straßen schon jetzt anbaufähig herzustellen beabsichtigt.

Nach Verweigerung einiger Rechnungsvorlagen an den Rechnungs-ausschuß schiebt die öffentliche Sitzung, in der außer dem Vorsitzenden niemand das Wort zu einem der Tagesordnungsgegenstände ergriffen hat, 5 Minuten nach 6 Uhr.

Partei-Nachrichten.

Die Wahl des Genossen Emmel in Wülhausen in den reichs-ländischen Landesauschuß ist bekanntlich von demokratischer Seite angefochten worden. Emmel ist vom Gemeinderat der Stadt Wülhausen gewählt worden, der zur Zeit der Wahl 18 sozialdemokratische und 17 demokratische Mitglieder zählte. Die Gründe der Wahl-anfechtung sind sehr lustig und sehr — demokratisch. Ein Wülhäuser Blatt teilt sie mit. Danach wird in dem Einspruch behauptet, es wäre inoffiziell gewesen, Emmel nach dem ersten Wahlgange als gewählt zu proklamieren, es hätte noch ein zweiter Wahlgang vorgenommen werden müssen. Um gleich im ersten Wahlgange als gewählt bezeichnet werden zu können, hätte Emmel die Hälfte den abgegebenen Stimmen + 1 auf sich vereinen müssen, die Hälfte von 35 ist 17 1/2, also bei erst 17 1/2 + 1 = 18 1/2, und (da nur mit ganzen Zahlen gerechnet werden kann, unter Abrundung nach oben) somit 19 die erforderliche Majorität, nicht 18.

Der zweite Grund stützt sich darauf, daß vor der Abstimmung auf den Platz jedes Gemeinderatsmitgliedes ein mit dem Namen Emmel bedruckter Stimmzettel gelegt wurde, wodurch der Charakter der Wahl als einer geheimen verlezt worden sei. Die Genossen des Herrn Emmel seien, entgegen der Gewohnheit, besonders gesetzt worden, so daß jeder Platz kontrolliert werden konnte. Falls also ein Sozialdemokrat die Absicht gehabt hätte, einen andren Stimmzettel abzugeben als den vor seinem Platz hingelegeten, so hätte er

seine Absicht nicht ausführen können, ohne daß er von den übrigen Genossen bemerkt worden wäre.

Das Rechenexempel mit der absoluten Mehrheit hat etwas Verblüffendes an sich und wäre als ein guter Witz zu betrachten, wenn es im „Ill.“ stünde; aber da es in einer ernsthaft sein wollenden politischen Rundgebung steht, so ist es nichts weiter als ein trauriges Zeichen des politischen Verfalls sogenannter Demokraten. Die absolute Mehrheit bedeutet natürlich nichts andres wie „mehr als die Hälfte“ und daß 18 mehr als die Hälfte von 35 ist, weiß jeder Schulkube. Ebenso lächerlich ist der zweite Grund, wenn man bedenkt, daß die Wähler Emmels, nämlich die 18 Gemeinderatsmitglieder, selber erwählte Sozialdemokraten sind.

Der Bezirksrat in Colmar verhandelte am Donnerstag über den Einspruch. Wie uns ein Privattelegramm meldet, wurde Verweigerung beschloffen und die Entscheidung ausgelegt.

Mit der Stellungnahme zu künftigen Stadtverordnetenwahlen beschäftigte sich der sozialdemokratische Verein in Düsseldorf. Genosse Wessel hielt dazu das einleitende Referat und plaidierte für selbständige Beteiligung der Partei ohne jeden Kompromiß. Die Gewerkschaften hätten in ihrem fortgesetzten wirtschaftlichen Kampf mit dem Unternehmertum genug zu thun; und den Kampf um die Macht in Parlamenten, wo ausgeprochene Klassenpolitik betrieben werde — und das werde sie heute in den Stadtverordnetenkollegien — habe die Vertreterin der Klasse der Ausgebeuteten, die sozialdemokratische Partei, selbständig, ohne jeden Kompromiß zu führen. Die Diskussion wurde sehr lebhaft und alle Redner, sowohl von der Partei wie auch von den Gewerkschaften, waren mit dem Referenten darin einverstanden, daß fortan nicht mehr die Gewerkschaften den Kampf um die Stadtverordnetenitze zu kämpfen haben, sondern daß die Leitung dieses Kampfes der sozialdemokratischen Partei überlassen bleiben solle. Der Kampf der Düsseldorf organisierten Arbeiterschaft bei den letzten Wahlen sei ein Versuch gewesen.

Partei-Prese. Als Würtzburger Lokalredakteur und Expedient der „Fränkischen Volkstimme“ sowie als Arbeitersekretär wurde der Genosse Rich. Hauschildt in Basel gewählt, da der bisherige Redakteur, Genosse Sternbauer, austritt und sich in Berlin als freier Schriftsteller niederließ.

Die „Fränkische Tagespost“ schreibt: „Unser Kollege Westmeyer verläßt zu unserm lebhaften Bedauern in der nächsten Zeit Nürnberg, um nach Hannover zu übersiedeln, wo ihm eine Stelle als Redakteur des dortigen Partei-Organs, des „Volkswille“, übertragen wurde. Eine andere Einteilung der Ressorts in unserm Blatte hat Verlag und Redaktionskommission veranlaßt, die Stelle des Redakteurs für den bayrischen Teil auszufüllen.“

Ein freirender Amtsanwalt. In Dortmund waltet ein Herr v. Dewig-Webs als Amtsanwalt scheidend seines Amtes. Der Herr hat mehrfach in der Öffentlichkeit von sich reden gemacht durch die Art, wie er Parteigenossen als Zeugen behandelt. Von diesem Herrn meldet nun die „Arbeiter-Zeitung“ in Dortmund:

„Am Donnerstagnachmittag, man war mitten drin in den Verhandlungen am Schöffengericht, erklärte der Herr Amtsanwalt vöschlich, er sei müde, er mache nicht mehr mit, er gehe nach Hause. Kürzere Arbeitszeit will Herr Dewig-Webs, er hat schon vor einiger Zeit beantragt, ihm einen Vertreter zu stellen, der ihn abblenden sollte nach bestimmten Stunden. Das sei abgelehnt worden, nur sei's alle, er ziehe ab. Und Herr v. Dewig-Webs freitete wirklich. Die Aufforderung, wenigstens einen Beschluß des Gerichts darüber abzuwarten, wer die Kosten der wegen des Streiks zu vertagenden Sachen zu tragen habe, konnte den antömischen Amtsanwalt nicht halten, er ging und ließ die übrigen Herren in Verblüffung zurück.“

Die sozialdemokratischen Zeugen scheinen demnach nur Dyser der durch Ueberarbeit erzeugten Nervosität des Herrn Amtsanwalts geworden zu sein. Eigentlich hätte man erwarten sollen, daß der Herr bei dieser Sachlage einige Sympathie mit den Sozialdemokraten empfindet; sind sie es doch gerade, die den Folgen der Ueberarbeit das vollste Verständnis entgegen bringen und auch den Gerichtsbeamten das nötige Maß von Ruhe wünschen. Und den Staatsanwälten wünschen wir besonders viel Ruhe.

Sociales.

Das deutsche Volkseinkommen im Jahre 1900 berechnet R. E. Ray im Januarheft des Schmoller'schen Jahrbuches 1903 und vergleicht es mit dem Volkseinkommen des Jahres 1895, das er schon im Januarheft 1899 in seiner Arbeit „Das Verhältnis des Verbrauchs der Massen zu demjenigen der „kleinen Leute“, der Wohlhabenden und Reichen“ berechnet hatte. Ray kommt zu folgenden Resultaten. Das deutsche Volkseinkommen ist von 25,4 Milliarden Mark im Jahre 1895 auf 31,2 Milliarden Mark im Jahre 1900, also um 5,8 Milliarden oder 22,8 Proz. gestiegen — bei einer gleichzeitigen Bevölkerungszunahme um 7,8 Proz. Dieses Plus verteilt sich jedoch recht ungleichmäßig. Die Einkommen unter 3000 M. sind von 19,5 auf 22,9 = 3,4 Milliarden Mark oder 17 Proz. gestiegen, während die Einkommen über 3000 M. von 5,9 auf 8,3 = 2,4 Milliarden Mark oder 41 Proz. gestiegen sind. Auf die oberen Einkommen entfallen rund 1,1 Milliarden mehr und auf die unteren ebensoviel weniger als bei gleichmäßiger Verteilung des Gesamt-Volkseinkommens. Im Jahre 1895 machten die Einkommen unter 3000 M. 70,8 Proz. des Gesamt-Volkseinkommens aus, im Jahre 1900 nur 73,4 Proz. Ray schiebt aus der unermesslichen Steigerung der oberen Einkommen, daß der Unternehmervergewinn stärker gestiegen ist als der Arbeitslohn.

Die Steigerung des Volkseinkommens der bei den staatlichen Invaliditäts- und Altersversicherungs-Anstalten Versicherten berechnet Ray für die Jahre 1896—1900 pro Kopf des Versicherten auf 9,27 Proz. Der Gesamtlohn der Versicherten ist von 7,8 auf 8,8 = 1,0 Milliarden Mark oder 21,1 Proz., die Zahl der Versicherten von 11,47 auf 12,71 = 1,24 Millionen Personen oder 10,8 Proz. gestiegen — bei einer gleichzeitigen Bevölkerungszunahme von 6,24 Proz.

Der Verdienst sämtlicher 1 1/2 Millionen erwerbstätiger Kinder macht nach Rays Berechnungen noch nicht den dreihundertsten Teil des Volkseinkommens aus, was den Verfall veranlaßt anzuerkennen: „Und solcher Lappalie wegen wird Gesundheit und Lebensfreude der heranwachsenden Generationen und damit gleichzeitig deren Leistungsfähigkeit vermindert!“

Eine Wohnungsbesichtigung ist durch eine städtische Kommission in Frankfurt a. O. vorgenommen worden. Die Kommission hat 140 Wohnungen speziell in Arbeitervierteln besichtigt und berichtet den städtischen Kollegien, daß von den besichtigten Wohnungen 15 zum Aufenthalt für Menschen völlig untauglich waren, während eine größere Anzahl den polizeilichen Vorschriften nicht entsprach. Der Bericht erkennt ferner an, daß unter Umständen und je nach dem angelegten Maßstab sogar alle besichtigten Wohnstätten Mängel aufwiesen. Von einer akuten Wohnungsnot aber könne keine Rede sein.

Es scheint uns schon Wohnungsnot genug, wenn sich alle besichtigten Wohnungen als mangelhaft erweisen.

Kapitalismus und Kinderarbeit in Schweden. Wie die Unternehmner in Schweden, gleichwie ihre Massenengenossen in andren Ländern, versuchen, die wenigen gesetzlichen Bestimmungen gegen die Kinderarbeit zu umgehen, das zeigt wiederum deutlich der Jahresbericht des Gewerbe-Inspektors für den nördlichen Distrikt Schwedens. Bei den Inspektionen, erklärt der Beamte, hätte sich herausgestellt, daß beinahe in jedem Betriebe irgend ein Verstoß gegen die gesetzlichen Vorschriften stattfand. In den meisten Fällen hätte er dagegen einschreiten müssen, daß Kinder von elf bis dreizehn Jahren eine zu lange Arbeitszeit oder einen ungesunden Arbeitsplan hatten. Die Uebergangsbestimmungen für das Jahr 1901 wären von den Unternehmern oft falsch aufgefaßt worden. Der Ausdruck: „Kinderarbeit, die zu der Zeit, wo das Gesetz in Kraft tritt, das zwölfte Lebensjahr zurückgelegt haben“, sei so ausgelegt worden, als

ob nur alle Zwölfjährigen zehn Stunden des Tages arbeiten dürften. Derartige geringere Versehen hätte er durch Ermahnung der Arbeitgeber aufs beste zu regeln versucht. So dagegen Arbeiter sich in seiner Weise nach dem Gesetz richteten und z. B. Kinder-jährige fortbauern und jede Nacht zehn Stunden Nacharbeit verrichten ließen, hätte er Anzeige erstattet. Das sei der Fall gewesen bei mehreren größeren Sägewerken und die betreffenden Direktionen seien dann zu Geldbußen von 20-50 Kronen verurteilt worden. Bei einem Sägewerk wären auch die Eltern oder Vormünder der Kinderjünglinge zu Geldbußen von 5 Kronen verurteilt worden. Schließlich teilt der Beamte noch mit, daß einige Arbeitgeber die Ansicht ausgesprochen hätten, daß man in den Sägewerken ohne Rücksicht auf das Gesetz die sogenannten "Zimpositer" (Knaben aus Finnland) zu jeder Arbeit und zu jeder Zeit verwenden könne, daß auf sie als Ausländer das Gesetz keine Anwendung finde.

Die man aus diesen Beispielen sieht, gilt auch in Schweden den Unternehmern der Profit alles, Leben und Gesundheit der Kinder nichts.

Das rechtliche Verhältnis zwischen Arbeiterorganisationen und ihren Mitgliedern beginnt mit der wachsenden Macht und dem Einfluß derselben in den Vereinigten Staaten mehr und mehr Gegenstand juristischer Auslegungen zu werden. Mehrere solcher Urteile, die in der letzten Zeit von den höchsten Gerichtshöfen gefällt wurden, seien hier wiedergegeben.

In einem Falle handelte es sich um einen Maurer von Staten Island, der von seiner Gewerkschaft wegen einiger Verstöße gegen die Statuten zu 100 W. Strafe verurteilt worden war. Die ihm gegebene Frist von 3 Monaten war abgelaufen, ohne daß er bezichtigt hatte. Darauf wurden die Mitglieder der Organisation angewiesen, mit ihm nicht mehr zusammen zu arbeiten. Als er 2 Monate später die Strafe zu zahlen anbot, verweigerte die Organisation die Annahme. Der Betroffene beantragte nunmehr beim Gerichte die Organisation zu verurteilen, die angebotene Strafe anzunehmen und ihm für die Zeit, in der er durch den Boykott der Organisierten keine Arbeit mehr gefunden, einen Schadenersatz von 432 W. zuzusprechen. Das Gericht entschied in allen Instanzen demgemäß. Die Organisation hätte die angebotene Strafe von dem Kläger annehmen und dann den Boykott aufheben müssen.

In einem andern Falle, wo die Organisation der Schiffszimmerer einige Mitglieder deduzieren ausgeschlossen hatte, weil sie sich weigerten, an einem Streik teilzunehmen, wurden die Aussgeschlossenen mit ihrer Klage gegen die Organisation vom höchsten Gerichtshof abgewiesen. Der Ausschluß sei auf Grund der Statuten zu Recht erfolgt.

Aus der Frauenbewegung.

Verein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse. Montag, den 19. Januar, abends 8 1/2 Uhr, in den Armeehallen, Kommandantenstraße 20, Vortrag des Herrn Privatdozenten Dr. Gottschall über: "Die Hygiene der Entwicklungsjahre". Gäste willkommen. Die nicht abgerechneten Urantiabills gelten als verkauft, wenn sie bis 19. Januar nicht abgeliefert sind. Der Vorstand.

In der humanitären Gemeinde, Niederwallstr. 12, in der Aula der Friedrich-Werderischen Ober-Real Schule, hält am Sonntag, vormittags 10 1/2 Uhr, Herr Dr. Rudolf Benzig einen Vortrag über: "Ethisches im Gemeinheitsleben". Damen und Herren haben freien Zutritt.

Allgemeine Kranken- und Zierkassen der Metallarbeiter. (E. S. Nr. 29, Hamburg.) Filiale Kummelsburg, Sonnabend, den 17. Januar, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal von Gustav Tempel, Borkhagen, Ecke der Bahnhofstraße, Versammlung mit Frauen.

Briefkasten der Redaktion.

Cliga G. Da Sie nicht angeben, worin das Hochzeitsgeschenk besteht, können wir Ihnen auch nicht sagen, ob dafür Zoll im Ausland erhoben wird. Das hiesige Zollamt hat nichts mit der Sendung zu tun. Das Paket muß gut eingepackt und demnach verpackt werden, daß es nirgends eine Verletzung der Siegel zu dünnen ist. Gelbe Paket-Regeladresses sind nicht zulässig, nur blaue (internationale); ferner sind dem Paket drei Deklarationen beizulegen (erhalten Sie in vielen Papiergeschäften), die in deutscher, noch besser französischer Sprache auszufüllen sind. Das Porto für ein Postpaket nach Ausland beträgt bis zum Gewicht von 5 Kilogramm 1,40 Mark.

Monitor. ad 1. "Wiener Arbeiterzeitung"; "Münchener Post"; fast die gesamte französische Presse. — ad 2. Um bedeutendsten sind 2 Gebilde Werke über Kunst Kritik der Erfahrung, Weltteil und Geist, erfordern aber angestrengtes Studium. Populärere Schriften nehmen auch von populären Artikeln und Entstellungen. Vielleicht versuchen Sie es zur Einführung einmal mit Vorlesern, kurz gefaßt "Geschichte der Philosophie" (vor kurzem in Leipzig bei Dürer erschienen). — ad 3. Rastor, Socialpädagogik. — ad 4. Schöneberg, Berlin, Eisenacherstr. 69.

Jodel, B. Raunynstr. 81, Berlin SO.
W. M. 63. Es wird sich in Anbetracht Ihrer Situation empfehlen, wenn Sie sich zur früheren Orientierung über die einschlägigen Erfordernisse an die betreffende Prüfungskommission oder eine sonst geeignete amtliche Stelle wenden. Wir glauben deshalb auf die Einzelheiten der Fragestellung nicht eingehen zu sollen.

W. P. 1, 2, 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9. Derartiges Versteuern des Mens, eventuell Stellung eines anderen Mens (Gas-, Spiritus-, Petroleum-) innerhalb einer bestimmten Zeit; drohen Sie, daß Sie nach Ablauf der Zeit den Men auf Kosten des Stiles herstellen oder stellen lassen würden und handeln Sie Ihrer Drohung entsprechend. — **2. Wettenbe.** 1. Rein, § 1 des Gesetzes betreffend die Verletzung der Dienstpflichten des

Gehändes und der ländlichen Arbeiter vom 21. April 1854 bedroht Ge. l. u. d., welches hartnäckigen Ungehorsam oder Widerpenflichkeit gegen die Befehle der Dienstpflicht oder den zu seiner Aufsicht bestellten Personen sich zu schänden kommen läßt oder ohne geschmäßige Ursache den Dienst verläßt oder verläßt, mit Geldstrafe bis zu 15 M. oder mit Haft bis zu 3 Tagen. 2. Rein, das Bestrafungsrecht ist durch Art. 95 des V. G. B. aufgehoben. Weitere Darlegungen über die Tragweite des Art. 95 sind wiederholt von uns gemacht. In den Raum eines Briefkastens gehören sie nicht, § 3 des Gesetzes vom 21. April 1854, dessen Tragweite freilich ist, bestrafte außerordentlich die Geltendmachung des Koalitionsrechtes der ländlichen Arbeiter und des Gehändes.

— **A. B. 30.** Legen Sie dem Amtsgericht den Sachverhalt dar und beantragen Sie, Ihnen zu gestatten, getrennt von Ihrem Mann zu leben und das Erziehungsrecht auf Sie zu übertragen. — **B. G. 1903.** Sie sind im Jertum, falls kein besonderer Vertrag geschlossen ist, bestrebt für die nach dem 31. Dezember 1899 geschlossene Ehe keine Gütergemeinschaft. Sie halten also nicht für die vorerwähnten Schulden Ihrer Frau oder umgekehrt. — **W. 2.** Zuständig wäre das Amtsgericht II, Königliches W. Die Klage würde aber abzuweisen sein, weil dem Kläger die Güterhaltungsgegenstände als voraus gehören. — **A. W. 4.** Sie müssen sich an das Vormundschaftsgericht wenden. — **2. Rein.** — **500.** 1. Ja. Sie müssen löshungsfähige Dantlung erteilen. 2. Circa 15 Mark. 3. Nein. Zug um Zug. — **Reier.** 1. Ihre Frau würde mit Rücksicht auf Erfolg der Antragsgericht klagen können. 2. Nein. Krankenversicherungspflicht und Aufwandskosten nicht. — **W. 23.** In beiden Fällen ist die Staatsanwaltschaftbehörde (Amtsgericht oder Staatsanwaltschaft) berechtigt, aber nicht verpflichtet, dem Antrage stattzugeben. — **A. P. 3.** Zu spät.

S. J. 7. Die Vollmacht müßte notariell oder gerichtlich beglaubigt sein. — **J. Fr. 102.** Für die Kosten müßten Sie haften, können aber Erteilung verlangen. — **S. B. Riederer.** Sie können den Versuch einer Klage, falls Ihr Vertrag nicht etwa dem entgegensteht, machen. — **J. Z. 100.** In den meisten Fällen sind 3 M. in Provision, nicht. — **G. B. 87.** Wenn inzwischen nicht etwa eine Klage stattgefunden hat, wäre der Anspruch verjährt. — **V. 3.** Falls die Statuten der Stelle nur eine 13wöchentliche Unterhaltungsfrist enthalten, so dauert für die folgende Zeit niemand. — **J. Z. 3.** Derartige Gesetze gibt es nicht. — **Soran.** **W. 2. 666, G. Z. 24.** Rein. — **G. B. 200.** 1. Was werden Sie an einen Arzt 2. Das steht im Belieben des Erblassers 3. Nein. — **H. 3. 28.** Da ein schriftlicher Vertrag nicht vorliegt, so würde eine Klage leider aussichtslos sein. — **Sifer.** Im Jahre 1876. — **A. G. 8.** Rein. — **G. 126.** 1. Das hängt vom Inhalt der Statuten ab. 2. Solche Anmeldeung kann ein für allemal erfolgen. — **G. B. 37.** 1. Ja. 2. Nein.

— **M. 88. 72.** Eine Bestrafung kann kaum erfolgen. Werden Sie sich behufs Herabgabe des Kindes an das Amtsgericht. — **A., Wolfstrasse.** 1. In zwei Jahren vom Ablauf des Kalenderjahres ab gerechnet, in dem geliefert ist. 2. Nein. 3. Ja. — **S. B. 230.** 10 Mark. — **G. Junge.** 30 die Betroffenen minderjährig (unter 21), so hat der Mann nichts, in keinem Fall hat er derartige Forderungen zu verlangen. In dergleichen Fällen ist eine genaue Darlegung in der Sprechstunde vordienstsprechender als schriftliche Anfrage. — **A. Z. 33.** Der Wert ist im Recht. — **A. B. 60.** Die Antragsfrist für Beileidungen beträgt drei Monate. — **G. Z. 3. 1.** und 2. Rein. — **B. B. 100.** Sie können mit Aussicht auf Erfolg den Restlohn einlagen.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.
Freitag, 16. Januar.
Anfang 7 1/2 Uhr:
Chernhaud. Die beiden Schützen.
Schauspielhaus. Der eingeschüchelte Kranke. Die Komödie der Bräutigame.

Deutsches. Ronna Banna. Berliner. Al-Hedelberg. Festung. Ronna Banna. Neues. Die Hiege. Weidung. Die beiden Schützen. Thalia. Seine Kleine. Wehen. Der Propheet. Central. Madams Sherry. Belle-Alliance-Theater. Cupido u. Co. — Am Telefon.
Anfang 8 Uhr:
Schiller O. (Wallner-Theater). Jugendfreunde.
Schiller N. (Friedrich-Wilhelmstädt. Theater). Renaissance.
Carl Weich. Die Blüte des Bagno.
Luifen. Die Cameliendame.
Metropol. Neues! Allerneuestes! Buntos. System Albert. — Theodor sucht Streichhölzer.
Kleines. Urgel.
Tranon. Die Liebeshaudel.
Palast. Auf hoher See.
Casino. Roderne Frauen.
Apollo. Nafiris Hochzeit.
Wintergarten. Spezialitäten.
Reichshallen. Steirer Sönger.
Streibl. Fiehl-Lönger.
Passage-Theater. Spezialitäten.
Passage-Panoptikum. Spezialitäten.
Urania. Taubenstraße 48/49.
Das Land Tirol.
Am Hörtale um 8 Uhr: Professor Dr. C. Müller: Die Stoffaufnahme durch die Pflanzen.
Invalidenstrasse 37/62. Täglich geöffnet von 7-11 Uhr.

Central-Theater
Heute u. folgende Tage, abends 7 1/2 Uhr:
Madame Sherry.
Eberette in 3 Akten von Hugo Felz.
Handlilager: Das Lied vom Wäch der Mutter. — Der Pfarrer von Dunder. — Das Liebesduett am Mevier. — Liebesgötter. — Das Lied von der Droste 1. Götze. — Haupt-la Catarina. — Das Ombant. Quell. — Das Lied von der Boa. — Das Mädchen Couplet. — Das Mantel-Duett.
Sonnabendnachmittag 4 Uhr, halbe Preife. Jed. Erwachs. 1 Kind frei: Schneeweisschen und Rosenrot.
Sonntag, den 18. Januar, nachmittags 3 Uhr: Die Fledermaus. Abends 7 1/2 Uhr: Madams Sherry.

Thalia-Theater.
Dresdenstr. 72/73.
Zum 157. Male:
Seine Kleine.
Große Ausstattungspost mit Gesang und Tanz in 3 Akten.
Im 1. Akt: Ein Winterfest im Braune Wald. Im 2. Akt: Haben Sie nicht den kleinen Sohn gesucht? (mit Guido Zbielscher). Im 3. Akt: Lebende Märchen. Anfang 7 1/2 Uhr. Sonntagnachmittag 3 Uhr: Dorf und Stadt.

Bernhard Rose-Theater
Bader. 58.
Freitag, den 16. Januar 1903:
Zwischen zwei Herzen.
Schauspiel in 4 Akten von Rich. Beh. Anfang 8 Uhr.
Sonntag: Der Hüttenbesitzer. Schauspiel. — Montag, den 26. Jan.: Schauspiel der Norddeutschen Sönger: Herren Führmann, Dorf, Wolde.

Zwischen zwei Herzen.
Schauspiel in 4 Akten von Rich. Beh. Anfang 8 Uhr.

Bernhard Rose-Theater
Bader. 58.
Freitag, den 16. Januar 1903:
Zwischen zwei Herzen.
Schauspiel in 4 Akten von Rich. Beh. Anfang 8 Uhr.

Zwischen zwei Herzen.
Schauspiel in 4 Akten von Rich. Beh. Anfang 8 Uhr.

Urania.
Taubenstrasse 48/49.
Abends 8 Uhr:
Das Land Tirol.
Im Hörtale um 8 Uhr:
Professor Dr. C. Müller: Die Stoffaufnahme durch die Pflanzen.

Sternwarte
Invalidenstrasse 57/62.

CASTANS Panoptikum
Friedrichstrasse 185.
Gr. Wilhelm Busch-Ausstellung
in Bildern mit plastischen Figuren.
Zauberkünstler F. Roberts. Verschwinden einer Dame. Illusionssaal. — Germanensaal. Franz. Seal. — Kaspario-Theater. Grosses Konzert.

Passage-Theater.
Vorstellung.
Anfang: Sonntags 3 Uhr.
D-Weekent. 5 Uhr.
Ende 11 Uhr.
Nur noch kurze Zeit: Auguste

Adamovic
Nachmittags 7 Uhr.
Abends 10 Uhr.
Willy Prager.
14 neue erstklass. Nummern.

Luisen-Theater.
Die Cameliendame.
Anfang 8 Uhr. Borwert. 10-2 Kaffe. Vortagen: Der Rattenfänger von Hameln. Sonntag 3 Uhr: Die Anne-Lise. Abends 8 Uhr: Die Cameliendame. Montag: Die Cameliendame.

Apollo-Theater.
Son 8-9 1/2 Uhr: Spezialitäten und mit seinen neuen brillianten Schlagern.
im 8 Uhr: Kadstaltung-Operette v. Paul Lincke. Kassen-Eröffnung 7 Uhr. Anf. 8 Uhr. Sonntag, den 18. Januar, 3 Uhr nachmittags, zu ermäßigten Preisen:

Casino-Theater.
Zolhringer Straße 37.
Neu! — Franz Reer. — Neu! — Amones — Gretchen Reimann et. Dazu mit neuer glänz. Ausstattung: Moderne Frauen.
Großer Kassen-Erfolg. Zeitgem. Couplet. Anf. 1. Wochent. 8. Sonntags 7 1/2 Uhr.

Trianon-Theater.
Georgenstrasse, zwischen Friedrich- u. Universitätsstr.
Die Liebesschaudel.
Lustspiel in 4 Akten v. M. Donnay. Anfang 8 Uhr.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater).
Freitagabend 8 Uhr: **Jugendfreunde.**
Lustspiel in vier Aufzügen von Ludwig Julde.
Sonnabendabend 8 Uhr: **Renaissance.**
Sonntagnachmittag 3 Uhr: **Jugendfreunde.**
Sonntagabend 8 Uhr: **Ein Ehrenwort.**

Cirkus Busch.
Freitag, den 16. Januar 1903, abends 7 1/2 Uhr.
zum erstmal:
Tariakoff Troupe.
Die wunderbaren Seelöwen und Dahomey mit Elefanten-Jagd.

Metropol-Theater.
Täglich:
Der größte Erfolg dieser Saison mit glänzender Ausstattung:
Neuestes! Allerneuestes!
Revue in 5 Bildern von Julius Freund. Musik von Victor Holländer. In Scene gesetzt v. Dir. Rich. Schultz.
Gastspiel Julius Spielmann. Emil Thomas a. G. Henry Bender. Frid Frid. Flora Siding. Hansi Reichsberg.
300 Mitwirkende.
Grandioses Ballett.
Rauchen überall gestattet. Anfang 8 Uhr.
Sonnabend, den 17. Januar 1903:
1. Grosser Metropol-Theater-Ball.

Residenz-Theater.
Direction: Sigmund Lautenburg.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Die beiden Schulen. (Les deux Ecoles.)
Lustspiel in 4 Akten von Rich. Capus. Vortagen und folgende Tage: Die beiden Schulen. Sonntagnachm. 3 Uhr: Sein Doppeltgänger.

Belle-Alliance-Theater.
Heute u. folgende Tage: Ab. 7 1/2 Uhr.
Am Telefon.
Drama in zwei Aufzügen. Hieranf 8 1/2 Uhr:
Cupido & Co.
Schauf mit Ges. u. Tanz in 3 Akten.

Kleines Theater.
Unter den Linden 44.
Anfang 8 Uhr.

Erdgeist.
Köpenickerstr. 68. Anfang 8 Uhr.
Bunter Theater
Köpenickerstr. 68. Anfang 8 Uhr.
Hierauf: Theodor sucht Streichhölzer. — **Tiny Senders.**

Sarg J. Schumacher.
Magazin
Swinemünderstr. 120.
Unerlässliche u. pünftliche Uebersetzung aller Beeridigungsangelegenheiten.

Jeden Freitag von mittags an:
Frische Blut-u. Leberwurst
in bester tadelloser Qualität.
Richard Augustin, Lindenstr. 69, Hof part. „Vorwärts“-Haus. Frühstücks-, Mittagstisch, Sitzungszimmer.

Palast-Theater
Burgstraße 22. Früher: Reen-Palast.
Das phänomen. Januar-Programm.
Alles neu! Neu! Alles neu! 8 1/2 Uhr. Neu insceniert: 8 1/2 Uhr.
Auf hoher See.
Lebensbild in Gesang u. Tanz in 3 Akten. The Atlantic, Kraft-Alt. Gehr. Bollong, propart. Relange-Alt. Jonny Manchonez, das med. Weltbrud. The Helsons, eine Scene im Kaffee. Elsa Byron, Soubretten-Diva.
Anfang: Bodent. 8. Sonnt. 7 Uhr. Entree 50 Pf.

W. Noack's Theater.
Direktion: Robert Dill.
Brunnerstrasse 10.
Heute: Große Extravertstellung. Eine Post als Medizin.
Bolle mit Gesang von Kaiser. Sonnabend: Keine Vorstellung.

Steidl-Theater
Amienstrasse 132. Dranienburger Thor.
Täglich 8 Uhr. Sonntags 7 Uhr.
Stürmischer Sads-Erfolg! Familie Humbert
Ull-Komödie von Fritz Steidl. U. d. a. gänzlich neue Programm. Entree 50 Pf. (Borverkauf 40 Pf.). Sperrst. 1 M., Loge 1,50 M.

Reichshallen.
Stettiner Sönger.
Anfang: Bodentags 8 Uhr, Sonntags 7 Uhr.

Sanssouci
Jeden Sonntag, Montag, Donnerstag:
Hoffmanns Norddeutsche Sönger.
Nach jeder Soiree:
Tanz-Kränzchen.
Neu! Grünebergs Neu! Sensationsparodie:
De Lup in de Lupi.

Die weltbekannte Bettfedern-fabrik
Gefahrlosig, Berlin, Prinzenstr. 46, verleiht gegen Rücknahme garant. neue Bettfedern h. 99. 50 Pf., eineföhrige Halbenten h. 99. 2. 1. 25, bessere Halbenten h. 99. 3. 1. 25, vorzügliche Decken h. 99. 3. 2. 50.
— Von diesen Decken gewahrt 3 bis 4 Woch. zum großen Comfort. Verpackung frei. Preis u. Probe gratis. Bitte Antragszettel.

Album- und Lederwaren-Fabrik Oskar Gaudan.
Oranienstr. 33, Ecke Adalberstrasse.
Gr. Lager aller Arten Lederwaren u. Schmucksachen zu bill. Preisen.
Verfälschte Pländer. Goldschmied, wie Brillanten 1. Akt, gold. u. silberne Uhren, Ketten, Ringe, lauber u. schen, in spottl. vert. Alles Gold, Silber u. gekaut u. in Stahl, gem. in Stahl. Zeitgenr. 28 J. Ude Ritterstr.

Wien- u. Bierflaschen
Kollinsky, Kranzstr. 36.

Königstadt-Casino.
Holzmarkt. 72, Ecke Alexanderstr.
Täglich eröff. Spezialitäten-Vorstellung. Jed. Mittwoch, Sonnabend, Sonntag Tanzkränzen. Anf. Bodent. 8. Sonntags 8 Uhr.

Ettablissement Buggenhagen am Moritzplatz.
Jeden Tag:
Streich-Konzert.
Heute: Bodentisch.
Im Kaiser-Saal: Norddeutsche Sönger und Tanz.

Gratweils Bierhallen
Theater u. Varietö
Kommandanten-Strasse 77/79.
Direction: Carl Haverland.
Täglich: Gr. Vorstellung.
Das grosse amüsante
Januar-Programm
Nur allererste Kunstkräfte.
Anfang der Vorstellung 8 Uhr. Jed. Sonnabend, Sonntag u. Mittwoch nach der Vorstellung:
TANZ.
Charlottenburg.
M. Schumberg 1882*
Wilmersdorfer Strasse 127.
Uhrmacher und Goldarbeiter.
Großes Lager von Uhren und Goldwaren zu äußerst billigen Preisen.
Optische Artikel. Edelsteine werden schmerzlos gelassen.

Lokales.

Zum Kofffleisch-Öfen. Der „Berliner Tierärzt-Verein“ sendet uns folgende Mitteilung: Der „Vorwärts“ bezweifelt, daß durch die Veranstaltung des Demonstrationseffens volkswirtschaftlich etwas bewiesen worden sei. Er meint, das Kofffleisch braucht vor allem in den ärmeren Volksschichten nicht erst als Nahrungsmittel eingeführt zu werden, weil es dort schon seit langen Jahrzehnten genossen wird.

Nebenbei bemerkt, ist es unser Standpunkt gar nicht, daß das Kofffleisch nur die Nahrung für arme Leute sein sollte. Um das Vorurteil zu brechen, haben wir an jenem Abend auch eine ganze Reihe von Leuten aus höherer sozialer Stellung eingeladen, weil das Kofffleisch erst dann als ebenbürtig betrachtet werden wird, wenn es genau auf den Mittagstisch des Reichen wie des Armen kommt.

Man macht doch auch hinsichtlich des Rind- oder Schweinefleisches nicht diesen sozialen Unterschied. — Und noch auf einen Umstand möchten wir hinweisen. Es ist durchaus irrig, wenn angenommen wird, daß an jenem Abend Fleisch von ganz ausgepickten jungen Tieren in ganz besonderer Güte verzehrt worden sei. Am jedem Einwand vorzugehen, ist nur Fleisch verwendet worden, wie man es bei jedem Kofffleisch für 30—40 Pf. des Pfund findet, und auch die Zubereitung ist nicht eine solche raffiniert keine gewesen, daß sie eben so oder ähnlich nicht auch in der Familie herzustellen möglich wäre.

Das bei uns gratis erhältliche fliegende Kofffleisch-Stückchen giebt ja dazu die Anleitung. Wenn wir einen Koch zur Herrichtung des Öfens anmahnen, so geschieht dies vor allem, um der ganzen Sache einen appetitlichen Anstrich zu geben. Und eine Bedingung des Vorsatzes ist uns gelungen. Denn auf mehreren Hundert Karten sind begeisterte Urteile über den Wohlgeschmack abgegeben worden. Und über den Nährwert hat sich ja jeder aus der auf der Etikette abgedruckten Tabelle der Nahrungsmittel, wie sie in Keisers Bericht zu finden ist, unterrichten können. Danach hält das Kofffleisch an Nahrungswert den Vergleich mit dem Rindfleisch völlig aus. Zum Schluß noch eins. Der „Vorwärts“ schreibt: „Koffe, die ihrer Hinsichtigkeit halber aus den Tiefen genommen und dann noch kurzer Erholungszeit geschlachtet werden, wird selten jemand, der sich's leisten kann, den lieben Hündchen als Nahrungsmittel vorziehen.“

Wieder ganz richtig, aber wir wollen ja eben durch Verallgemeinerung des Kofffleischgebrauchs erreichen, daß die Koffe gar nicht bis zur Hinsichtigkeit ausgehend, sondern frühzeitiger geschlachtet werden, so daß es künftig solche alten Säule gar nicht mehr giebt. Selbst wenn letzteres volkswirtschaftlich nicht bedeutsam wäre, eine große Summe bezweifelbaren Geldes könnte durch diese einfache Aenderung der Richtung des Fleischbedarfs aus der Welt geschafft werden. Und das hat jedenfalls dann auch Bedeutung.

Unsre kurze Betrachtung von vorgelesen leiteten wir mit den Worten ein, daß sich über den Geschmack nicht streiten läßt. Auf Grund dieser ewigen Wahrheit wollen wir auch heute nicht gegen den Tierärzt-Verein polemisieren. Wir lassen ihn vielmehr mit seiner von uns vorausgesehenen Replik unerschützt zum Worte kommen und glauben, daß mit dieser lokalen Handlung die Kofffleischfrage vorab in unserm Blatt erledigt ist.

Der Landrat und die Hülfschen Heftschriften. Der Christliche Heftschriftenverlag des seligen Pastors Hülle sucht trotz der Abfertigungen, die gar oft seiner systematischen Volkserhebung zu teil geworden sind, mit vielfältiger Dummdarstellung seine Produkte doch immer wieder in öffentlichen Körperschaften einzuführen. Es ist noch erinnerlich, welches peinliche Bestreben es auch unter den anständigen Elementen der bürgerlichen Gesellschaft seinerzeit erregte, daß die Hülfschen Heftschriften mittels hoher Protektion den öffentlichen Heilanstalten zugeführt werden sollten. Waren doch die für den Zuständigsten und andre scharfmaschinischen Maßnahmen eintretenden Schriften selbst von geistlicher Seite, so von der südwestdeutschen Konferenz für innere Mission vom Jahre 1877 für bedenklich erklärt worden. Der Produkte dieser Heftschriftenfabrik nimmt sich nunmehr, wie seiner Zeit die Herren Poladovsky und Gaebel, der Landrat des Kreises Niederbarnim, in liebevoller Weise an. Er macht den Gemeinden des ihm unterstellten Kreises das Anbieten, für ihre Volksbibliotheken gegen einen Jahresbeitrag von 6 M., wovon die Kreisliste noch die Hälfte auf sich übernehmen will, vierzug vom Christlichen Heftschriftenverlag in Berlin gelieferte Bände anzuschaffen. Nach vier Jahren sollen diese Bücher Eigentum der Gemeinde werden.

Ohne Zweifel werden diese Schriften im Geiste des jetzt verstorbenen Predigers Hülle abgefaßt sein, der im Kampfe gegen die Socialdemokratie jede Verleumdung für gut genug hielt und durch die Strampellosigkeit, mit der er zu Gunsten arbeitserfönder Kapitalisten wirkte, dem Christentum unendlichen Schaden zugefügt hat. Wie wir hören, sind auch die bürgerlichen Kreise in verschiedenen Vororten dem doch von Witzrauen gegen Wähler erfüllt, die aus einem so bedenklichen Verlage stammen. Als vor einigen Tagen die Gemeindevertretung von Pankow über den Vorschlag des Landrats beriet, beschloß sie zwar Verlegung des Falles, doch dürfte das landräthliche Bildungsvereinerungsverfahren, wie uns aus dem Vorort berichtet wird, in der Gemeindevertretung wenig Anklang finden.

Es wird Sache der öffentlichen Körperschaften sein, sich darüber zu unterrichten, wie es kommt, daß der Landrat die von den Steuerzahlern aufgebracht Mittel für den geschüberrten Zweck verwendet. Daß unsre Parteigenossen in den Gemeindevertretungen im Interesse des öffentlichen Friedens fortan alles thun werden, um die Ortsparlamente über das Bedenkliche des landräthlichen Antrages aufzuklären, dürfen wir wohl für selbstverständlich halten.

Wie es dem Münchener Humor in Berlin erging. In München fand dieser Tage ein Preisfest, „Münchener Illustrationen“, statt, auf dem — wie wir den „Münchener Neuesten Nachrichten“ entnehmen — in einem festlichen Erlebnis des Münchener Humors erzählt wurden. Besonders schön erging es ihm in Berlin, denn er sagt, er habe eine Exkursion nach Berlin gemacht und konnte von dort zurück, weil man ihn „als beschäftigungslosen Ausländer“ ausgewiesen habe. Jovial wollte er in der Reichshauptstadt zu den Künstlern gehen, aber da fand er nie mehr als zwei Bekannte, und wenn die einige Zeit miteinander verkehrten, waren sie auch schon wieder zerstreut. Die Schriftsteller hatten keine Zeit für ihn, denn die erzielten sich gegenseitig Literatur über den guten Ton; die Theaterdirektoren waren reich erfreut, als er sich ihnen vorstellte, fragten dann aber, ob er der Anwalt von Minna sei, und als er dies verneinte, meinten sie, dann sei er gar nicht der echte Humor, und schieden ihn weiter. Auch im Reichstag verstand er kein Glück; dort dürfe man aber nicht länger als fünf Minuten reden, und in dieser Zeit könnten nicht einmal die Berliner zehn Sätze zusammenbringen, und die reden gewiß schnell. So irrte er obdanks in Berlin umher und kam dabei auch in die Siegedallee. Dort mußte er trotz aller Trübsal herzlich lachen, woran er verhaftet und sechs Wochen in scharfer Gewahrsam gehalten wurde. „Ja“, erzählte der Humor, „ich wäre noch drin, hätte nicht mein

Stiefbruder ein gutes Wort für mich eingelegt.“ „Ja, wer ist denn Dein Stiefbruder?“ fragten Hülse und Beisele und das Münchener Kind neugierig. „Das ist der unfehlvolle Humor, der ist in hohen Berliner Kreisen sehr gut eingeführt!“

Von den Erweiterungsbauten des Gymnasiums zum grauen Kloster ist nun das letzte Stück in Angriff genommen worden. Die wärmere Witterung, die auf die kalten Tage des Dezember gefolgt war, hatte es ermöglicht, an der Reuen Friedrichstraße schon jetzt mit der Aufmauerung der Fundamente des Neubaus zu beginnen, der hier an Stelle des älteren, in den Jahren 1858—60 gebauten, im Herbst 1902 abgebrochenen Lehrerswohnhauses errichtet werden soll. Auch dieses Gebäude wird, gleich den andern in den letzten Jahren aufgeführten Baukörpern des Gymnasiums zum grauen Kloster, dem neuen Lehrerswohnhaus an der Klosterstraße und der Turnhalle an der Reuen Friedrichstraße, in den Formen der märkischen Backsteinbauten gehalten sein, so daß es sich harmonisch einfügt in das architektonische Gesamtbild, dessen Mittelpunkt die altersgrane Klosterkirche bildet.

Mängel in einer städtischen Bade-Anstalt. Ein Leser schreibt uns: Daß die Errichtung einer Volks-Bade-Anstalt auch im Westen Berlins einem wirklichen Bedürfnis entsprach, dürfte durch die Frequenz, welcher sich in immer steigendem Maße die Bade-Anstalt in der Dennewitzstraße erfreut, als bewiesen angesehen werden. Hauptächlich an Sonnabenden ist der Besuch ein so starker, daß die vorhandenen Bannen- und Brausebäder nicht entfernt genügen und das Publikum reichlich Gelegenheit hat, sich in der Kunst des Wartens zu üben. Desto mehr muß es befremden, daß die Instandhaltung der einzelnen Zellen so mangelhaft ist, daß regelmäßig eine ganze Anzahl nicht benutzt werden können, weil irgend etwas nicht funktioniert. So waren am letzten Sonnabend allein in der ersten Etage drei Brausebäder durch das ostindische Kreuz an der Thür als „a. d.“ bezeichnet und also der Benutzung entzogen; aber nicht etwa nur an diesen Tagen, sondern schon seit längerer Zeit. Doch ist das nicht alles — auch sonst ist noch manches vernachlässigt. Macht sich in der einen Zelle das Fehlen des Seifenapses unangenehm bemerkbar, so ist es in der andern der Stöpsel zum Ablaufrohr und in der dritten die Pastinen, die nicht da sind. Auch die in Benutzung befindlichen Drausen haben häufig ihre Wunden und stellen ziemlich Anforderungen an die Nerven der Badenden, wie am genannten Tage Brause Nr. 17, deren Wasserhahn sich beharrlich weigerte, warmes Wasser zu spenden, so daß man sich in einer Heilanstalt wühlte, wo mit Hilfe kalter Dougen für „Vernichtung“ gesorgt wird. Gerade die Klagen der letzteren Art sind sehr häufig und es ist nicht zu viel gesagt, wenn man behauptet, daß jeder der regelmäßigen Besucher der Brausebäder schon mit einer kalten Douge färllich nehmen mußte. Von Rechts wegen müßten auch die Thüren dieser Zellen ein Kreuz erhalten, wodurch sich die Zahl der reparaturbedürftigen wesentlich erhöhen würde. Daß solche Mängel eines städtischen Unternehmens unzulässig sind, braucht wohl nicht erst betont zu werden und es wäre zu wünschen, daß durch diese Zellen die berufenen Organe sich veranlaßt fänden, der Sache aus den Grund zu gehen und für Abhilfe zu sorgen.

Mit dem Umbau der Stadtbahn wird, soweit es erforderlich, auch eine Umänderung der Stadtbahnhöfe erfolgen. Auf dem Schlesienschen Bahnhof wird der eine Bahnsteig gänzlich für den Stadtverkehr ausgeschlossen werden. Diese Aenderung wird dadurch wesentlich erleichtert, daß der Bahnhof als Kopfstation der Stadtbahn gänzlich eingehen und nur noch als Durchfahrstation bestehen wird. Einige Stadtbahnhöfe, wie Janowitzbrücke, Tiergarten, deren Hallen zu kurz angelegt sind, werden eine Verlängerung erfahren. Außerdem sollen nach Möglichkeit, unter Umständen durch Schaffung neuer Aufgänge, soweit dies noch nicht geschehen ist, auf den verkehrstheoretischen Stationen die Zu- und Abgänge getrennt werden. Die Umbauarbeiten werden derartig durchgeführt, daß Betriebsstörungen gänzlich und Belästigungen des Publikums nach Möglichkeit vermieden werden.

Die Schwimmhalle des städtischen Volkobades an der Säulingsbrücke bleibt bis 18. Januar cr. noch in der bisherigen Weise zur Benutzung für weibliche und männliche Personen; sie wird jedoch wegen Ausföhrung baulicher Veränderungen für die Zeit vom 19. bis 20. Januar geschlossen.

Die Nachricht, daß der Staatsanwalt gegen den Leiter des wissenschaftlich-humanitären Komitees, Herrn Dr. Hirschfeld, einschreiten wolle, ist, wie wir gestern gleich vermuteien, falsch. Herrn Dr. Hirschfeld ist weder von einer Privatklage, noch von einer Aktion des Staatsanwalts etwas bekannt.

Der Girtelbesitzer Schumann will auch in Frankfurt a. M. einen ständigen Circus errichten. Er hat mit dem Fiskus wegen Ueberlassung des Girtelgebäudes am Hauptbahnhof Verhandlungen geführt, die nunmehr zum Abschluß gekommen sind. Mit einer Anzahlung von einer Million Mark soll das Terrain zur Erbauung eines stehenden Circus an den genannten Herrn übergegangen sein, so daß mit der Errichtung des Gebäudes alsbald begonnen werden kann. Der Circus soll sich auf dem Plage erheben, wo früher der provisorische Bau seine Stelle hatte.

Aus schwerer Havarie wurde am Mittwoch auf der Havel bei Hennigsdorf ein Lastkahn des Riesgraben-Besizers Simon aus Berlin gerettet, der von Oberwalde kommend, mit Mauersteinen für die Berliner Wasserwerke am Regler See beladen war. Im November stürzte er im Finow-Kanal ein, war jetzt aber, nachdem infolge der milden Witterung die Fahrstraße offen geworden war, bis nahe an seinen Bestimmungsort gelangt. Auf der Havel unweit Hennigsdorf hatte das Fahrzeug mit großen Eisklößen schwer zu kämpfen, mit einem Male drang von unten her Wasser in bedeutender Menge ein. Dem Kahne war durch einen Eisblock die Schiffschwanzung an einer Stelle eingedrückt worden. Die Bemannung vermochte das entstandene Leck nicht zu verstopfen und war auch nicht im stande, das eindringende Wasser mit den Pumpen zu beseitigen. Mit unheimlicher Schnelligkeit füllte sich der Kahn mit Wasser, und die Mannschaft brachte ihre Habseligkeiten in das Anhängelboot und verließ das sinkende Schiß, um das eigne Leben zu retten. Da näherte sich der Dampfer „Jules“ von der Spandauer Dampfstraßen-Gesellschaft. Er wurde von der Bemannung des gefährdeten Kahnes um Hilfe angerufen; alsbald legte er sich neben das bedrohte Fahrzeug. Mittels starker Töne, die man von den Rahntrumpf schlang und am Dampfer befestigte, wurde das Fahrzeug über Wasser gehalten, und nach zehnstündiger angestrengter Arbeit war das Leck verstopft und das Wasser ausgepumpt, so daß Fahrzeug und Ladung gerettet worden sind.

Wegen jahrelangiger Lösung ist der Antiker Franz Steinhacher aus der Kleinen Alexanderstraße in Untersuchungshaft genommen worden. Der fünfjährige Knabe Arthur Koch, der Sohn einer Hausdienerswitwe aus der Schwedterstr. 20a hatte am Freitag voriger Woche vormittags auf dem Exercierplatz des Alexander-Regiments gespielt. Als er auf dem Heimwege an der Ecke der Oberwalder- und Oberbergerstraße den Dammbüschel wollte, kam Steinhacher mit einem Geschloßwagen im schiefen Trab um die Ecke gefahren, überfuhr den Knaben, ohne daß er ihn anrief, so daß er demütiglos liegen blieb. Die Verletzungen führten bald zum Tode. Der Antiker suchte zu entkommen, wurde aber von einem Schutzmann festgenommen und von der Kriminalpolizei dem Untersuchungsrichter zugeführt, der ihn nach dem unglücklichen Ausgang des Unfalls in Haft behielt. Als die Leiche bereits eingelangt war, ordnete die Staatsanwaltschaft ihre Beschlagnahme an und ließ sie gerichtsarztlich öffnen. Die Obduktion ergab nach dem nunmehr erteilten Verdictungsschein, daß der Knabe sich unter den

Knämen außer Verletzungen am rechten Auge und Arm auch noch einen Wirbelsäulenbruch zugezogen hatte, der zum Tode führte. Der verhaftete unvorsichtige Antiker ist verheiratet und Vater von drei kleinen Kindern.

Ein gefährlicher Brand in dem Droguenteller der Bellevue-Droguerie von Sauer, Princes-Allee 17, machte am Mittwochmorgen der Feuerwehr viel zu schaffen. Das Feuer kam durch Unachtsamkeit eines Gefährten in dem nach der Straße zu belegenen Keller aus, worin sich Fässer mit Petroleum, Oelen und Säuren befanden. Noch ehe die Feuerwehr erschien, hatte der sich schnell abzeichnende Brand eine große Verqualmung des Hofes und der Straße herbeigeföhrt; namentlich wurden die Meter des Vorder- und Hinterhauses stark belästigt. Da mit Explosionen gerechnet werden mußte, war für die Feuerwehr bei ihrem Vordringen die größte Vorsicht geboten, umso mehr, als in einem zweiten, an den Brandherd anstoßenden Keller Benzin lagerte. Der Zugang zu diesem zweiten Keller war aber infolge des Brandes anfangs nicht zu erreichen, weshalb schon erzwungen wurde, von der Hofseite die Mauer zu durchlöchern, um das Benzin aus der Nähe der Flamme entfernen zu können. Von diesem Plane konnte schließlich abgesehen werden, da die mit Rauchapparaten ausgerüsteten Sappeure den Feuer mittels mehrerer Schlauchleitungen immer mehr Terrain abgewannen. Nach einstündigem Wassergehen galt die Gefahr für beseitigt.

Straßensperrung. Das Bethanien-Ufer von der Adalbertstraße bis zur Ecke Mariannenplatz (Thomas-Straße) wird behufs Anpflasterung vom 19. d. M. ab bis auf weiteres für Fußverkehr und Keller gesperrt.

Jahrplan der Nachtwagen der Straßenbahn. Der Nachtdienst der Straßenbahn ist neuerdings durch die Einführung besonderer Nachtwagen erheblich ausgedehnt worden. Nachdem der Fahrplan dieser Nachtwagen neuerdings wieder eine Aenderung erfahren hat, ist das Publikum vielfach im Irrtum, zu welchen Zeiten diese letzten Wagen auf den einzelnen Linien verkehren. Es ist deshalb folgender Fahrplan der letzten Nachtwagen nach dem jetzigen Stande aufgestellt worden: 1 Ringbahn ab Rosenthaler Thor 1^o, ab Brandenburgstraße 2^o; Linie 9 ab Wallstraße 1^o, bis Spittelmarkt, 1^o bis Markusstraße, ab Spittelmarkt 2^o; 34 ab Kreuzberg 1^o bis Weddingplatz, ab Weddingplatz 2^o; 54 ab Schönhauser Thor 1^o, ab Savignyploß 2^o; 72 ab Säoneberg 2^o, ab Alexanderplatz 1^o bis Oberstraße, 3^o bis Mühlentstraße; 78 ab Königsbergerstraße 1^o, ab Markusstraße 2^o bis Uhlandstraße, ab Ludwigsplatz 2^o, bis Markussstraße 3^o.

Feuerbericht. In den letzten 24 Stunden hatte die Wehr über ein Duzend Brände zu verzeichnen, was wohl mit der plötzlich wieder eingetretenen Kälte zusammenhängt. Mittwochabend gegen 9 Uhr wurde sie nach der Verdenstraße 5 gerufen, wo in einem Keller Pfeifrohren in Brand geraten waren. Auch in der Rödernstraße 106, Steinmetzstraße 22 und in der Kreuzbergstraße 71 mußten Kellerbrände beseitigt werden. In diesen drei Fällen wurde in der Hauptsache altes Gerümpel und Verpackungsmaterial eingeschmelzt. Garbinnen und Kleidungsstücke gingen gegen 10 Uhr in der Schönleinstraße 12 in einer Schlafstube in Flammen auf, während in der Hultenstraße 42 Wäschestücke Feuer gefangen hatten. Kurz vorher erfolgte eine Alarmierung nach der Hefischstraße 1—3. Hier war in einem chemischen Institut Feuer ausgebrochen, das unter andern Benzol erfaßt hatte. Die Flammen konnten aber glücklicherweise bald erstirkt werden, so daß größerer Schaden nicht entstanden ist. In der Mühlentstraße 67 hatte die Wehr zur selben Zeit einen Brand zu beseitigen, der den Fußboden und die Balkenlage ergriffen hatte. Gegen Mitternacht mußte in der Langenstr. 40 in einer Küche ein Feuer abgelöscht werden, das neben Klammern auch den Fußboden beschädigte. Nach der Hallschenstraße 15 wurde die dritte Compagnie Donnerstag früh 2 Uhr gerufen, weil hier ein großes Wasserrohr geplatzt und der Keller dadurch vollständig unter Wasser gesetzt war. Stundenlang hatte die Wehr zu thun, um die Wassermassen wieder auszupumpen. Außerdem liefen in der Nacht zum Donnerstag noch Alarmierungen von der Kropfenstraße 42, von der Friedenstr. 3 und noch von verschiedenen andern Stellen ein. In allen diesen Fällen war indes die Gefahr bei Anfuhr der Wehr von Hausbewohnern bereits beseitigt, weshalb die Folge ohne weiteres wieder abblenden konnten.

Aus den Nachbarorten.

Friedrichshagen. In der am Sonnabendabend 9 Uhr bei Kasubie, Friedrichstr. 81, stattfindenden Versammlung des Arbeiter-Bildungsvereins wird der Schriftsteller Herr Wilhelm Spöhr einen Vortrag über Dichtungen von Theodor Fontane, Deibel v. Wilsneron und Richard Dehmel halten. Die Mitglieder werden ersucht, zahlreich in dieser Versammlung zu erscheinen.

Wirk. Die Genossen werden darauf aufmerksam gemacht, daß die Wählerlisten vom 15. bis 30. Januar im Amtsgebäude aufliegen. Der keine Zeit hat, nachzusehen, wird ersucht, sich mit dem Steuerzettel bei einem der folgenden Genossen zu melden: August Ninge, Cigarrenladen, Chausseestr. 33; Fritz Weniger, Restaurant, Werderstr. 27; August Nerig, im Komum, Werderstr. 33.

Kummelöhrn. Bei den geistigen Gewerbevereins-Veranstaltungen sämtliche von unsrer Seite aufgestellten Kandidaten, 12 Arbeitnehmer sowohl wie 12 Arbeitgeber gewählt. In der Klasse der Arbeitnehmer waren Gegner nicht aufgestellt; abgegeben wurden 1025 Stimmen. Für die Liste der gegnerischen Arbeitgeber wurden 32—35 Stimmen abgegeben, während auf die unsrigen 48—59 Stimmen entfielen.

In der Charlottenburger Stadtverordneten-Versammlung gab am Mittwoch die Mitteilung des Vorstandes betr. Kontrolle über die Ausführung der Beschlüsse des vorigen Jahres Anlaß zur Erörterung der allerberühmtesten Gegenstände. Stadtv. Paasche (Soc.) benutzte die Gelegenheit, an den Magistrat das Ersuchen zu richten, den Termin für die Wahlen zum Landtag in die späten Nachmittagsstunden zu verlegen, damit jedem Wähler die Möglichkeit geboten werde, sein Wahlrecht auszuüben. Redner kündigte einen entsprechenden Antrag der Socialdemokraten an. — Mehr als eine Stunde unterhielten sich die Herren über die Frage der Verlegung einer Bedürfnisanstalt. — Als dann Stadtv. Hirsch bei dem nächsten Punkt, der Wohnungsfrage, in durchaus sachlicher Weise an der Unfähigkeit der Versammlung auf diesem wichtigen Gebiete Kritik zu üben versuchte, wurde ihm vom Vorsitzenden dies unterlag, und unser Redner mußte, wiederholt zur Sache gerufen, kurz abbrechen. — Fast übereinstimmend wurde scharfe Kritik an dem Verhalten der Straßenbahn-Gesellschaft geübt, die ohne Rücksicht auf das Verkehrsinteresse nach Gutdünken schaltet und waltet. Die sehr lebhaft debattierte mit der Ueberweisung aller Beschwerden und Kritiken an einen Ausschuss. Einstimmig angenommen wurde der Antrag des Vorstandes, wonach die Stadtverwaltung auf der Fertigstellung der Strecke der Untergrundbahn Linie-Wilhelmsplatz bis zum 1. April 1905 besteht. Ihre Zustimmung sprach die Versammlung aus zur Annahme des von Prof. Kommer der Stadt überreichten Geschlusses von 4000 M. Zur Frage der Anstellung eines neuen Syndikus an Stelle des Stadthudius Sankze, der die Leitung eines Privatbank übernehmen will, wurde ein Ausschuss von 11 Mitgliedern ernannt. Ohne Debatte gelangten neben einer Reihe unbedeutender Vorlagen die Vorlagen betreffend Abzulag eines Vertrages mit dem Hausfliegerverein wegen Bestellung von Pflegerinnen an städtische Arbeiter und Unterbeamte sowie betreffend

Verficherung der Stadt gegen Haftpflicht zur Annahme. In vorgeschickter Stunde kam die Versammlung endlich an die Beratung der Vorlage betr. die Errichtung von Wärmehallen. Der Magistrat forderte die Ermächtigung, mit dem Verein gegen den Mißbrauch geistiger Getränke folgendes Abkommen zu treffen: a) die Baraden am Fürstenbrunnen Weg werden städtischerseits nach den Wünschen des Vereins mit einem Kostenaufwand von etwa 5000 M. zu Wärmehallen umgebaut und dem Verein zum Zwecke des Betriebs von Wärmehallen übergeben, b) dem Verein wird zugesichert, daß ihm zur Deckung etwaiger Unkosten bei dem Betriebe der Wärmehallen ein Selbstbetrag bis zur Höhe von 1000 M. gegen Rechnungslegung zur Verfügung gestellt wird. Außerdem sollen dem Verein gegen Verarmung 3000 Hektoliter Coals zur unentgeltlichen Verteilung an Unbemittelte zur Verfügung gestellt werden. Von den Socialdemokraten war ein Zusatzantrag eingebracht, daß das Abkommen mit dem Verein nur bis zum 1. April gelten und daß der Magistrat im nächsten Jahre im Innern der Stadt Wärmehallen errichten und den Betrieb derselben in eigene Regie nehmen soll. Stadtv. Paale begründete diesen Antrag, indem er zugleich heftige Kritik an der socialpolitischen Unfähigkeit der Mehrheit übte. Oberbürgermeister Schusterus bekämpfte den Antrag. Die Debatte mußte, da ein Herr der Mehrheitspartei die Beschlußfähigkeit anzweifelte, abgebrochen werden.

Lichtenberg. Zu den bevorstehenden Gemeindevahlen beginnen unsere Genossen die Wahlarbeit. Die Wählerliste, die, wie bereits mitgeteilt, vom 15.—30. Januar öffentlich im Rathaus ausliegt, (Wochentags von 8—10 Uhr, Sonntags von 9—12 Uhr) enthält 1542 eingetragene Wähler mehr als bei der letzten Wahl. Von den 8440 Gemeindevählern wählen in der I. Wählerklasse 49 (Steuerjahr 25 227 bis 1584 M.), in der II. Wählerklasse 842 (Steuerjahr 1585 bis 92 M.), während die III. Wählerklasse 7549 Namen aufweist. Wahlberechtigt sind hier alle die Einwohner, die 24 Jahre alt, Deutsche sind, seit einem Jahre im Orte wohnen, zur Steuer verpflichtet sind und mindestens 1 M. 25 Pf. Gemeindesteuer im Quartal bezahlen, sowie einen eignen Hausstand haben. (Chambregaristen und Arbeiter rechnen zu letzteren). Wählen kann nur derjenige, der in die Wählerliste eingetragen ist. Für die Wähler, die nicht Zeit haben, die Wählerliste einzusehen, sind folgende Herren bereit, es zu thun: Krause, Hohen-Schönhausen, Berlinerstr. 12. Singer, Lichtenberg, Dorstr. 112. Bastian, Gudrunstraße, Ecke Hagenstraße. E. Schulz, Prinzen-Allee 8. Heitsche, Flörstr. 42. Zimmermann, Rummelburgerstr. 47. Grauer, Franzfurter Allee 107. V. Weißflud, Gartenbergstr. 68. Binzer, Kronprinzenstr. 42. Jüpter, Franzfurter Allee 181. Krusenatz, Blumenhalstr. 42. Lütcherbäse, Friedrichs-Karlstr. 11. Wöler, Friedrichs-Karlstr. 34. Schilling, Mainzerstr. 5.

Genaue Wohnungsangabe bezw. Steuerzettel sind erwünscht. Das Wahlkomitee.

Die **Schmargendorfer Gemeindevertretung** beschloß in ihrer letzten Sitzung die Trennung der obersten Gemeinde-Schulklasse nach Geschlechtern und Anstellung des zehnten Lehrers mit einem Grundgehalt von 1300 M. und 500 M. Mietzuschuß. — Für die Beschaffung eines sachmännlichen Gutachtens darüber, ob die Gelder für den Rathausbau in zweckmäßiger und auch erforderlicher Weise aufgewendet sind, wurden 500 M. ausgeteilt. Die Abstimmung der Einwohner über die hordenden Heberfreistellungen des Kostenanschlags und die sonstigen Vorkommnisse beim Rathausbau fand in der Ablehnung des vom Gemeindevorsteher wiederholt gemachten Vorschlags einer Einweihungsfeier entsprechenden Ausdruck. Die eingeleitete Feuerwehrr-Kommission legte den Entwurf eines Statuts für eine Pflichtfeuerwehr vor. Danach ist jeder gesunde Mann im Alter von 18—55 Jahren wehrpflichtig; man kann sich aber vor der Auslösung der nötigen 50 Wehrmänner durch Leistung eines Betrages von 2—12 M. pro Jahr je nach dem Einkommen ablösen. Hausbesitzer haben einen Zuschlag zu zahlen. Die Mitglieder der Wehr sind zu zwölf Übungen im Jahre verpflichtet. Die Kommission empfiehlt aber, wenn möglich, von Gründung der Wehr abzusehen, da durch die finanzielle Belastung und die Übungspflicht der Einwohner die Entwicklung des Ortes gefährdet werde. Der Leiter der freiwilligen Wehr schlägt Vertagung auf ein Jahr und einen offiziellen Aufruf zum Beitritt in die jetzt zu schwache freiwillige Wehr vor. Die Gemeindevertretung beschloß entsprechend. Bleibt der Aufruf erfolglos, dann werden wir mit der Pflichtwehr begnügt. Einem dringenden Bedürfnis entsprechen die Gemeindevorsteher durch den Beschluß, 70 000 M. Anleihe aufzunehmen zur Errichtung einer Turnhalle in Verbindung mit einem Feuerwehr-Depot und einem Desinfektionsraum.

Der Typhus in Friedrichsfelde. Der Amtsvorsteher von Friedrichsfelde erläßt folgende Bekanntmachung: „Die Erkrankungen an Typhus hier selbst mehren sich in besorgniserregender Weise. Sie zeigen sich besonders in der Friedrich-, Charlotten- und Schloßstraße in Häusern, die keine Wasserleitung haben, in denen das Trinkwasser den auf den Grundstücken befindlichen Brunnen entnommen wird. Es kann vor diesen Trinkwasser nicht genug gewarnt werden, da in ihm der Träger und Erreger der Krankheit vorzugsweise erblüht werden muß. Derartige Wasser darf nur, nachdem es vorher gelocht worden ist, getrunken werden. An die Hausbesitzer aber richte ich das dringende Ersuchen, für reines, gesundes Trinkwasser ihrerseits Sorge zu tragen. Am leichtesten wird dieser Zweck erreicht, wenn der Anschluß an die Reinwasserleitung bewirkt wird.“

Zu dieser Bekanntmachung sei bemerkt, daß zwar eine Wasserleitung vorhanden ist, die Hauswirte jedoch der Kosten wegen den Anschluß an die Leitung und die Anlegung von Tiefbrunnen scheuen. Auf die schreienden Mißstände, die auf dem Gebiete der Wasserversorgung und der Beseitigung der Abwässer noch herrschen, haben wir erst vor wenigen Tagen hingewiesen. Schade nur, daß die begangenen Sünden sich nicht an den Urhebern, sondern an den auf Gnade und Ungnade den Hausbesitzern überantworteten Mietern rächen.

Rantow. In der letzten Sitzung der Gemeindevertretung wurde für die Jahresrechnung 1901 dem Gemeindevorsteher Entlassung erteilt. Erwähnt sei, daß eine Wehrerhebung von etwa 5000 M. zu verzeichnen ist, welche hauptsächlich aus den direkten Steuern herrührt. Trotzdem die einzelnen Specialsteuern bedeutend überschritten wurden, unter anderem der Armenetat um 15 000 M., konnte ein Teil der Wehrerhebungen zur Deckung des aus früheren Jahren stammenden Defizits verwendet werden, welches zur Zeit 73 046 Mark beträgt. — Eine große Erregung rief der Antrag auf Ausbau der Realschule zu einem Realgymnasium hervor. Als Köder diente zunächst die Erhöhung des Schulgeldes, bei welcher Gelegenheit festgestellt wurde, daß ein Drittel sämtlicher Realschüler in den umliegenden Dörfern wohnt. Es wurde beschlossen, vom April dieses Jahres ab für hiesige Schüler 112 M. und für auswärtige 120 M. Schulgeld zu erheben. Weiter beschloß die Gemeindevertretung, für die Realschule einen Oberlehrer, einen Vorklasslehrer und einen Gesanglehrer anzustellen. Die Mittel zur Vergrößerung der Realschule wurden bewilligt mit dem ausdrücklichen Bemerkens, daß der Lateinunterricht eingeführt und damit der Gymnasialunterbau geschaffen werden soll.

Neu-Weißensee. Die Gemeindevertretung hatte in ihrer Sitzung am Dienstag folgende Gegenstände zu erörtern: Ein wegen Nichtausübung seines Amtes in der Vorentscheidungskommission mit erhöhten Steuern bestrafte Bürger hat gegen die Gemeinde das Verwaltungsstreitverfahren eingeleitet. Der Vorsteher wurde beauftragt, die Gemeinde in dieser Angelegenheit zu vertreten. — Der seiner Zeit von unserer Seite gestellte Antrag auf Errichtung von drei Bedürfnis-Anstalten wurde der Straßenbaukommission überwiesen. Die Kommission erstattete nunmehr einen Bericht, der folgendes Resultat ergab: 1. In der Röhse des Schlosses sei kein Bedürfnis vorhanden; 2. in der Guts- und Köhlstraße fehle der Platz; 3. am Antonplatz müsse man gleichfalls von der Errichtung solcher Anstalt Abstand nehmen, da keiner der dort liegenden Abjacenten die Genehmigung zum Bau erteile und doch nicht verkauft werden könne, daß vor oder hinter dem Dental eine Anstalt erbaut werde. Nach

längerer Debatte stimmte man unserem Antrage zu, eine neue Kommission von drei Personen zu wählen; die Herren waren so „anständig“, diese drei aus unseren Reihen zu bestimmen. Gewählt wurden nämlich Schillert, Schumann und Raubmann. Sollten die Herren meinen, unsere Genossen fahnten die Bedürfnisanstaltsfrage ebenso „lächerlich“ auf wie sie, so haben sie sich getret und es wird ihnen in allerhöchster Zeit Gelegenheit gegeben werden, darüber zu befinden. — Ferner wurde beschlossen, mit dem Centralverein für Errichtung von Volksbibliotheken einen Vertrag abzuschließen, wonach der Verein für einen jährlichen Beitrag von 650 M. verschiedene Bände an die hiesige Bibliothek liefert, welche nach 4 Jahren Eigentum der Gemeinde sind. Der Kreisauschuß hat sich erboten, die Hälfte des Betrages beizutragen. — Das Hauptinteresse der Sitzung lag in dem Punkt: Gewährung einer Abschlagszahlung auf die Baukosten der Kläranlage. Die bauausführende Firma hatte beantragt, ihr eine Abschlagszahlung von 40 000 M. zu gewähren. Man kam zur Ablehnung des Antrages, da von sachkundiger Seite berichtet war, daß die ganze Anlage nicht gut fundaminiert und nicht im Stande ist, dem gewaltigen Druck, den die zugeführten Wassermengen verurursachen, zu widerstehen, und das Mauerwerk bereits verhältnismäßig Miße aufweist, so daß der Betrieb mehrmals eingestellt werden mußte. Nachdem nunmehr der Vertreter der Firma nochmals die Versicherung abgab, daß sie die volle Verantwortung für den Bau und dessen Haltbarkeit sowie die noch notwendigen Verbesserungen und Reparaturen übernehme, wurde der erste Beschluß verworfen und mit knapper Majorität beschlossen, der Firma 15 000 M. zu gewähren. — Auf eine Anfrage, ob die in der letzten Sitzung bewilligten 500 M. für Feuerungsmaterial an Unbemittelte bereits verteilt sind, wird mitgeteilt, daß dies nunmehr geschehen werde; es können sich Unbemittelte im Zimmer 5 des Amtsbüreaus melden. Diese Unterstützung wird nicht als Armenunterstützung angesehen.

Ober-Schöneweide. Die Gemeindevertretung bewilligte in ihrer letzten Sitzung 50 000 M. zum Bau einer Leichenhalle und eines Wohngebäudes für den Friedhofsverwalter auf dem neu angelegten Kirchhofe. — Der Bau einer massiven, für die Gemeinde überaus notwendigen Jahrbrücke über die Spree nach dem Bahnhof Nieder-Schöneweide wurde davon abhängig gemacht, daß seitens der in Frage kommenden Privatinteressenten namhafte Beiträge geleistet werden. Bis jetzt haben sich die in Frage kommenden Arcitee getweigert, Beihilfen zu leisten. Bezeichnend ist es, daß die Gemeinde Nieder-Schöneweide alles daransetzt, den Bau dieser Brücke zu hinterziehen. Die Kosten sind auf 400 000 M. veranschlagt. Bis zum 1. April hofft man die Genehmigung der Regierung für den Bau zu erhalten. — Ferner wurde, veranlaßt durch das stetige Wachsen der Gemeinde, die Schaffung je einer neuen Lehrer- und Lehrermutterstelle zum April und Oktober dieses Jahres beschlossen. Eine Vorlage, welche in betreff der Sanitätsabgaben die Grundbesitzer auf Kosten der Fabrikanten entlasten sollte, zeigte, daß die und gegenüber vorhandene Einigkeit bei solchen Gelegenheiten in die Brüche geht. Die Vorlage wurde einer außerordentlichen Sitzung der Gemeindevertretung überwiesen, nachdem in erregter Diskussion eine Einigung nicht zu erzielen war.

Gerichts-Zeitung.

Die **Geschäftsführung des Fabrikanten Eduard Vincus** unterlag gestern zum zweitenmal der Prüfung des Gerichts. Vincus ist vom Schöffengericht wegen Betrugs in zwei Fällen zu drei Monaten Gefängnis verurteilt worden und hatte hiergegen Berufung eingelegt. Er wurde aus dem Moabitier Justizhause vorgeführt, wo er eine Strafe von einem Jahre sieben Monaten verbüßt, nachdem er bereits früher eine Justizstrafe von 3 Jahren wegen wiederholten Meineids erlitten hat. Der jetzt vorliegende Strafsache lag folgender Sachbestand zu Grunde: Der Angestellte betrieb seit einer Reihe von Jahren in der Kaiser Wilhelmstraße die Herstellung von Teppichen und anderen Gegenständen zur Innen-Decorations. Er geriet im Jahre 1901 in Konturs. Trotzdem eröffnete er in demselben Jahre im Hause Königs- und Poststrassen-Ecke ein Detailgeschäft. Er suchte für dieses einen Verkäuferin gegen Kaution. Das sich meldende Fräulein Perl wurde angenommen und hinterlegte eine Kaution von 100 M. Vincus erklärte, daß er das Geld bei einem Rechtsanwalts für sie hinterlegen werde. Er erklärte ferner, daß er die Filiale auf den Namen des Fräuleins führen müsse, da seine Kunden nicht wissen dürften, daß er als Fabrikant auch Detailhandel betriebe. Die Filiale blieb hinter den Erwartungen zurück. Fräulein Perl erhielt ihr Gehalt nur ratenweise und hatte am Ende des Jahres 1902 an Vincus noch eine Forderung von 30 M. Trotz aller Mahnungen konnte sie das Geld nicht erhalten. Inzwischen war zwischen ihr und ihrem Prinzipal ein gespanntes Verhältnis entstanden, Fräulein Perl wollte aus dem Geschäft austreten und verlangte Gehalt und ihre Kaution. Als sie von einem Tage zum andern hingehalten wurde, ließ sie einen Arrest auf das von ihr vermalte Warenlager ausbringen. Aber auch dieser Schritt erwies sich als erfolglos, denn nun stellte sie heraus, daß das Geschäft auf den Namen von Julius Cohn, des Schwagerbruders von Vincus, angemeldet war. Erst nachdem Fräulein Perl die Vermittlung der Polizei in Anspruch genommen, erhielt sie von Cohn ihre Kaution zurück. In gleicher Weise erging es einer andern Verkäuferin, welche 300 M. Kaution gestellt hatte. Aber auch diese ist schließlich von Cohn beschlagnahmt worden.

In der zweiten Instanz führte der Verteidiger, Rechtsanwalt Meherstein, eine ganze Anzahl Zeugen vor, welche zu Gunsten des Angeschuldigten auszusagen vermochten, daß dieser sich zu der fraglichen Zeit jederzeit im Besitze hinreichender Mittel befunden habe, um den Verkaufserlösen ihre Kaution zurückzugeben zu können. Der Gerichtshof kam dabei zu der Ansicht, daß weder ein Betrag noch eine Unterpfandung vorliege. Das erste Urteil wurde aufgehoben und der Angeschuldigte freigesprochen.

Zum Polizeikampf gegen Streikposten. Einige der in jüngster Zeit ergangenen Urteile des Kammergerichts haben, wie wir bereits mitteilen, ausgesprochen, daß die Aufforderungen des Schutzmannes auf Grund des Straßenpolizei-Reglements der Nachprüfung des Gerichts unterliegen nach der Richtung hin, ob sie tatsächlich zur Aufrechterhaltung der Ruhe, Sicherheit und Ordnung auf den Straßen notwendig oder zweckmäßig gewesen seien. Die subjektive Auffassung des Beamten sei nicht allein entscheidend. Strafbar mache sich mithin nur derjenige, der einem vom Gericht als notwendig oder zweckmäßig erachteten Gebot zuwiderhandelt. Dieser Auffassung des Kammergerichts fangen auch die unteren Gerichte an, sich mehr als bisher anzuschließen. Vor kurzem wurde ein Kohlleger freigesprochen, der bei Gelegenheit des Kohlleger-Streiks vom Schutzmann, lediglich weil er Streikposten stand, aus der betreffenden Strafe verwiesen wurde, dieser Aufforderung aber nicht unbedingt Folge leistete. Das Gericht erkannte den vom Verteidiger des Angeschuldigten, Rechtsanwalt Dr. Heinemann, vorgebrachten Einwand, daß der Streikposten die Ruhe, Ordnung und Sicherheit nicht gefährdet habe, als begründet an, so daß unter Berücksichtigung der Umstände des Einzelfalles die Aufforderung des Schutzmannes sich nicht innerhalb der vom Straßenpolizei-Reglement gezogenen Schranken gehalten habe und folglich das Nichtbefolgen der Aufforderung des Beamten in diesem Falle nicht strafbar sei. Aus dem gleichen Grunde wurde vor wenigen Tagen vom Schöffengericht ein Tischlergeselle, der im Oktober v. J. bei Gelegenheit des Tischlerstreiks Streikposten gestanden hatte, freigesprochen.

Eine halbe Gattin. Von bodenlos niedriger Gebarung zeugte die Anzeige, welche gegen den Tischlergesellen Karl Pieper von seiner eignen Ehefrau erlassen worden ist. Pieper wurde gestern der neunten Strafkammer des Landgerichts I vorgeführt unter der Anklage, daß er vor 4 Jahren seine Ehefrau getötet zu haben. Der Angeschuldigte hat vor 11 Jahren geheiratet, seine Frau brachte ein damals sechsjähriges Töchterchen mit in die Ehe. Das zu-

ammenleben wurde durch häufige Zwistigkeiten getrübt, welche schließlich zu offener Feindschaft ausarteten. Im verflochtenen Herbst besichtigte Frau Pieper ihren Mann des Eutlichtens-Verbrechens, begangen an seiner damals 13jährigen Stiefochter. Sie habe es bisher nicht vermocht, ihn zur Anzeige zu bringen. Die Frau erreichte auch, daß ihr Mann in Haft genommen wurde. Sie und ihre Tochter gaben ihrer Freude hierüber dadurch Ausdruck, daß sie zu Wall gingen.

Die Verhandlung, die unter Ausschuß der Öffentlichkeit stattfand, endete mit der Freisprechung des Angeschuldigten. Der Vorsitzende verkündete, daß gar zu viele Umstände gegen die Glaubwürdigkeit der Frau und Tochter des Angeschuldigten sprächen. Unter andern habe die Frau bereits ihre Wohnung gekündigt, bevor sie die Anzeige erstattete und schon vorher andern Personen gegenüber ihre Freude darüber ausgesprochen, daß sie nun bald ihren Mann los werde.

Unterstellungen bei der städtischen Hauptkasse in Rixdorf wurden dem früheren Bureau-Affizienten Max Stage zur Last gelegt, der gestern vor der dritten Strafkammer am Landgericht II stand. Der Angeschuldigte war vom 1. April 1900 als verantwortlicher Buchhalter bei der Buchhalterei II der Stadthauptkasse in Rixdorf angestellt. Hier hatte er ein Journal zu führen über zurückgenommene Armen-Unterstützungen und Schulgelder, aber die Empfangnahme von Geldern gehörte nicht zu seinen amtlichen Obliegenheiten. Wenn sich aber der Hauptkassenverwalter Franzow, der allein zur Empfangnahme von Geldern befugt war, ab und zu zeitweilig entfernte, wurde der Angeschuldigte von den Vollziehungsbeamten manchmal geradezu beauftragt, die von ihnen einlassierten Gelder in Empfang zu nehmen. Er that dies aus Gefälligkeit, lieferte auch zuerst die Gelder an den Rentanten ab, als er aber im Sommer 1901 durch Krankheit in der Familie in große Not geriet, unterschlug er von diesen außeramtlich empfangenen Geldern in sechs Einzelfällen zusammen 151 M. Im März 1902 mußte er den Hauptkassenverwalter der städtischen Spar- und Hilfskasse Heider einige Zeit verzeihen und unterschlug bei dieser Gelegenheit am 4. März den Betrag von 100 M., die auf ein Sparbuchschein eingezahlt, im letzteren vom Angeschuldigten auch quittiert worden waren, aber in den Büchern der Kasse nicht eingetragen wurden. In diesem Falle handelte es sich um Geld, welches er in amtlicher Eigenschaft percipiirt hatte. Der Gerichtshof erkannte nach dem Antrage des Staatsanwalts auf sechs Monate Gefängnis.

Eingegangene Druckschriften.

„Der **Arbeitsmarkt**“, Halbmonatsschrift der Centralstelle für Arbeitsmarkt-Berichte (Herausgeber Dr. J. Jahnke, Berlin, Verlag von G. Reimer). Die als Organ des Verbandes deutscher Arbeitsnachweiser erscheinende Zeitschrift enthält in Nr. 8 des 6. Jahrganges unter andern: Rundschau über die Lage des Arbeitsmarktes. — Situationsberichte aus einzelnen Gebieten: Bergbau (Normale Förderung am Jahresabschluss); Eisenindustrie (Abnahme des Verbrauchs, Steigerung der Ausfuhr. Mäßige Lage der weiterarbeitenden Gewerbe); Metall- und Maschinen (Anfangliche Lage während der Herbstmonate); Holz- und Schnittholz (Beschäftigungsgrad vor Weihnachten); Aufnahme des Exportes in Feinwaren; Spielwaren (Rückgang im Absatz von Masse-Artikeln); Eingang von Österreichern am Jahresabschluss; Bekleidung (Berminderung der Arbeitslosigkeit in der Wollschleiferei-Industrie); Berichte (Geschäftsgang an deutschen Börsenplätzen). — Statistisches Monatsmaterial: Wetterbericht. — Arbeitsnachweise. — Krankenkassen. — Streikverzeichnisse für Deutschland, Dösterreich-Ungarn, Schweiz. — Verwaltung der Arbeitsnachweise: Statistik und Verwaltungsstatistik am Arbeitsnachweis-Strasbourg. — Beilage: Mitteilungsblätter des Verbandes deutscher Arbeitsnachweiser nebst zahlenmäßigen Angaben über Dezember 1902.

Die **Wahrheit über die Flucht der Kronprinzessin von Sachsen**. Von einem Eingeweihten. Dresden, Verlag von Rudolf Leitz. — Preis 0,30 M.

Das **deutsche Wirtschaftsleben und die Gegenwart**. Berlin, Verlag des deutschen Gewerkschaftsbundes. Heber Arbeiterwohnungen und die Möglichkeit, solche auf principielle Grundlage zu erstellen. Von Hans Dag, Architekt in Besele. Selbstverlag, 60 Cts.

Bericht über den **VIII. internationalen Kongress gegen den Alkoholismus**. Leipzig und Wien, J. Neudecker.

Jahrbücher: Die Entscheidungen des Reichsgerichts. Erster Teil, Anwaltsentscheidungen. Geleit. Von J. Neidel. Zweite Auflage. Entscheidungen von 1891—1901. Verlag von Emil Roth in Gießen. Preis 12 M. Halbfranz 14 M.

Vermischtes.

Die **neue Orthographie**. Eine Vorschrift zum Gebrauch der Rechtschreibung giebt der Verfasser der in den bayrischen Schulen eingeführten „Sprachübungen“, Lehrer Franz Dittmar in folgenden Zeilen:

In Tal, Lat, Ton, in Lor, Lür, Kron
H's h für immer abgetan,
Die Tränen meint man ohne h;
Der „Thron“ sieht unerschütter da.
Man trennt, es ist ein seltsam Ding,
Kun Hal-ke, schmitzen, Em-gerling.
Fremdwörter scheid nach deutscher Art,
Wenn sie nicht fremde Form gewahrt,
Zum Beispiel: Wase, Gips, Pomade,
Auch Kols, Silor und Schokolade,
Dagegen Chaise, Tour, Logis,
Cafe, Journal und Jalouse!
Nach Vorschrift legt man nun die Zeichen
Wie Punkte, Strichpunkt und dergleichen.
Das Komma wird „Beistrich“ genannt
Und künftig sparsam angewandt,
Schreibt man ein Wort bald groß, bald klein,
Befehden kein wird's beste sein.

Eine **gottvergesene Gemeinde**. Wie das „Kreisblatt“ zu Dreebinburg berichtet, mußte im benachbarten 500 Einwohner zählenden Dorf Steddenberg seit dem ersten Abende an drei Sonntagen der Gottesdienst ausfallen, da sich kein erwachsenes Gemeindeglied zu diesem eingefunden hatte. Ach, man will auch hier schon wieder nicht so wie die Geistlichkeit!

Große Kälte herrscht in Paris. Während des gestrigen Tages sind infolge der starken Kälte 19 Personen auf der Straße zusammengebrochen und mußten ins Hospital gebracht werden. In der letzten Nacht sank die Temperatur auf 18 Grad unter Null.

Flüchtig geworden ist der Kassierer Johannes Claus von der Schleiswitzer Spar- und Hilfskasse. Man spricht, wie die „Schleiswitzer Nachrichten“ melden, von einer Unterbilanz von 60 000 M.

Bergarbeiterlos. In der Kohlengrube Beritser stürzten, wie aus Lüttich berichtet wird, infolge plötzlichen Anstiegs des Förderkorbes eine Anzahl Bergarbeiter in die Tiefe des Schachtes. Wie gestern vormittag wurden zwei Arbeiter tot, zahlreiche andre verletzt aufgefunden.

Die **Cholera**. Aus London wird berichtet: Wie ein „Lloyd“-Telegramm aus Malta meldet, ist der englische Dampfer „Royal“ aus Alexandria vor dem Hafen eingetroffen. Der Kapitän berichtet, daß sieben Mann der Besatzung an Cholera erkrankt und ein blinder Passagier gestorben sei. Das Schiff sei nach der Insel Comino beordert worden.

Witterungsübersicht vom 15. Januar 1903, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer-stand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C	Stationen	Barometer-stand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C
Stettin	760 D		1	bedeckt	1	Daprun	771 D		2	bedeckt	-4
Darmstadt	760 D		3	bedeckt	-	Berlin	781 D		1	bedeckt	-8
Berlin	779 D		2	bedeckt	-	Frankf./M.	778 D		4	bedeckt	-
Frankf./M.	778 D		4	wolkig	-	München	778 D		4	wolkig	-8
München	778 D		4	wolkig	-15	Wien	777 D		10	wolkig	-10
Wien	777 D		10	wolkig	-10						

Wetter-Prognose für Freitag, den 16. Januar 1903.
Trocken und normierend heiter bei schwachen östlichen Winden; Nachts Frost, am Tage ziemlich mild. Berliner Wetterbureau.
Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Engel & Co., Berlin SW.